

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



16. November 1985
Jg. 6 Nr. 23

G 7756 D

Preis:
2,50



§129A-Verfahren: Lebenslange Sicherungsverwahrung für RAF-Mitglieder durch Gerichte und Parlament in Arbeit Seite 4



Volksrepublik China: Schrittweise Festigung der neuen Mittelklasse Seite 15



Wochenendarbeit: Beiersdorf (Hamburg) setzt neue Arbeitszeiten durch Seite 25

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

§ 129a: Lebenslange Sicherungsverwahrung für RAF-Mitglieder in Arbeit	4
Überstunden: Grüner Gesetzentwurf verpufft	7
Thälmann-Mord-Prozeß: Kontinuität des faschistischen Staatsapparates	7
Bundeswehr-Verband: Am Wohl der Offiziere ausgerichtet ..	8
Eine "Soldatengewerkschaft"?	9
KPD: Was wird mit der Einheitsfront gegen die Reaktion?	10
"Über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei"	10

Auslandsberichterstattung

Spanien: Gonzales und Fraga für NATO-Mitgliedschaft	12
Erklärung der Anti-NATO-Bewegung	13
Uruguay: Lohnsenkungen und drastische Haushaltssanierung	13
Niederlande: Regierung beschließt Raketenstationierung	14
Uganda: Kein Ende des Bürgerkriegs	14
VR Polen: Ergebnisse der Sejm-wahlen	15
VR China: Schrittweise Festigung der neuen Mittelklasse	15
Internationale Meldungen	16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen

Es bleibt beim Prinzip von Befehl und Gehorsam	18
Späths "Wende in die Zukunft"	18
DGB-Broschüre für Arbeitslose ...	18
"Grundinformation" zur Deutschen Autoindustrie	18
Grüne Wirtschaftspolitik marktwirtschaftlich?	19

DKP-Thesen: Offene Flanken für Nationalismus der BRD-Bourgeoisie	19
---	----

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten	21
-----------------------------	----

MAN-Roland: Betäubender Lärm beim Aushub der Maschinenbetten ..	22
--	----

Einzelhandelsverband fürchtet Nachteile für Mittelbetriebe

Ablehnung und Kritik erntete die vorgesehene Änderung des Ladenschlußgesetzes bei der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandelsverbandes. Deren Präsident Hinrichs (CDU-MdB) widmete der "überfallartigen" Gesetzesänderung einen Teil seiner Rede auf der Jahresdelegiertenversammlung der Gemeinschaft Anfang November. Abgelehnt wird der Entwurf, der an bestimmten Plätzen Ladenöffnungszeiten bis 22 Uhr ermöglicht, wegen Wettbewerbsverzerrung, die durch Abgrenzungsschwierigkeiten entstünden. Generell befürchtet Hinrichs bei einer Gesetzesänderung mit täglicher Abendöffnung Nachteile für die meisten Mittelbetriebe, weil eine solche Entwicklung die Konzentration im Einzelhandel fördere. Der Einzelhandelsverband erklärt sich jedoch gesprächsbereit im Hinblick auf eine Gesetzesänderung und appelliert an "die Glaubwürdigkeit einer mittelstandsfreundlichen Koalition", nicht ohne Anhörung überfahren zu werden.

Ein weiterer Gedankengang von Hinrichs zeigt, welche Bedeutung auch für andere Bereiche eine Verhinderung der Ladenschlußgesetzänderung hat: Die gesellschaftliche Entwicklung gehe dahin, mehr Öffentlichkeit am Abend herzustellen, nicht nur über den Einzelhandel, sondern auch durch die vielen anderen privaten und öffentlichen Dienstleistungen! — (ccs)

EKD-Synode: Sicherung für kapitalistischen Staat

"Evangelische Christen in der Demokratie" war das Schwerpunktthema der Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 3.—8.11.1985 in Trier. Zugrunde lag der Debatte die im Oktober veröffentlichte Denkschrift "Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe". Die Denkschrift war verabschiedet worden von der Kammer der EKD für Öffentliche Verantwortung, der als Mitglieder Vertreter aller staatstragenden Parteien angehören, z.B. R. Herzog, Bundesverfassungsrichter, früherer CDU-Innenminister von Baden-Württemberg; M. Grüner, FDP, Parlament. Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium; J. Schmude, SPD, früherer Bundesjustizminister. Gerichtet gegen die Aktivitäten von größeren Teilen der Kirchenmitgliedschaft, öffentlich und wirksam gegen Kriegsvorbereitungsmaßnahmen des Staates vorzugehen, hatte die EKD-Kammer die Aufgabe bekommen, die Mitarbeit in diesem Staat als gottgegebene Christenpflicht zu untermauern. In einer Abschlusserklärung hat die EKD-Synode der Denkschrift zugestimmt, für "diese Erneuerung der evangelischen

Staatsethik" gedankt und grundsätzliche Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und ihrem Staat als unchristlich verdammt: Sie stellte fest, "daß die Grundgedanken, aus denen heraus unser demokratisch verfaßter freiheitlicher Staat seinen Auftrag wahrnimmt, eine besondere Nähe zum christlichen Menschenbild aufweist". Denn, so wiederholt die Synode die bekannte Formel für die Verteidigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung: "Keine heute bekannte Staats-



Der neue EKD-Ratsvorsitzende Kruse, Westberliner Bischof. Den westdeutschen Anspruch auf Einverleibung der DDR signalisiert sein Titel: "Bischof von Berlin-Brandenburg".

form bietet eine bessere Gewähr, die gestellten Probleme zu lösen, als die freiheitliche Demokratie."

Zum neuen EKD-Ratsvorsitzenden wurde der Westberliner Bischof M. Kruse auf sechs Jahre gewählt. Um den christlich begründeten Widerstand gegen Staatsmaßnahmen als Mitarbeit im Staat einzubinden, sieht Kruse — wie er in einem Interview kundgab — seine Aufgabe darin, die Zusammenarbeit der Kirche mit dem von ihm so bezeichneten "Partner Staat" zu gewährleisten, wobei die Kirche dann "kritische Anfragen" an den Staat haben könne. — (gba)

Richterbund will Gesetz über Wehrgerichte

Der Deutsche Richterbund hat in einer Pressekonferenz zu den bereits stattfindenden Übungen für Kriegsgerechte Stellung genommen. Der Vorsitzende des Richterbundes, Helmut Leonardy, verlangte eine öffentliche Beratung über die vorhandenen, aber nicht veröffentlichten Gesetzentwürfe für Wehrstrafgerichte. Im Frühjahr 1984 hatten Richter enthüllt, daß das Justizministerium bereits Richter suche, die mit der Bundeswehr Kriegsgerecht üben sollten. Leonardy forderte, daß das Gesetz auf keinen Fall erst im "Spannungs- oder Verteidigungsfall" vom dann wirkenden "Notstandsgesetzgeber" verabschiedet werden dürfte. Der Richterbund will folgende Grundsätze gesichert sehen: Die Richter dürfen keinem militärischen Vorgesetzten unterstehen, die Möglichkeit einer ordentlichen Verteidigung

dung auch durch einen Wahlverteidiger müsse ebenso gesichert sein wie die Öffentlichkeit der Verhandlungen. Jedem Angeklagten vor Wehrstrafgerichten müsse der Weg durch die Gerichtsinstanzen offen stehen. Damit wendet sich der Richterbund zwar nicht gegen eine gesonderte Wehrstrafgerichtsbarkeit, wohl aber gegen das derzeit praktizierte Geheimverfahren wie auch gegen bisher bekannte Grundsätze aus den Gesetzentwürfen. — (uld)

Vollversammlung der AG für rev. Hochschulpolitik

Am 9./10.11.1985 fand in Köln die sechste ordentliche Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik statt. An der Vollversammlung nahmen 24 Genossinnen und Genossen aus 12 Städten teil. An Organisationen waren vertreten: BWK/KHG, Kommunistische Studenten (KS), FAUST bzw. FAU-Heidelberg. Außerdem nahmen an der Vollversammlung zeitweilig zwei Vertreter der Bildungspolitischen Korrespondenzgesellschaft (BiPoK) teil. Die BiPoK ist ein Zusammenschluß im Bildungsbereich tätiger Leute. Sie befaßt sich mit "der Kritik der herrschenden Bildungspolitik, den theoretischen Voraussetzungen und praktischen Ergebnissen derselben, sowie den Kritikbemühungen fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte in diesem Bereich. Sie erarbeitet hierzu publizistische Beiträge."

Die Vollversammlung billigte den Tätigkeitsbericht und den Finanzbericht des Koordinationsausschusses einstimmig.

Zur Verbesserung der Publizistik wurde beschlossen, eine Redaktion für das Organ der AG, "Nachrichten-Analysen-Protokolle" (NAP) zu bilden. An der Redaktion wollen sich auch Mitglieder der BiPoK beteiligen. Die

Vollversammlung beschloß, daß Mitglieder der BiPoK eigene Nachrichten in NAP veröffentlichen können.

Die Arbeitsgemeinschaft wird im Januar 1986 ein Materialblatt gegen den rassistischen "Schutzbund für das deutsche Volk" herausgeben. Ebenfalls Anfang 1986 wird ein Materialblatt gegen die imperialistischen Programme SDI und EUREKA herausgegeben.

Im Februar 1986 wird die Arbeitsgemeinschaft ein Seminar in Köln zum Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit durchführen.

Die Vollversammlung unterstützte einstimmig die Beschlüsse der letzten gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen und Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, GIM, KG(NHT), KPD und PA zum Punkt "Freilassung von Günther Sonnenberg!" und "Rundreise eines PAC-Vertreters".

Die Vollversammlung unterstützte den Antrag von vier Genossinnen zur Vorbereitung und Durchführung eines Frauenseminars der Arbeitsgemeinschaft. Die Vollversammlung bestätigte einen Koordinationsausschuß, der aus zehn Genossinnen und Genossen besteht. — (tob)

*

Gemeinsame Arbeitskonferenz von Beschäftigten in Krankenhäusern bzw. im Gesundheitswesen

Die von der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD, PA beschlossene Konferenz findet statt am: 7.12. 1985, Beginn 11.00 Uhr in Köln Jugendgästehaus, An der Schanz (Nähe Zoo), zu erreichen mit der Linie 11. Anmeldung bitte bis spätestens 30.11. bei: GNN Verlag, Große Düwelstraße 55, 3000 Hannover 1

*

Metallberufe: "Neue" Berufe — "bessere" Zukunft? 22

ÖTV: Dr. Wulf-Mathies vor Arbeiterschaß 23

§ 129a: Verfahren gegen GRÜNE 23

Heimarbeit: Kinder, Küche, Telearbeit: Modellversuch 24

Wochenendarbeit: Beiersdorf setzt neue Arbeitszeiten durch ... 25

Faschisten: DGB-Kreisvorstand fordert Verbot 25

"Freie Arbeit": Etablierung von Null-Lohn-Beschäftigung 26
"Gemeinnützige, unentgeltliche Arbeit" 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

WAA: Stellungnahmen, Dokumente zu den Polizeieinsätzen 29

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

"Schwarzwaldklinik": "Positive Grundmuster einer Gesellschaft" 30

Sinti und Roma: "Das lustige Zigeunerleben" 30

Spielberg: Science fiction verzaubert das Angestelltenlos 30

"Schimanski": Wie verkauft man Polizeischikane als soziale Tat? .. 31

GVP-Übertritte in die SPD: Heinemann, Rau, Eppler — für Marktwirtschaft und Wohlfahrt ... 31

Niedersächsische Grüne: Widerstehen sie der reaktionären Mobilisierung? 32

Spezialberichte

Medien-Politik: Medienkonzerne in der BRD und Auswirkungen auf die Beschäftigten und die öffentliche Meinung 34
Auf der Jagd nach Profiten werden westdeutsche Verlage zu Medienkonzernen 34
Privater Rundfunk: Schleusen geöffnet, Kapital strömt ein 35
Medienpolitik 36
Streikbedingungen im Süddeutschen Verlag 37
Arbeitszeiten: unregelmäßig, nachts und sonntags. Löhne: niedrig 38
Weg mit dem Tendenzschutz! 39



Jüdische Gemeinde, deutsch-israelische Gesellschaft, beide Kirchen, CDU, FDP und SPD u.a. verhinderten am 31.10. in Frankfurt die Aufführung des Fassbinder-Stückes. Die Jüdische Gemeinde wirft dem Stück Antisemitismus vor. OB Wallmann bestritt dies nicht, aber Kunst sei frei. Und stellte damit einen Freibrief für rassistische Kunst aus. — (udi)

Titelbild: Karikatur: tis, Hamburg

§ 129a-Verfahren

Lebenslange Sicherungsverwahrung für RAF-Mitglieder durch Gerichte und Parlament in Arbeit

Vor dem OLG Stuttgart und dem Bayerischen Obersten Landesgericht haben im Oktober die Hauptverfahren gegen Christa Eckes, Manuela Happe, Ingrid Jakobsmeier, Barbara Ernst, Volker Staub und Claudia Wannersdorf begonnen. C. Wannersdorf war schwer verletzt nach einem mißglückten Anschlag in Stuttgart, bei dem Jonas Thimme ums Leben gekommen war, festgenommen worden. Die anderen sind bereits seit September 1984 in Haft, nachdem sie zusammen mit Stefan Frey und Helmut Pohl, gegen die ab Jan. 86 vor dem OLG Düsseldorf verhandelt wird, in Frankfurt verhaftet worden waren.

Die Anklageschriften werfen den Beschuldigten Mitgliedschaft in der RAF (bzw. bei C. Wannersdorf Unterstützung) vor und stützen das wesentlich auf angebliche Taten nach der Verhaftung. Damit wird erstmals der Versuch gemacht, die Konstruktion der Mitgliedschaft in der RAF im Gefängnis durch Urteil festzuschreiben, was für die Zukunft die Möglichkeit bieten würde, auch rechtskräftig Verurteilte immer wieder wegen angeblicher RAF-Mitgliedschaft während der Strafvollstreckung erneut anzuklagen und zu verurteilen: lebenslängliche politische "Sicherungsverwahrung" durch die Hintertür.

Verteidigerausschlüsse bereiten Urteile vor

Diese Argumentation der Bundesanwaltschaft haben die Gerichte bereits in einer ganzen Reihe von Beschlüssen zum Ausschluß von Verteidigern aus

diesen Verfahren übernommen. Das "Verbot der Mehrfachverteidigung" (§ 146) schließt alle Anwälte von der Verteidigung aus, die bereits andere, derselben Tat angeschuldigte Mandanten vertreten. "Tat" soll nun auch die "Mitgliedschaft" während der Gefangennahme sein. In jüngster Zeit haben die Staatsschutzgerichte diese Bestimmung so extensiv ausgelegt, daß darunter auch Anwälte fallen, die lediglich während der Strafvollstreckung — also nach rechtskräftigem Urteil — tätig sind, oder die Mandanten vertreten hatten, die zum Zeitpunkt der beabsichtigten Übernahme eines neuen Mandants bereits längst inhaftiert waren. Da die Inhaftierung unter den gegenwärtigen Bedingungen der Isolation konkrete Taten im

Sinne der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ausschließt, stellen die Gerichte nur noch auf den "Willen" der Gefangenen ab, der allein schon ausreiche, ihnen den Vorwurf der mitgliedschaftlichen Betätigung zu machen.

Das OLG Stuttgart hat in einem Beschluß den Ausschluß eines Anwalts, der Volker Staub vertritt, von der Verteidigung des kürzlich festgenommenen Karl Grosser so begründet: "Während der Untersuchungshaft hat der Angeschuldigte Staub durch seine Teilnahme an dem kollektiven Hungerstreik inhaftierter 'RAF'-Mitglieder gezeigt, daß er sich nach wie vor als Mitglied der 'RAF' begreift." In anderen Fällen wurde die "in der Haft andauernde Mitgliedschaft" an der Verwendung der "Wir"-Form in Briefen festgemacht oder am Festhalten an bestimmten politischen Zielen. Solche Begründungen reichten aus, daß alleine bei den sieben in Frankfurt Festgenommenen 21 Rechtsanwälte, die die Gefangenen als ihre Verteidiger gewählt hatten, nacheinander ausgeschlossen wurden.

Die Notwendigkeit, den politischen Willen der Gefangenen auf jeden Fall zu brechen, bekräftigt der Präsident der JVA Celle in einem Bescheid, der die Beförderung eines Briefes von Knut Folkerts verbietet: "Ließe man dem Gefangenen die Möglichkeit, seine ablehnende Haltung gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung immer wieder zu



Jagdprämie 77. Gesucht: Gesinnungstäter "außerhalb jeder menschlichen Gesellschaft" (Scheel).

"500000 DM an Kinkel (BND), wg. Ponto u.a."

Im März 1978 haben elf große Kapitalisten dem Bundesnachrichtendienst 500000 DM zur Terroristenbekämpfung gespendet. Das hat der Ex-Flick-Manager von Brauchitsch am 18.11. im Bonner Spendenprozeß erklärt. Flick habe über Dynamit-Nobel 40000 DM gespendet, an die anderen Firmen erinnere er sich nicht mehr, so von Brauchitsch. Die Staatsanwaltschaft ließ prompt durchblicken, daß auch die Dresdner Bank zu den Spendern gehörte und daß solche Spenden bis mindestens 1980 mehrfach wiederholt wurden. Unter Helmut Schmidt gab's also Verbindungen zwischen Kapitalisten und BND, die man nur faschistisch nennen kann. Das zeigt den ungeheuren Haß, mit dem die Kapitalisten auf die Angriffe der RAF reagierten, das zeigt auch, wie freigiebig die Bundesregierung ihnen dabei den

direkten Zugriff auf die staatlichen Geheimdienste ermöglichte. Von Brauchitsch's Erklärung kommt bestellt. Helmut Kohl hatte schon 1984 die Kapitalisten aufgerufen, der Regierung in Sachen Parteispenden zu Hilfe zu kommen und ihre Spenden an die SPD zu melden. Dem kommt von Brauchitsch jetzt nach. — (rül)

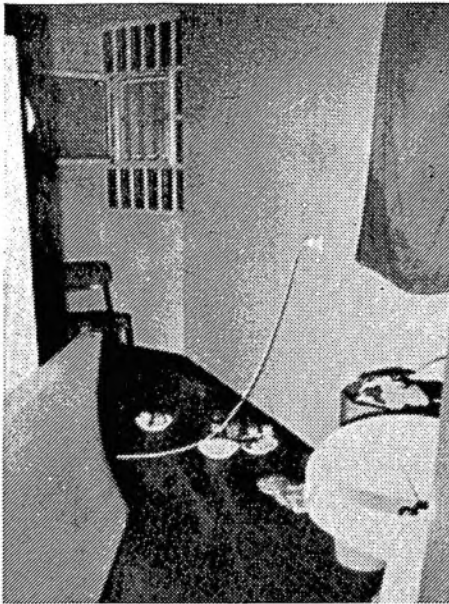
Farthmann (SPD) für "Solidarsteuer"

Einen "Solidarpakt zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit" hat J. Rau (SPD) in seiner Regierungserklärung als NRW-Ministerpräsident im Juni propagiert. SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender Farthmann hat dies jetzt weiter ausgeführt: In einem Interview mit Radio Luxemburg am 31.10. sprach er sich für einen zehnprozentigen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer für "beschäftigungspolitische Maßnahmen" aus. Alle, "die gut in Arbeit sind und gutes

Geld verdienen", sollen "ein kleines Opfer bringen ..., damit wir ... wenigstens ein paar hunderttausend Arbeitslose in Gang ... setzen". Ausdrücklich will Farthmann selbst die niedrigsten Einkommen schröpfen: Er wandte sich gegen die DGB-Forderung nach einer Ergänzungsabgabe nur für höhere Einkommen. Kurz vorher hatte die Landesregierung eine Ausweitung von AB-Maßnahmen angekündigt, was auch die Bundesregierung will. — (wof)

Daimler-Benz stützt Republik Südafrika

Der Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG hat am 6.11. beschlossen, das Kapital der Mercedes Benz of South Africa (PTY) Ltd. in Pretoria von 63 Mio. Rand auf 223 Mio. Rand zu erhöhen. Die Daimler-Benz AG, mit 50,1% Mehrheitseigner des Unternehmens in Südafrika, wird dabei zunächst die anteilig erhöhten Beteiligungen der süd-



Vollzugsziel: der Wille der Gefangenen soll gebrochen werden. Links: Zelle von Gudrun Enßlin 1977 in Stammheim. Rechts: Häftling in der "Beruhigungszelle".

artikulieren ... und aus verständnisvollen Antwortschreiben der Adressaten eine Bestätigung und Stärkung dieser Einstellung zu gewinnen, so würde die Schaffung der inneren Voraussetzungen für das Erreichen des Vollzugsziels zumindest erheblich erschwert. Hingegen schwindet eine feindliche, ablehnende Haltung nicht selten, wenn sie sich nicht immer ausdrücken kann und wenn sie keine Unterstützung von dritter Seite erhält."

Freislers Volksschädling im Modell Deutschland

Dieser Übergang der Staatsschutzgerichte zum Gesinnungsstrafrecht wird jetzt erstmals zum Gegenstand eines gerichtlichen Hauptverfahrens. In der Anklageschrift gegen I. Jakobsmeier, C. Eckes und M. Happe wird in Zusammenhang mit dem "strafbaren Verhalten der Angeschuldigten" u.a. der ver-

suchte Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18.12.1984 aufgezählt, obwohl alle drei Angeklagten zu diesem Zeitpunkt bereits ein halbes Jahr in Haft waren. Ebenso verfahren Bundesanwaltschaft und Gerichte in den Verfahren gegen Pohl und Frey sowie gegen Ernst und Staub. Hier stützt sich der Vorwurf außerdem auf den Anschlag auf den Industriellen Zimmermann am 1.2.85 (als beide schon inhaftiert waren).

Die Verteidiger im Verfahren gegen I. Jakobsmeier, M. Happe und C. Eckes haben in einem Aussetzungsantrag begründet, daß dieses Konstrukt der "Fortsetzung der terroristischen Vereinigung in der Haft" anknüpft an das vom Präsidenten des "Volksgerichtshofs" R. Freisler und vom Reichsjustizminister Gürtner 1934 entwickelte "Willensstrafrecht". Mit der Begründung "sachfremder Erwägungen"

wurde ihnen dabei das Wort durch den Vorsitzenden entzogen. Ein darauf erfolgter Befangenheitsantrag wurde zurückgewiesen.

Der Anknüpfungspunkt Freislers ist die Kritik am sog. Tat- bzw. Erfolgsstrafrecht, das die Tat, nicht den Täter bestraft. Dazu Freisler: "Das Strafrecht könnte, wie es grundsätzlich das bisherige Strafrecht tat, abwarten, bis ein 'anerkanntes Rechtsgut' verletzt ist. Das neue Strafrecht kann und will das nicht ... Es muß in dem Augenblick eingreifen, in dem der rechtsbrecherische Wille des Gegners in die Lebensordnung des Volkes einzubrechen sich anschickt. Die richtige oder unrichtige Beantwortung der taktischen Frage, in welchem Augenblick die Strafrechtspflege des Volkes den Gegner, den zum Rechtsbruch bereiten Willen angreifen soll, wird dafür mitbestimmend sein, ob der Gesamtsieg der gemeinschaftsbewußten Kräfte, das heißt die Ausjagung aller Anarchistischen, gelingt oder nicht" (Gürtner/Freisler, Das neue Strafrecht, 1934). Dementsprechend wurde das Strafrecht dahingehend geändert, daß auch da verurteilt werden müsse, wo eine Vorschrift des StGB nicht unmittelbar verletzt wurde, aber das "gesunde Volksempfinden eine Verurteilung verlange". "Vorbeugende" Inhaftierung und Ausdehnung der "Sicherungsverwahrung" wurden genauso mit dem "ungebrochenen verbrecherischen Willen" (bei Vorbestraften) begründet.

Das Konstrukt "RAF in der Haft" setzt genau an diesem "verbrecherischen Willen", also letztlich der Gesinnung an. Es bedarf danach gar keiner Anwendung von Sicherungsverwahrung; der ungebeugte Wille der Inhaftierten rechtfertigt die Annahme der "Fortsetzung der terroristischen Vereinigung in der Haft" und damit die

afrikanischen Bank Volkskas und der schweizerischen Ernst-Göhner-Stiftung erhöhen. In Südafrika läßt Daimler-Benz sowohl Personenwagen wie auch Lastkraftwagen, die weitgehend als Militärfahrzeuge ausgerüstet werden, produzieren. — (uld)

"Liberalisierung" des EG-Stahlmarktes

Eine dreijährige Übergangsregelung zur Abschaffung des Subventions- und Quotensystems für die Stahlindustrie haben die EG-Wirtschaftsminister am 30.10.1985 beschlossen. Seit langem haben die westdeutschen Stahlmonopole in Bezug auf die Beilagen die strikte Einhaltung des ursprünglichen Auslauftermins 31.12.1985 verlangt, um ihre Spitzenposition für Vernichtungsfeldzüge gegen die Konkurrenz nutzen zu können. Das Quotensystem sollte vorläufig beibehalten werden — verbunden mit höheren Quoten für die westdeutsche Stahlindustrie. Die Er-

gebnisse versucht die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie zwar als Niederlage darzustellen, tatsächlich haben sich die westdeutschen Stahlmonopole jedoch in wesentlichen Punkten durchsetzen können: Subventionen dürfen nur noch für Umweltschutzmaßnahmen, Forschung und Entwicklung genehmigt werden, die stahltypischen Beihilfen für Stilllegungen nur noch als 50%-Zuschuß zum Sozialplan oder bei völligem Ausscheiden eines Unternehmens aus dem Montanbereich. Das Quotensystem wird weitgehend beibehalten. — (wof)

BRD-Frankreich: Neue Rüstungsvorhaben

Die Bundesregierung und die französische Regierung wollen Geld bereitstellen für die Entwicklung weiterer Airbus-Modelle. Die französische Regierung bietet BRD-Firmen an, sich an der Entwicklung eines Jagdflug-

zeuges zu beteiligen. Das sind die offiziellen Ergebnisse des jüngsten westdeutsch-französischen Regierungstreffens. Noch inoffiziell, aber energisch betrieben, ist ein weiteres Rüstungsprojekt. Die französische Regierung will ein komplettes Satellitensystem im Weltraum stationieren, um die rasch zunehmende Zahl französischer Atomraketen treffsicher in ihre Ziele zu lenken. Das System ist teuer — die Rede ist von 15 Mrd. DM. Also soll sich die Bundesregierung beteiligen. Das will diese auch, um die gleichen Satelliten für westdeutsche Raketen- und Luftangriffe nutzen zu können. Zusätzlich haben Wörner und der französische Verteidigungsminister erst kürzlich bekanntgegeben, daß Bundeswehr und französische Truppen schon 1986 große gemeinsame Manöver durchführen werden. An der Aggressivität ihrer "Freundschaft" lassen beide Regierungen inzwischen kaum noch Zweifel. — (rüf)



Was mit Polizistenhatz auf Staatsfeinde beginnt, sollen Justiz und Gefängnisse vollenden. (Links: der ehem. BKA-Chef Böden. Rechts: V. Becker und G. Sonnenberg nach ihrer "Festnahme" 77)

Einleitung neuer Ermittlungsverfahren wegen § 129a.

Bundestag sichert Kontaktsperre ab

Gesetzgeberischen 'Begleitschutz' leistete der Bundestag während des Beginns der Verfahren in München und Stuttgart. In zweiter und dritter Lesung wurde am 17.10. gegen die Stimmen der Grünen eine Änderung des seit der Schleyer-Entführung 1977 gültigen und bisher nur einmal damals angewendeten Kontaktsperregesetzes beschlossen. Zukünftig wird während der verhängten Kontaktsperre anstelle der gewählten Verteidiger, die ja ebenfalls von der Kontaktsperre betroffen sind, "auf Antrag" ein ausgesuchter Rechtsanwalt als "Kontaktperson" festgelegt. Ein Vorschlagsrecht steht dem Gefangenen nicht zu. Die Auswahl trifft der zuständige

Landgerichtspräsident, ein besonders zuverlässiger Verwaltungsbeamter. Darüberhinaus legt das Gesetz die folgenden Einschränkungen der Aufgaben des Kontakthanwalts fest: er hat sich zu beschränken auf die "rechtliche Betreuung", und zwar nur insoweit hierfür auf Grund der Kontaktsperre ein Bedürfnis besteht. Die Aufnahme von Verbindung mit Dritten ist nur erlaubt, soweit dies "unabweisbar" ist. Uneingeschränkt erlaubt ist: "Soweit der Gefangene damit einverstanden ist, teilt die Kontaktperson dem Gericht und der Staatsanwaltschaft die bei dem Gespräch mit dem Gefangenen und im weiteren Verlauf ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse mit."

Seit seiner Verabschiedung ist das Kontaktsperregesetz auch im Ausland heftig kritisiert worden. Die jetzige Änderung soll dieser Kritik den Wind

aus den Segeln nehmen, den betroffenen Gefangenen ein weiteres Mal den Schwarzen Peter zuschieben und gleichzeitig Erpressungs- und Spaltungsmanöver gegenüber den Gefangenen in der Kontaktsperre erleichtern: wird der Antrag auf den "Kontakthanwalt" nicht gestellt, wird es heißen, die totale Isolation sei selbstverschuldet. Im anderen Fall wird ein Anwalt zugeordnet, dessen einzige Aufgabe darin bestehen kann, "Erkenntnisse" an den Staatsschutz weiterzugeben.

Die Reaktion läßt keine Zweifel an ihren Absichten aufkommen: Kein Jota Nachgeben auf die Forderung der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung. Stattdessen soll das Festhalten an dieser Forderung allein schon reichen, lebenslange Sicherungsverwahrung zu praktizieren. — (kuh, ulb)

Reaktion und Banken erpressen Neue Heimat

Viel ist bisher nicht durchgesickert aus den Verhandlungen der Gläubigerbanken mit der Neuen Heimat am 5.11. Sie waren ihr in einem abgekarteten Spiel nach scharfen Angriffen der Regierung im Bundestag am 25.9. abgepreßt worden. Das Wenige, was durchsickerte, läßt Schlimmes befürchten: Die Banken, allen voran Commerzbank und WestLB, wollen offenkundig nicht nur die laufenden Zinszahlungen auf die noch 17,4 Milliarden Bankschulden des Konzerns, sondern vorzeitige Tilgung. Nicht anders ist es zu erklären, daß die NH nach den Verhandlungen ankündigte, bis 1986 50000 zusätzliche Sozialwohnungen zu verschreiben und daß dies noch nicht alles sei. Ferner muß es den Geldsäcken gelungen sein, der NH einen Verzicht weiterer Übertragung solcher Wohnungen an eine ge-

werkschaftseigene Beteiligungsgesellschaft durch schlichte Kreditverweigerung abzupressen. Kein Pfennig Gewerkschaftsvermögen soll übrigbleiben. Die NH soll jetzt verstärkt versuchen, an Kommunen zu verkaufen. Bei sinkender Steuerlast für die Kapitalisten hieße das noch mehr Rückverwandlung von Lohn- und Verbrauchssteuern in Kapital. — (ped)

IGM gegen Steuererhöhung für ausländische Lohnabhängige

Die IG Metall hat gegen die erst kürzlich bekanntgewordene Steuererhöhung für ausländische Lohnabhängige im Zuge von Stoltenbergs Steuerreform protestiert. IGM-Vorstandsmitglied Willi Sturm erklärte, Stoltenbergs angebliches Steuersenkungsgesetz sei in Wirklichkeit ein "Diskriminierungsinstrument gegen ausländische Arbeitnehmer, das eher den Namen 'Steuerschöpfungs-gesetz' verdiene". Nach Aussagen Sturms sind

von der Steuererhöhung 150000 ausländische Lohnabhängige betroffen, die für 375000 ihrer Kinder künftig keinen Kinderfreibetrag, keinen Ausbildungsfreibetrag und keinen Haushaltsfreibetrag mehr in Anspruch nehmen können. Sturm verlangte, die Regierung solle diese Steuererhöhung rückgängig machen. Die IGM prüfe außerdem, "ob mit dieser Regelung nicht gegen geltendes EG-Recht sowie andere bilaterale Abmachungen verstoßen werde." — (rül)

Bundestag zur Lage der Sinti und Roma

Am 7.11. befaßte sich der Bundestag aus Anlaß der Beantwortung einer Anfrage der Grünen erstmals mit diesem Thema. Gespräche des Zentralrates der Sinti und Roma mit allen Bundestagsfraktionen hatten stattgefunden. Die Vereinigung der Sinti und Roma hatte einen Entschließungsantrag formuliert, der von der

Überstunden

Grüner Gesetzentwurf verpufft

Fast unbemerkt ging im Bundestag am 17.10. die erste Beratung des von den GRÜNEN eingebrachten Gesetzes zum Überstundenabbau vorüber. Der Versuch der GRÜNEN, in einer weit- hin umstrittenen Sache politische Initiative zu gewinnen, ist nicht gelungen, da die GRÜNEN in ihrem Gesetzentwurf den Überstundenabbau ausschließlich als Beschäftigungsförderung gelten lassen. Sie schreiben:

A. Problem

"Die Arbeitslosigkeit bewegt sich im Jahre 1985 auf einem Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur gleichen Zeit besteht gesamtwirtschaftlich und insbesondere branchenspezifisch ein hohes Überstundenniveau. Es ist unter Arbeitsmarktexperten unbestritten, daß die Verringerung von Mehrarbeit und Überstunden zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen kann. Von den Tarifvertragsparteien gehen keine entscheidenden Impulse zur Einschränkung der Überstundenpraxis aus. Deshalb ist eine gesetzgeberische Initiative erforderlich. Diese soll noch vor einer umfassenden Neuregelung der Arbeitszeitgesetzgebung erfolgen. Die Normalität eines hohen Überstundenniveaus bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit ist mit dem sozialstaatlichen Solidaritätsprinzip unvereinbar."

Mit dieser Argumentation setzen sich die GRÜNEN unter Beweisdruck; sie müßten zeigen, daß und wie der Überstundenabbau die Beschäftigung hebt. Das ist nicht leicht, weil dagegen gesagt wird, die Erschwerung von Überstunden setze die Konkurrenzfähigkeit

herab, in der Folge müsse der Umsatz fallen, und es entstünde mehr Arbeitslosigkeit als vorher. Die GRÜNEN versperren sich so den Weg zu einer Weiterentwicklung der Kritik des Überstundenwesens. Das muß die Bundestagsfraktion dann auch selber bemerkt haben. Ist im Gesetzentwurf, wie oben zitiert, ausschließlich die Beschäftigungswirkung als Problem benannt, so folgt in der ans Gesetz angehängten schriftlichen Begründung immerhin noch ein Zusatzargument:

"Zwischen der Arbeitszeit und den Arbeitsbelastungen besteht insofern ein Zusammenhang, als die kontinuierliche Mehrarbeit eine gesundheitsgefährdende Wirkung der Arbeit verstärken kann. Die Verlängerung der Arbeitszeit durch regelmäßige Überstunden und Sonderschichten erhöht die Arbeitsbelastungen. Davon sind insbesondere Industriearbeiter/innen betroffen, die unter Belastungseinflüssen wie Lärm, Staub, schweres Heben, Feuchtigkeit und Unfallgefahren arbeiten. Die im industriellen Bereich hohen Frühinvaliditätsraten weisen auf den Verschleiß der Arbeitskraft unter nicht menschenge- rechten Arbeitsumständen."

Ausgewertete Gruppen der abhängig Beschäftigten werden häufig unterhalb der Schwelle zu Arbeits- und Berufsunfähigkeit zu 'leistungsgeminderten Problemgruppen' des Arbeitsmarktes, wenn sie als Opfer betrieblicher Strategien des Arbeitskräfteeinsatzes arbeitslos werden. Durch den Abbau von Überstunden können krankheitserzeugende Belastungen tendenziell verringert werden. Unabhängig davon müssen derartige Arbeitsbedingungen überwunden werden."

Dies sagen die GRÜNEN nur als Hilfsargument, und der Zusammenhang von Überstundenarbeit und Auspowerung ist bloß angedeutet. In der

Bundestagsdiskussion, endlich, kommt der Redner der GRÜNEN, Tatge, zur Sache:

"Daraus ergibt sich für mich die folgende Schlußfolgerung: Wer – erstens – Gesundheitsverschleiß am Arbeitsplatz abbauen will und – zweitens – im Rahmen des Systems der sogenannten Sozialen Marktwirtschaft wirklich Maßnahmen ergreifen will, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, der kann unserem Gesetzentwurf nur zustimmen."

Jetzt hängt der Bezug auf die Marktwirtschaft dem Redner als Klotz am Bein. Den Bogen zu einer vernünftigen Begründung des Gesetzes, in der gezeigt werden müßte, daß wegen der Arbeitsmarktlage und wegen der Verarmung und wegen der starken Marktposition der Kapitalisten eine Einschränkung der Wettbewerbsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt erforderlich ist, schafft Tatge nicht mehr, wie auch, müßte er doch in offene Polemik zum eigenen Gesetzentwurf (s. A. Problem...) treten.

Quellenhinweis: BT-Drs. 10/3947 – (maf)

Thälmann-Mord-Prozeß

Kontinuität des faschistischen Staatsapparates

41 Jahre nach der Ermordung Ernst Thälmanns und 23 Jahre nach der ersten Anzeige gegen den ehemaligen Religionslehrer Wolfgang Günter Klaus Otto, einem der Mörder Ernst Thälmanns, begann endlich am 5. November 1985 vor dem Landgericht Krefeld im Saal 157 der Prozeß.

Nach Aussagen des inzwischen verstorbenen ehemaligen Buchenwaldhäftlings Marian Szgoda, die dieser

Fraktion der Grünen unverändert übernommen wurde. Die Sinti und Roma fordern eine Rente für alle noch lebenden NS-Opfer und eine Gleichbehandlung bei Wiedergutmachungsrenten. Sie wollen als ethnische Minderheit anerkannt werden. Alle Sonderakten wie die Erfassung in der "Landfahrerzentrale" sowie die besondere Erfassung von Roma und Sinti in Dateien der Behörden sollen beseitigt werden. SPD und CDU/FDP hatten eigene Entschlüsse eingebracht. Der Zentralrat konnte bei dem Antrag der SPD noch wichtige Verbesserungen erreichen wie "eine gesicherte Altersversorgung". In der Debatte sprach sich SPD-Fraktionsvorsitzender Vogel für die Entfernung aller Sonderakten aus. Ströbele von den Grünen warf der Bundesregierung Zweideutigkeit und Floskeln vor. Die Anträge der Fraktionen gehen jetzt in die Ausschüßberatungen. – (düb)



In Hannover trafen zum zweiten Mal Vertreter von Regierungen und Kapitalisten aus 18 westeuropäischen Staaten zu einer "Eureka"-Konferenz zusammen. Offenbar wächst das Interesse der großen Kapitalisten dieser Staaten, sich für ihr Kapital von vornherein einen "europäischen Markt" zu sichern. Die Bundesregierung fördert Eureka, weil die BRD-Konzerne mittels "Eureka" ihre Vormacht in Westeuropa weiter ausbauen werden. – (rül)

1948 zum ersten Mal vor dem Amtsgericht München gemacht hat, war Otto jedoch aktiv an der Erschießung Thälmanns beteiligt. Szgoda gab immer wieder an, er habe aus einem Versteck heraus beobachtet, wie Otto mit einem anderen SS-Mann nach der Erschießung Thälmanns auf die Frage des anderen: "Weißt du, wer das war?" geantwortet hat: "Das war der Kommunistenführer Thälmann."

Der Lebenslauf Ottos legt ein bedrücktes Zeugnis ab von der Kontinuität des faschistischen Staatsapparates auch nach der Gründung der BRD. Otto war erstmals 1947 angeklagt und verurteilt worden wegen "gemeinschaftlich begangener Greuelthaten" im KZ Buchenwald. Damals erhielt er eine 20jährige Haftstrafe, aus der er bereits 1952 entlassen wurde. In diesem Jahr griff ihm der jetzige BRD-Staatsapparat das erste Mal unter die Arme, er fand Anstellung als Aushilfe beim Arbeitsamt Geldern, "weil er sich mit Schreibebeiten auskannte". In dieser Zeit bewarb er sich auch um Wiedereinstellung in den Schuldienst, nach seinen Angaben mit allen Unterlagen, also auch mit der Angabe über seine Verurteilung im Buchenwald-Prozeß. Mit Hilfe der "Zentralstelle für Flüchtlingslehrer" und der "Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer und Beamten" wurde er 1954 unter den CDU-Kultusministern Teusch und Schütz in den Schuldienst wiedereingestellt und erhielt vom Bischof in Münster die Lehrerlaubnis für katholischen Religionsunterricht.

1962 wurde Otto vom Dienst beurlaubt, die Ehefrau Thälmanns hatte Anzeige erstattet. Die Beurlaubung erfolgte aber keineswegs wegen Ottos Henkerstätigkeit, sondern wegen "arglistiger Täuschung". In der dritten Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht Münster kam es dann zu einem Vergleich zwischen dem Land NRW und Otto. Otto konnte ihn durchsetzen, weil für das Land NRW in Aussicht stand, daß ans Licht kommen würde, daß der Kultusbehörde Ottos Greuelthaten in Buchenwald bei seiner Einstellung bekannt gewesen sein müssen. Otto ging mit heute 1750 DM Rente in den Ruhestand. Diese Rente fußt natürlich nicht allein auf den acht Jahren Lehrertätigkeit, sondern auch auf seiner Tätigkeit als Schreibstufenleiter im KZ Buchenwald.

Betrachtet man diesen Werdegang eines SS-Schergen, so ist verständlich, warum der Prozeß gegen den Thälmann-Mörder 23 Jahre verschleppt wurde: Zum Schutz der ehemaligen Büttel des NS-Staates und zum Schutz des FDGO-Staates, kommt doch heute ans Licht, daß dieser Staatsapparat nicht nur durchsetzt ist mit Angehörigen des faschistischen Staatsapparates, sondern daß der Rechtsstaat auch Sachwalter ihrer Interessen ist. — (rub)

Deutscher Bundeswehr-Verband e.V.

Am Wohl der Offiziere ganz besonders ausgerichtet

Die Personalplanungen des Verteidigungsministeriums für die Bundeswehr in den goer Jahren finden in der laufenden Friedenswoche weniger Aufmerksamkeit als die Forschungs- und Rüstungsvorhaben der NATO und der BRD. Die bereits beschlossenen Maßnahmen sind: Größere Ausschöpfung eines jeden Wehrpflichtigenjahrgangs, Verlängerung des Wehrdienstes ab 1988 auf 18 Monate, vermehrte Rekrutierung von Reservisten, mehr Stellen für Zeit- und Berufssoldaten. Außerdem wird die Ausbildung härter und damit kriegsgerechter. Die Betroffenen, die gegenwärtigen und zukünftigen Wehrpflichtigen, sind bei der Verhinderung dieser Planungen noch sehr auf sich gestellt.

Bei der Suche nach Kräften, die gegen Wörners Maßnahmen etwas unternehmen könnten, muß man auch den Deutschen Bundeswehrverband (DBwV) abklopfen, denn dieser bezeichnet sich als Interessenvertretung "der Soldaten". Die zwölfte Hauptver-

kräfte erkennen. Dies gilt insbesondere für die Gewinnung von mehr Zeit- und Berufssoldaten durch Verbesserung der Attraktivität des Soldatenberufes wie auch für die Herstellung von mehr Wehrgerechtigkeit durch eine größere Ausschöpfung des Wehrpflichtigenpotentials sowie der danach notwendigen Verlängerung des Grundwehrdienstes, wenn alle anderen Maßnahmen der Personalgewinnung nicht ausreichen." Darüber hinaus fordert der Verband in der Priorität noch vor der Wehrdienstverlängerung die "Verwendung von Frauen auf freiwilliger Basis". Mit dem jahrelangen Herumreiten auf der "Wehrgerechtigkeit", was früher schon zu Forderungen nach einer Sondersteuer für Nicht-Dienende geführt hat, stellt sich der Bundeswehrverband als ein Vorreiter der Militarisierung der ganzen Gesellschaft dar.

Zur verschärften Schinderei und Unterdrückung der einfachen Soldaten ist beim DBwV keine Stellungnah-



Bundeswehr-Verband und Verteidigungsminister verstehen sich blendend; protestiert wird, wenn die Einsatzbereitschaft der Soldaten gefährdet ist.



sammlung des DBwV fand vom 21. bis 25. Oktober in Bad Godesberg statt. Das passiert alle vier Jahre in Form etwa der Gewerkschaftstage. Im vorgelegten Tätigkeitsbericht und im Antragsmaterial suchten wir Stellungnahmen zu den Problemen der Wehrpflichtigen.

Der Regierungsbeschluß im Oktober '84 über die Bundeswehrplanung der Zukunft wird vom DBwV warm begrüßt: "Eine erste Sichtung der vorgesehenen Maßnahmen läßt eine Übereinstimmung mit zahlreichen Forderungen und Vorschlägen des Deutschen Bundeswehr-Verbandes zur personellen Bedarfsdeckung der Streit-

me zu finden, denn grundsätzlich mischt er "sich nicht in truppendienstliche Angelegenheiten ein". Da er aber für die militärstrategische Position der BRD die Prinzipien der konventionellen Frontkriegsführung für notwendig erachtet, wird er gegen die entsprechende Abrichtung der Soldaten nichts einzuwenden haben.

Für die Berufs- und Zeitsoldaten versucht der DBwV, eine Verbesserung der sozialen Lage bei Versetzungen und den damit verbundenen Problemen von Wohnungssuche, Schulwechsel der Kinder usw. zu erwirken. Im Zentrum der Tätigkeiten steht schon lange die Forderung nach einer

Ist der DBwV eine Art Soldatengewerkschaft?

"Aus historischer Sicht ist der Deutsche Bundeswehr-Verband keine Gewerkschaft. Aber nach seiner Funktion — nach seiner Zielsetzung, seinem Programm und seiner Satzung — arbeitet er wie eine Gewerkschaft." So preist der scheidende Vorsitzende auf der zwölften Hauptversammlung seinen Verband an.

Grundlagen der Arbeit des DBwV sind erstens der Verzicht auf "den Streik als Mittel zur Durchsetzung der Verbandsforderungen" und zweitens die Respektierung des "in der militärischen Hierarchie notwendigen Prinzips 'Befehl und Gehorsam'". Wirkungsvolle Kampfmaßnahmen werden somit von vornherein ausgeschlossen und die Politik des Verbandes auf das Geschick des jeweiligen Vorstandes reduziert, sich bei der entsprechenden militärischen Kommandostelle Gehör zu verschaffen. Die größte "Kampfmaßnahme" aller Zeiten war eine Protestversammlung im April 1982, natürlich im Saale, gegen Versuche des damaligen SPD-Ministers, die planmäßigen Dienstzeiten zu kürzen, um die Ausgleichszahlungen zu sparen.

Dem Anspruch, eine Soldatengewerkschaft oder etwas Ähnliches zu sein, kann der Verband letztlich nicht gerecht werden, weil es keine einheitliche Interessenvertretung für alle Soldaten geben kann.

— Die Offiziere, mindestens aber die Stabsoffiziere (ab Major aufwärts), sind unmittelbar mit den Interessen der Armeeführung verbunden. Ihr Auftrag ist es in erster Linie, die untergebenen Soldaten wirkungsvoll in den Kampf zu zwingen.

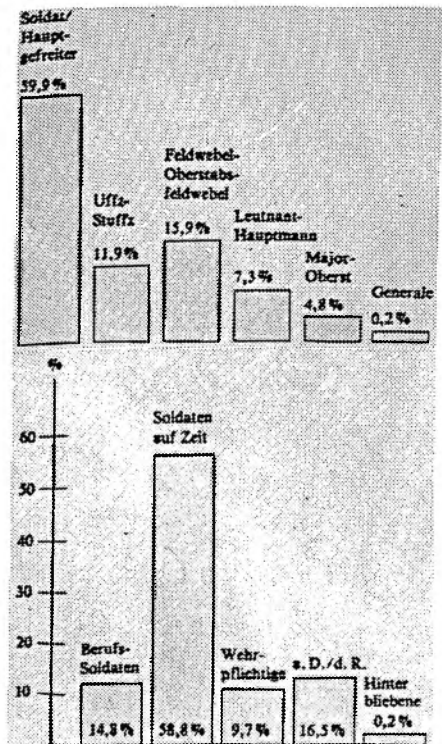
Dafür können sie ein angenehmes Leben mit Adjutanten (früher hieß das Burschen), mit Kasinoleben, mit angemessener Bezahlung und, nicht zu vergessen, mit einer Macht über andere Menschen führen, die kaum ein anderer Beruf bietet.

— Die Mannschaften, bestehend aus Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten, sind zwangsverpflichtet oder aus einer Notlage heraus beim Bund und haben ein Interesse an Rechten gegenüber der Armeeführung, zu denen ausreichende Bezahlung, Schutz vor Unterdrückung und die Möglichkeit, jederzeit die Armee zu verlassen, gehören.

— Dazwischen liegen die Unteroffiziere, von den Mannschaften verachtet, weil sie die tagtägliche Schinderei durchzuführen haben, und von den Offizieren oft nicht minder schikaniert wie die Mannschaften. Manöver- und Zusatzdienste, relativ schlechte Bezahlung und kaum Karrierechancen bestimmen ihr trübes Standort-Dasein.

Über Kampagnen wie Ausgleich für Dienstzeitbelastung und Milderung der Probleme bei Versetzungen versucht der Bundeswehr-Verband, zumindest eine einheitliche Interessenlage bei Unteroffizieren und Offizieren zu konstruieren, um die Stimme der Soldaten kampfkraftsteigernd erheben zu können. Für die Wehrpflichtigen springt hin und wieder eine nützliche Forderung wie die nach Benzingerstattung für Heimfahrten ab.

Aus den vom DBwV veröffentlichten Grafiken über die Mitgliederzusammensetzung läßt sich zurückrechnen, daß 13,7% der Wehrpflichtigen, 88,7% der Zeitsoldaten (Mannschaften und Unteroffiziere) und 71,8% der Berufssoldaten (Hauptfeld-



webel und Offiziere) Mitglied im Verband sind. Mangel an Alternativen und alkoholflechte Kameraderie im Uffz-Korps werden die hohen Mitgliederraten bei den Zeit- und Berufssoldaten mit verursachen.

Und die ÖTV? Seit 1964 ist sie für Soldaten nicht mehr verboten, hat sich aber gegen die Hetze und Ausschaltungsversuche aus dem Offizierskorps nie richtig behaupten können und sich, aber mit Erfolg, auf die Organisation der Zivilbeschäftigten bei den hier stationierten NATO-Armeen konzentriert. Die Wehrpflichtigen haben während ihrer Bund-Zeit immer noch keine Möglichkeit, sich zu organisieren, wollen sie nicht in die Vereinigung der Uffze und Offze eintreten.

gesetzlichen Dienstzeitregelung für Soldaten. Nach Angaben des DBwV leisten über 70% aller Soldaten des Heeres wöchentlich mehr als 56 Stunden Dienst. Als Ausgleich erhalten sie bei durchschnittlich mehr als 56 Stunden Dienst in der betreffenden Einheit 90 DM, als Wehrpflichtige 54 DM monatlich. Wird etwa die 40-Stunden-Woche gefordert? "Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Dienstzeitregelung bedeutet für uns nicht Dienstzeitbegrenzung, sondern der Beginn von Ausgleichsmaßnahmen!", erklärte der neue Vorsitzende, Oberstleutnant Wenzel. Es geht dem Verband um eine gesetzliche Grundlage, die eine bessere Vergütung der vielen Dienststunden in Form von Bezahlung oder Freizeit, je nachdem, was die Einsatzbereitschaft der Armee zuläßt, ermöglicht.

Besonders drückte den DBwV der berühmte Verwendungsstau insbesondere bei Offizieren. Kein Wunder, daß

der Jubel groß war, als das Ministerium die vorzeitige Pensionierung von 1300 Offizieren zu üppigen Bedingungen durchsetzte, um die Karrierekonkurrenz der Schleifer anzufachen. Die Luxusbehandlung der Offiziere konnte Wörner unter langanhaltendem Beifall auf der Hauptversammlung so darstellen: "Wenn den Soldaten besondere Lasten auferlegt werden wie Dienstzeitbelastung, Versetzung und häufige Abwesenheit von der Familie, dann wird das als selbstverständlich hingenommen ... Wenn aber zugunsten der Soldaten Sondermaßnahmen ergriffen werden, dann redet man von Privilegien, sozialer Unverträglichkeit und vom Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz".

Der Verband hat besonders das Wohl der Offiziere im Auge, denn die Kampfkraft der Armee geht über alles, wofür einsatzwillige Führer besonders wichtig erscheinen. Die Dienstbereitschaft der Unteroffiziere

rangiert an zweiter Stelle, und die Mannschaften müssen ja sowieso nur gehorchen. Um den Schein von Interessenvertretung aller Soldaten zu wahren und nicht gar gewerkschaftliche Bedürfnisse bei Mannschaften und Unteroffizieren zu wecken, muß es ab und zu auch einmal etwas Theaterdonner geben. So warf der bisherige Vorsitzende Volland im Vorfeld der Versammlung der Armeeführung "Untätigkeit" vor, was der Generalinspekteur "mit Verwunderung" zur Kenntnis nahm. Früher war wegen solcher Angriffe sogar das eine oder andere Treffen mit dem Ministerium vertagt worden, was der Verband dann als Kampferfolg deklarierte. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit wurde aber schnell wiederhergestellt. Quellenhinweis: Deutscher Bundeswehr-Verband e.V.: Anträge zur 12. Hauptversammlung; Tätigkeitsbericht 1981-1985; div. Pressemitteilungen — (jok)

KPD-Sonderparteitag

Was wird mit der Einheitsfront gegen die Reaktion?

Vom 1. bis 3.11. führte die KPD ihren Sonderparteitag durch. Die Delegierten beschlossen mit großer Mehrheit, das alte Programm aufzuheben. Sie verabschiedeten die nebenstehende Resolution, ein Statut sowie einen Programmentwurf, der Ausgangspunkt für die geplante Vereinigung von KPD und GIM sein soll, sowie den Antrag des ZK, die Vereinigung von GIM und KPD 1986 anzustreben:

— Ausgangspunkt der Verhandlungen zwischen KPD und GIM sind der Programmentwurf des Sonderparteitags und das Statut der KPD. Das ZK der GIM und das ZK der KPD versuchen — wenn eine Delegiertenkonferenz der GIM zustimmt — gemeinsame Änderungsanträge zu diesen Dokumenten und ein "Aufbaukonzept" zu vereinbaren.

— Diese Dokumente sollen einem neuen Sonderparteitag der KPD im nächsten Jahr vorgelegt werden. Dort sollen auch die Mitglieder der KPD Anträge zum Programmentwurf und zum Statut der KPD vorlegen können. Gelingt all dies und billigt dann auch der neue Sonderparteitag die Anträge der beiden ZKs, so sollen die Mitglieder der KPD diesen Dokumenten und der Vereinigung mit der GIM abschließend in einer Urabstimmung zustimmen.

Die nebenstehende Resolution ist damit gegenwärtig das einzige verbindliche programmatische Dokument der KPD.

Der Parteitag feierte Erfolge im Kampf gegen das Sektierertum. Die Behandlung von DGB, SPD usw. als "Agenturen der Bourgeoisie" wurde von Delegierten als typisches Zeichen dieses früheren Sektierertums angegriffen.

Die Politik der KPD war aber immer auch durch heftige Angriffe auf die Bourgeoisie geprägt. Nur so ist z.B. erklärlich, daß die KPD die Initiative zum Aufbau der Volksfront ergriff. Sieht man sich unter diesem Gesichtspunkt die jetzt verabschiedete Resolution an, so fällt auf, daß darin kein Wort mehr zu finden ist über den Aufbau einer Einheitsfront gegen die Reaktion. Wie aber will die KPD Sektierertum überwinden, wenn sie zur Hauptsache, zum Aufbau einer Einheitsfront gegen die Reaktion, keine Festlegungen trifft bzw. alte ersatzlos aufhebt?

Stattdessen gründet die KPD sich jetzt auf einen äußerst engen Ausschnitt marxistischer Anschauungen, auf eine sehr besondere Weltanschauung. Daß die Resolution so abgefaßt ist, hängt auch mit den Widersprüchen in der KPD zusammen. So haben viele Delegierte eine Abgrenzung gegen Nationalismus und Revanchismus, die Ablehnung der "Supermächte"-Theorie und die Überprüfung alter KPD-Positionen zu den "realsozialistischen Ländern" verlangt. Diese Delegierten unterlagen. Viele Delegierte verlangten eine Debatte über "neue Technologien", Mindesteinkommen, Sozialversicherungen usw. Auch sie unterlagen. Die Resolution versucht, einen "kleinsten gemeinsamen Nenner" für die KPD zu finden. Sie enthält deshalb auch überhaupt nichts Neues, und die Hauptsache fehlt.

Der Parteitag beschloß die Streichung der Klassikerköpfe aus dem Roten Morgen, was von vielen Delegierten als Symbolhandlung begriffen wurde. Das kennzeichnet in gewisser Weise die Lage in der KPD, wo viele hoffen, das alte Programm ohne gründliche Auseinandersetzung austreichen zu können.

Wird die programmatische Einigung, die mit der Verabschiedung der nebenstehenden Resolution vorgenommen ist, auf die Praxis der KPD durchschlagen? Wird eine sektiererische Politik folgen, also nachlassende Bemühungen, einen selbständigen Beitrag im Kampf gegen die Reaktion zu leisten, verbunden mit wachsenden Bemühungen, die sozialdemokratische Politik in vielem zu akzeptieren und nur mangelnde Konsequenz zu beklagen? Wir hoffen nicht. Quellenhinweis: Anträge und Dokumente des Sonderparteitags sind zu beziehen über: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30 — (rül)

Resolution über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei

Die KPD geht davon aus, daß in Westdeutschland und Westberlin die Schaffung der revolutionären Partei in der Arbeiterbewegung eine vordringliche Aufgabe ist.

1. Gegen bestehende andere Vorstellungen halten wir daran fest, daß die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen, sich der Arbeiterklasse insgesamt nicht erschließt unmittelbar aus der Erfahrung der Klassenauseinandersetzungen oder aus dem Erleben der Verfaultheit, Krisenhaftigkeit und Perspektivlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist eine Tatsache, daß

a) in der kapitalistischen Gesellschaft bürgerliche Anschauungen, bürgerliche Vorstellungen von Krisenlösungen in der Arbeiterklasse einen starken Einfluß haben,

b) die durch den kapitalistischen Produktionsprozeß hervorgerufene Zersplitterung der Arbeiterklasse es verhindert, daß sich eine Einsicht in das Gesamtinteresse der Klasse spontan durchsetzt.

2. Die Einsicht in das Gesamtinteresse der Klasse und die grundlegenden gesellschaftlichen Zusammenhänge ist letztlich nur möglich mit Hilfe der Theorie, mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus. Auf Grund der unterdrückten Stellung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Kapitalismus ist es allerdings undenkbar, daß sich die gesamte Arbeiterklasse den wissenschaftlichen Sozialismus auf theoretischem Wege aneignet. Dazu bedarf es der Vermittlung über die Politik.

3. Wir halten es deshalb für notwendig, daß der fortschrittlichste Teil der Arbeiterbewegung sich in einer politischen Partei zusammenschließt,

* die ihre politische Tätigkeit auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus entfaltet;

* die in ihrer politischen Strategie und Taktik die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung berücksichtigt;

* die in ihrer Politik von der Unvereinbarkeit der Klassengesetze ausgeht und für die politische Macht der Arbeiterklasse eintritt;

* die auf diesen Grundlagen darum kämpft, ihre politischen Antworten auf die drängenden Fragen als die richtigen in der Arbeiterbewegung durchzusetzen.

4. Ziel und Zweck der revolutionären Partei ist es, die Arbeiterbewegung politisch, ideologisch und organisatorisch zur Führung des Klassenkampfes zu befähigen, damit die Klasse den Kampf um ihre Interessen gegen Kapital und Staat führen und politisch selber die Macht nach einer revolutionären Umwälzung im Sozialismus ausüben kann. Wir gehen davon aus, daß in einer revolutionären Massenpartei die politische Kultur der angestrebten Gesellschaft erkennbar sein muß. Darin wird heutzutage ein Teil der Faszination und Ausstrahlung einer solchen Partei und ihrer Ziele bestehen.

Wir wenden uns ausdrücklich gegen alle Vorstellungen über das Verhältnis von Partei und Klasse, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterbewegung zur Manövriermasse einer politischen Partei zu degradieren. Das trifft einerseits offenkundig auf das Verhältnis der SPD zur Gewerkschaftsbewegung zu, das gilt aber auch für ein Verständnis von Vorhutpartei, wie es z.B. die DKP vertritt und wie wir es früher vertreten haben. Ein Verständnis, in dem die "Vorhut" als der alleinige Träger politischen Willens erscheint und die Arbeiterbewegung nur als Mittel zur Durchsetzung dieses Willens fungiert, ist dem Ziel, die politische Handlungsfähigkeit der Klasse zu erhöhen, direkt entgegengesetzt.

II. Notwendigkeit der revolutionären Partei heute

1. Die KPD ist nicht diese Partei. Die von uns früher vertretene gegenteilige Auffassung halten wir für falsch.

Die KPD ist eine revolutionäre Partei, die sich dem revolutionären Sozialismus verpflichtet fühlt. Sie stellt jedoch nicht den Zusammenschluß der fortschrittlichsten Kräfte der Arbeiterbewegung dar, sondern nur eines kleinen Teils. In einer Situation wie heute in Westdeutschland und Westberlin, in der auch im Unterschied zu anderen westeuropäischen Ländern nur zaghafte Ansätze einer antikapitalistischen Bewegung und nur eine relativ geringe Zahl revolutionärer Sozialisten zu finden sind, wird von Teilen der politischen Linken bereits dieses Eintreten für eine Partei des wissenschaftlichen Sozialis-

mus als Zeichen politischen Sektierertums gewertet.

Die KPD sieht das nicht so. Sie hält vielmehr die bewußte, organisierte politische Anstrengung für eine entscheidende Voraussetzung für das Entstehen einer revolutionären Massenpartei. Die zweifellos vorhandenen politischen Auseinandersetzungen und Differenzierungsprozesse in der Arbeiterbewegung münden nicht von selbst in das Entstehen dieser Partei, ebenso wenig wie die Zunahme der Klassenaueinandersetzung. Dies sind wichtige Faktoren, auf die sich die Tätigkeit revolutionärer Sozialisten gründen muß. Die Kritik an dem politischen Sektierertum revolutionärer Sozialisten hält die KPD dagegen für berechtigt und erforderlich, soweit sie die Tatsache betrifft, daß eine Politik von revolutionären Sozialisten blind ist gegenüber den realen politischen Auseinandersetzungen und Differenzierungsprozessen, was zweifellos auch in der Vergangenheit für die KPD zugefallen hat.

2. Die KPD geht davon aus, daß die ökonomische Krise in Westdeutschland und Westberlin sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen und vertiefen wird. Vor allem die sozialen Folgen dieser Krisenentwicklung haben in den letzten Jahren die Frage nach der richtigen Antwort der Arbeiterbewegung auf diese Entwicklung aufgeworfen. In dieser Auseinandersetzung muß heute eine Politik des revolutionären Sozialismus vorrangig entfaltet werden, weil

* auch mit der Vertiefung der Krise der Einfluß der politischen Reaktion nicht von selbst verschwindet, sondern sich mit den verschiedensten Auffassungen und Erklärungsversuchen, wie z.B. die nötige Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, als sehr zählebig erweist;

* auch die sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen nicht von allein als Folge der Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse verschwinden, sondern sich den veränderten Bedingungen von Krisenzeiten anzupassen suchen.

Das Vorhandensein politischer Alternativen zu diesen politischen Anschauungen entscheidet darüber, ob die in der Arbeiterbewegung stattfindende Auseinandersetzung, die grob umrissen als der Gegensatz zwischen Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf umschrieben werden kann, zu einer breiten sozialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung führen wird. Die politischen Alternativen von revolutionären Sozialisten, die eine eigenständige, von der Unvereinbarkeit der Interessen der Arbeiterklasse mit den kapitalistischen Verhältnissen ausgehende Entwicklung der Arbeiterbewegung zum Ziel hat, muß die Stärkung der nach Ausweitung des Klassenkampfes drängenden Teile der Arbeiterbewegung bringen. Die Weichen dafür, ob die Arbeiterbewegung die Krisenentwicklung mit einer breiten antikapitalistischen Strömung beantworten wird oder einen Rückschlag in dieser Auseinandersetzung erleiden wird, werden heute gestellt.

3. Und eine weitere Grundfrage macht die Existenz einer revolutionären Partei, die um eigene politische Handlungsfähigkeit bestrebt ist, erforderlich. Die starke Verwurzelung bürgerlicher Anschauungen hat ihre Ursache nicht allein darin, daß ja Phasen in der Entwicklung der Bundesrepublik mit geringer Arbeitslosigkeit und direkter sozialer Verbesserungen in der Arbeiterklasse Hoffnungen auf die Vereinbarkeit von Kapital und Arbeiterklasse bestärkt haben. Die Aufgeschlossenheit der Arbeiterklasse für eine Politik des Klassenkampfes hängt auch von der Anziehungskraft politischer Alternativen zu diesen kapitalistischen Verhältnissen ab. Angesichts der Erfahrungen mit den Verhältnissen in den revisionistischen Ländern bestehen erhebliche Vorbehalte dagegen, daß eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft der Arbeiterklasse tatsächlich Macht und gesellschaftlichen Fortschritt bringt. Diese Vorbehalte werden nicht einfach mit der zunehmenden Kritik an den bestehenden Verhältnissen verschwinden. Dies erfordert nicht nur eine klare, unmißverständliche Position von revolutionären Sozialisten in der Ablehnung der revisionistischen Verhältnisse, sondern ein offensives Eintreten dafür, daß die Frage nicht so steht – Revisionismus oder Kapitalismus, sondern daß die sozialistische Perspektive tatsächlich Demokratie, Befreiung und politische Macht für die Arbeiterklasse bedeutet.

III. Die Haltung der KPD zu anderen politischen Kräften in der Arbeiterbewegung

1. Die KPD geht davon aus, daß sie heute in der Bundesrepublik nicht die einzige Organisation ist, die die Positionen des revolutionären Sozialismus vertritt. Sie geht davon aus, daß neben

ihr Organisationen bestehen, deren Politik auf die Arbeiterbewegung als der Hauptkraft der Gesellschaft zielt, die eine revolutionäre Umwälzung dieser Gesellschaft und den Übergang der politischen Macht an die Arbeiterklasse wollen und dies als unvereinbar mit den revisionistischen Verhältnissen ansehen. Ihnen gegenüber vertritt die KPD die Position, daß die Zersplitterung in verschiedene Organisationen ein schädliches Produkt des Sektierertums der revolutionären Linken – auch unserer Partei – ist und eine Vereinigung dieser Kräfte in einer Partei ein wichtiges Ziel ist.

2. Die Hauptaueinandersetzung, an der sich nach unserer Auffassung in den nächsten Jahren die Herausbildung einer sozialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung entscheiden wird, ist die um die Frage Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf. In dieser Auseinandersetzung treffen revolutionäre Sozialisten auf verschiedene Strömungen in der Arbeiterbewegung, die die bestehenden Formen der Sozialpartnerschaft kritisieren und für eine Ausweitung des Klassenkampfes eintreten. Die Entwicklung dieser Strömung, die sich organisiert und unorganisiert einem linken Spektrum in der Arbeiterbewegung zugehörig fühlt, einschließlich linken Sozialdemokraten, DKP und Teilen der Grünen, ist für eine revolutionäre Arbeiterpolitik heute von großer Bedeutung. Ihnen gegenüber treten wir für den vollständigen Bruch mit dem Reformismus ein. Wir vertreten aber gleichzeitig die Position, daß die Ablehnung der Sozialpartnerschaft und das Bemühen um Ausweitung des Klassenkampfes heute eine wichtige Grundlage gemeinsamer Politik in der Arbeiterbewegung darstellt. In der Auseinandersetzung darum, wie diese gemeinsame Auffassung durchgesetzt werden kann, treten wir gegenüber diesen Kräften dafür ein, daß das nicht hauptsächlich durch die Überzeugung sozialpartnerschaftlicher Funktionäre erreicht werden kann, sondern hauptsächlich durch die Mobilisierung derjenigen, die die Unvereinbarkeit der Verwirklichung ihrer Interessen und der Politik der Sozialpartnerschaft am eigenen Leibe spüren.

3. Ohne Lösung breiter Teile der Arbeiterklasse vom Einfluß der sozialdemokratischen Partei ist ein Masseneinfluß des revolutionären Sozialismus nicht möglich.

Für die Herausbildung einer breiten antikapitalistischen Strömung in der Arbeiterbewegung ist der Differenzierungsprozeß, der sich anhand der Kritik der Sozialpartnerschaftskonzeption vollzieht, von grundlegender Bedeutung.

Angriffe der Kapitalisten und der politischen Reaktion richten sich zunehmend auch auf sozialpartnerschaftlich orientierte Gewerkschaften. Die KPD betrachtet den Kampf gegen diese Angriffe, die letztlich auf die Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung abzielen, als gemeinsame Aufgabe. Sie sieht die Notwendigkeit, gegen diese gegenüber der Arbeiterbewegung feindseligen Bestrebungen bürgerlicher Politik gemeinsam auch mit den Verfechtern eines sozialpartnerschaftlichen Kurses der Gewerkschaften zu kämpfen.

Sie vertritt dabei grundsätzlich, daß die Beschränkung des Widerstandes gegen diese Angriffe der Reaktion auf die Wahrung oder Wiederherstellung einer Situation sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit falsch, illusionär und schädlich ist. Der Aufkündigung der Sozialpartnerschaft von oben kann nur durch die Entfaltung des Klassenkampfes erfolgreich begegnet werden.

4. Die Grünen leisten eine bestimmte Kritik am Kapitalismus. Sie konnten bislang in beträchtlichem Umfang antikapitalistische Stimmungen und Kritik an konkreten Resultaten der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Politik gegen die etablierten Parteien wenden. Deshalb wird die Frage aufgeworfen, ob durch die Grünen nicht die Bestrebungen zur Schaffung einer Massenpartei des revolutionären Sozialismus überflüssig geworden sind.

Die KPD ist nicht dieser Auffassung. Sicher muß die von den Grünen geübte richtige Kritik am Kapitalismus auch für die revolutionär-sozialistische Parteibildung aufgegriffen werden. Eine Partei, die das Befreiungsinteresse der Arbeiterklasse politisch vertritt, sind die Grünen jedoch nicht und wollen sie nicht sein. Die Bestrebungen zur Schaffung einer revolutionär-sozialistischen Partei müssen vom Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital ausgehen. Sie müssen auch praktisch hauptsächlich in der Arbeiterklasse vorangebracht werden, der einzigen Klasse, die ernsthaft die Machtfrage aufwerfen kann.

Spanien

Gonzales und Fraga: nationale Koalition für Referendum und NATO-Mitgliedschaft

Drei Termine setzen die spanische Friedensbewegung und die Anti-NATO- Opposition der Gewerkschaften unter Zeitdruck: die nächsten Parlamentswahlen im Jahre 86, das Referendum über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens, das Anfang 1986 stattfinden soll, und die für Ende Dezember angesetzte Parlamentsdebatte über die spanische "Sicherheitspolitik". In dieser Parlamentsdebatte will die Regierung den von ihr geplanten Referendumstext vorlegen. Zwar lassen die ausländischen Presse- und Fernsehkommentatoren den Eindruck entstehen, die spanische Regierung stehe unter Zugzwang, sich nun endlich zu entscheiden, wie sie mit der "über 50%igen" Gegnerschaft gegen die NATO denn zu Rande kommen wolle. Die Verbreitung dieses Eindrucks gehört aber selbst zur Politik der Regierung und der Führung der regierenden PSOE um Gonzales und Guerra, die bisher noch jede Opposition in den eigenen Reihen ausgeschaltet hat. Ihre Politik ist darauf berechnet, daß sie keine parlamentarische sozialistische Gegenposition außer der der PCE (Kommunistische Partei Spaniens) zu befürchten hat und daß die reaktionäre Opposition des ehemaligen Franco-Ministers Fraga (AP) für eine Regierungsübernahme noch nicht genügend Stimmen erhält.

Seit ihrer Regierungsübernahme vor drei Jahren hat sich die Programmatik der PSOE zu der einer sozial- bis wirtschaftsliberalen Partei entwickelt, deren Wählerschaft zwar in der Arbeiterklasse und den Mittelklassen liegt, deren Politik aber die Funktion einer – in Spanien nicht existierenden – bürgerlich-liberalen Partei erfüllt. Nachdem die Parteibildung einer "bürgerlichen Mitte" durch die UCD – zuerst unter Suarez, dann Calvos-Sotelo – zunächst gescheitert ist, die nach-Franco-Partei UCD die Wahlen und die Regierungsmacht verlor, übernahm die PSOE an der Regierung diese Rolle. "Modernisierung Spaniens", "Industrielle Strukturreform", "europäische Integration" waren die Schlagworte ihrer Politik. Sie begrenzten die wirtschaftliche Macht der feudal-klerikalfaschistischen Oligarchie z.B. durch die Enteignung des Rumasa-Konzerns (Eigentum des größten spanischen Privatkapitalisten und Faschistenfinanziers) und seine Aufteilung durch "Reprivatisierung" unter der spanischen Bourgeoisie. Sie leitete eine Rationalisierung und "Strukturänderung" der spanischen Wirtschaft ein, die statt der versprochenen "neuen 800000 Arbeitsplätze" die Arbeitslosigkeit auf über 20%

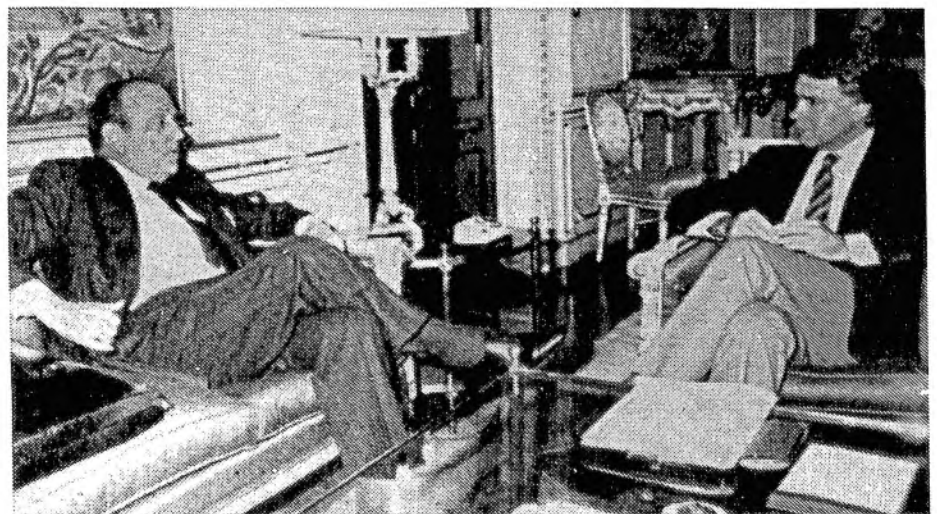
trieb und die gesetzlichen und tariflichen Schutzbestimmungen der Lohnabhängigen drastisch verschlechterte.

Die spanischen Kapitalisten und die Führungsmannschaft der PSOE hoffen, die vergangenen feudalen und kolonialen Hinterlassenschaften, Ansprüche und Einflußmöglichkeiten Spaniens für Spaniens zukünftige Rolle einer regionalen "Mittelmacht" zu reaktivieren. Dazu gehören die "traditionellen Beziehungen" zu Lateinamerika ebenso wie die Kolonialstützpunkte Ceuta und Melilla in Marokko.

Allein im letzten September hat die spanische Regierung eine ganze Kette von Maßnahmen ergriffen, die den Kurs des aufsteigenden Juniorpartners der EG-Imperialisten dokumentieren sollen, zugleich aber auch zeigen, daß die spanische Außenpolitik zunehmend die Relikte spanischer Neutralitätspolitik beseitigt und direkt aggressive Züge annimmt. Spanien trat dem COCOM-Abkommen bei (Kontrolle "sicherheitsempfindlicher" Exporte in die osteuropäischen Staaten), ließ alle Vertretungen der FPOLISARIO in Spanien schließen

rungsriege Gonzales/Guerra planmäßig ausgeschaltet. Auf dem letzten Parteitag der PSOE im Dezember 84 wurde der Regierungskurs abgesegnet und die sozialistische Opposition isoliert. Im Sommer 85 wurden die unsicheren Vertreter in der Regierungsmannschaft abgesetzt. Dazu gehörte v.a. der ehemalige Außenminister Morán. Jetzt scheint die der PSOE nahestehende Gewerkschaft UGT an der Reihe zu sein. Ihr Vorsitzender, der PSOE-Abgeordnete Redondo, war bisher für ein "Nein" der UGT beim NATO-Referendum eingetreten. Seit Anfang November betreiben Regierung und PSOE-Führung öffentlich seine Absetzung auf dem nächsten Gewerkschaftstag im Frühjahr 86. Die Kampagne zur Isolierung Redondos zeigt Wirkung. In einem Brief an den Vorsitzenden der Comisiones Obreras schreibt Redondo jetzt: Eigentlich sei doch "die NATO-Frage keine vorrangige Frage für die Arbeiter unseres Landes".

Kurz nach dem Putschversuch Tejeros im Februar 1981 war Spanien unter der UCD-Regierung der NATO beigetreten. Damals hatte die PSOE gegen den Eintritt gestimmt, aber auf die Forderung nach einem Referendum verzichtet. Sie gewann die späteren Wahlen mit der Forderung nach einem Referendum und nach dem Austritt aus der NATO. Lange Zeit ließ



Gonzales und der ehemalige Franco-Minister und Führer der reaktionäre AP Fraga: Politik der großen Koalition für die NATO.

(Anlaß war die Aufbringung eines spanischen Fischerbootes in saharischen Gewässern) und erkannte den Staat Israel an. Zum Ausbau Spaniens zu einer "mittleren Macht" gehört schließlich auch die Neuaufrüstung der spanischen Armee und der Ausbau der spanischen Rüstungsindustrie. Mit dem Staatskonzern CASA ist Spanien an dem Rüstungskoooperationsobjekt "Jäger 90" zusammen mit der BRD, Frankreich, England, Italien beteiligt.

Die Opposition gegen diesen Kurs in den Reihen der PSOE hat die Füh-

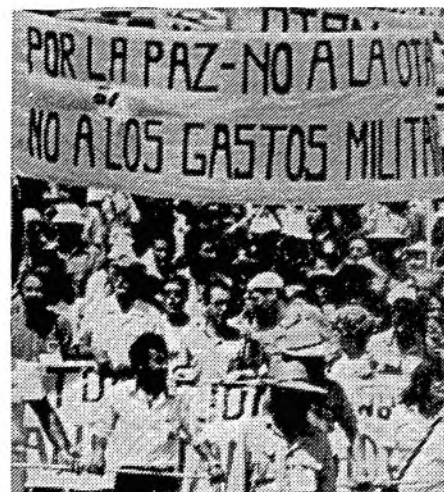
die Regierung offen, ob sie überhaupt ein Referendum durchführen wird. In den letzten Wochen hat sie sich definitiv zu einem Referendum verpflichtet. Gleichzeitig aber hat sie nach zahlreichen persönlichen Verhandlungen zwischen Gonzales und Fraga eine faktische große Koalition für ein Referendum und für die NATO-Mitgliedschaft hergestellt. Fraga, der bei seinem Treffen mit dem NATO-Generalsekretär Carrington Ende Oktober noch gegen die Durchführung eines Referendums Stellung genommen hat,

erklärt jetzt, er sei für ein Referendum, wolle aber den Referendumstext vorher sehen. Den Gefallen wird die Regierung ihm bestimmt tun.

Die Taktik der Regierung gegen die Anti-NATO-Bewegung ist einigermaßen durchtrieben. Sie zielte zunächst darauf ab, die organisierte Führung dieser Bewegung auf die Kommunisten und die Anti-NATO-Komitees zu reduzieren. Sie hat dann den Weg einer faktischen großen Koalition mit den Reaktionären eingeschlagen. Damit versucht sie zweierlei zu erreichen: Erstens wird Fraga dafür sorgen, daß die konservative NATO-Kritik, die einen wesentlichen Teil der Kritik an der NATO-Mitgliedschaft ausmacht, verstummt. Zweitens wird Gonzales damit den neuen, den "wirklichen" nationalen Konsens dokumentieren: nicht für den Austritt, sondern für den Status-quo, also die Mitgliedschaft. Sodann hat die Regierung die Formulierung der Fragestellung des Referendums in der Hand.

Möglicherweise schon in der Fragestellung, auf jeden Fall aber in der Kampagne der neuen großen Koalition wird dann die NATO-Mitgliedschaft "europäisch" begründet. Damit soll einer wesentlichen Kritik an der NATO-Mitgliedschaft der Wind aus den Segeln genommen werden: Gerade um den Einfluß der USA zu schwächen, müßte Spanien in der NATO bleiben und das "europäische Gewicht" stärken. Schließlich werden Gonzales und die Regierungsvertreter sich weitgehend aus der Kampagne heraushalten, wenn die Weichen gestellt sind. Das soll ihnen erlauben, auch im Falle einer Regierungsniederlage als Saubermänner dazustehen, die eben immer offen ihre persönliche Meinung gesagt hätten, aber sich selbstverständlich letztlich nur an den "Willen des Volkes" halten.

Die Lage der Anti-NATO-Bewegung ist schwierig. Sie hat in den letzten Monaten viel Energie auf die Forderung verwendet, daß ein Referendum



Hunderttausende demonstrierten gegen Reagan-Besuch und NATO-Mitgliedschaft.

durchgeführt werden muß, und weniger darauf, warum Spanien aus der NATO austreten muß. Wenn es ihr nicht gelingt, auch Forderungen nach Änderung der spanischen Europa- und Militärpolitik an die PSOE zu formulieren, und wenn keine gemeinsame Front von Comisiones Obreras und UGT zustande kommt, wird sie sich nur schwer gegen die nationale Koalition von Sozialdemokraten und Reaktionären durchsetzen können.

Quellenhinweis: Arma del Pueblo, El Pais, Cambio, PB 25/84— (chc)

Erklärung aus der Anti-NATO-Bewegung

Am 28. April 1985 fand in Madrid die zweite Zusammenkunft der Versammlung "für ein Referendum zur NATO" statt. In der abschließend verabschiedeten "Erklärung von Casa de Campo" heißt es unter anderem:

— Das Referendum ist ein konstitutionelles Recht nach Artikel 92 der Verfassung und nach dem Referendumsgesetz, das diesen ausführt. Es hat seine frühesten Vorläufer in den offenen Beratungen der spanischen Gemeinden, in denen unsere ersten Freiheiten durch die Teilnahme von allen entwickelt wurden.

— ...

— Die PSOE verlangte ein Referendum von der UCD in der Debatte über die NATO, und sie versprach es in der Wahlkampagne von 1982. Die Geschichte des Kompromisses spricht für sich, und es ist klar, daß bis jetzt nur eines stattgefunden hat: ein Positionswechsel der PSOE und ihrer Regierung; erst Parteinarbeit für den Austritt aus der NATO, dann unentschieden und jetzt für den Verbleib im atlantischen Block.

— Die Einberufung des Referendums wird nun schon die ganze Zeit verschoben aus einer ganzen Reihe von Parteiinteressen und unter dem Druck von Einflüssen außerhalb der nationalen Souveränität, ohne daß irgendein Regierungsmitglied in glaubwürdiger Form den Grund für die Verzögerungen und die Vermischung mit anderen Wahlterminen hätte erklären können.

— Das Referendum ist ein morali-

scher und politischer Kontrakt, der erfüllt werden muß. Die Begründung dafür ist klar und überzeugend: Das, was man verspricht, hat man auch zu halten, andernfalls werden schließlich die uneingelösten Versprechen die eigenen Vorstellungen von Politik und von Demokratie zunichte machen.

— ...

— Die Versammlung für das Referendum vertritt nichts, was sie in Gegensatz zur Friedensbewegung bringen würde, und sie stimmt vollständig mit ihr überein, daß das Referendum durchgeführt werden muß, denn ohne Referendum besteht keine Möglichkeit, darüber zu entscheiden, ob man im militärischen Block bleiben will oder nicht.

— Diejenigen, die sich der Durchführung des Referendums entgegenstellen, beschränken die Volkssouveränität mit Argumenten, die nichts mit Freiheit zu tun haben. Sie ignorieren die Verfassung, die Bestrebungen, die die Spanier in den Wahlen von 1982 zum Ausdruck gebracht haben und die seitdem in zahlreichen Meinungsumfragen bestätigt wurden.

— Die Referendumsfrage muß klar und ohne irgendwelche Zweideutigkeiten sein. Die Versammlung für das Referendum schlägt dazu die folgende Fragestellung vor in Übereinstimmung mit dem eigenen Wahlversprechen der PSOE: "Wollen Sie, daß Spanien in der NATO bleibt?" Das ist es, was die heutige Regierungspartei in der Wahlkampagne von 1982 angeboten hat, und das ist es auch, was sich das Volk fragen muß.

— ...

Uruguay

Weitere Lohnsenkungen und drastische Haushaltssanierung

Ende September wurden die Verhandlungen zwischen IWF und Uruguay vorläufig abgeschlossen. Die Hälfte der Auslandsschuld in Höhe von fast 2,5 Mrd. US\$, kurz- und mittelfristig fällig, war umgeschuldet. Zunächst soll Uruguay während der nächsten drei Jahre ausschließlich jährliche Zinsen von 100 Mio. US\$ zahlen. Für die Annahme eines IWF-Diktats erhält die Regierung einen 150 Mio. US\$-Kredit und verpflichtet sich u.a. zu Haushaltskürzungen und Lohnsenkungen. Die jährlichen Tilgungszahlungen Uruguays betragen zwischen 500 und 600 Mio. US\$, während die Exporte knapp eine Mrd. US\$ einbringen. 1980 lagen die Auslandsschuld noch bei 2,2 Mrd. US\$ und die Zinszahlungen bei 14% der Exporterlöse, 1984 schon bei fast 50%. Vor diesem Hintergrund streikten in den vergangenen Monaten, insbesondere seit Amtsantritt des ersten zivilen Ministerpräsidenten seit elf Jahren, des Vorsitzenden der "Colorado-Partei", Sanguinetti, Hunderttausende von Lohnabhängigen. Die Streiks für höhere Löhne fanden zumeist in den Bereichen der Exportwirtschaft und dem öffentlichen

Dienst ihren Anfang. Die Beschäftigten in den Häfen, der Textil-, Leder- und Papierindustrie hatten besonders unter den immensen Lohnsenkungen gelitten, zwischen 1968 und 1984 um fast 50%. Seit Anfang 1985 konnten die Löhne um fast 20% verbessert werden. Weitere Auseinandersetzungen stehen bevor, da die Regierung über indirekte Steuern, insbesondere die Mehrwertsteuer, über 70% des Haushalts finanziert und weitere Erhöhungen plant. Unter dem Eindruck der Streikkämpfe mußte die Regierung das Streikverbot der Militärs aufheben. Für den öffentlichen Dienst gilt nach wie vor Streikverbot, dennoch durchbrach der Streik der Eisenbahner über mehr als 40 Tage dieses Verbot. Die Regierung ließ Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten zu, allerdings in staatlichen Tarifausschüssen für verschiedene Wirtschaftszweige unter Vorsitz des Arbeitsministeriums. Die großen Lohnunterschiede zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeitern (z.T. über 100%) sowie zwischen verschiedenen Branchen beabsichtigt die Regierung, zur Spaltungslinie unter den 700000 Lohnabhängigen auszubauen. Die über 15% Arbeitslosen sollen den nötigen Druck machen. Die politische Stütze des Sanierungsprogramms sind die ca. 250000 "Selbständigen" Uruguays. Bislang mußte die Regierung noch Zugeständnisse an die Gewerkschaftsbewegung machen. Die imperialistischen Banken setzen auch weiterhin auf Sanguinetti.

Quellenhinweis: Blick durch die Wirtschaft; Lateinamerika-Nachrichten, versch. Ausgaben. — (sie)

Niederlande

Regierung beschließt Raketenstationierung

Als letzte Regierung der fünf NATO-Staaten, in denen nach dem NATO-Doppelbeschluß von 1979 Marschflugkörper vom Typ Cruise Missiles stationiert werden sollen, hat am 1. November die niederländische Regierung beschlossen, ein dementsprechendes Abkommen mit den USA zu unterzeichnen. Für das Inkrafttreten dieses Abkommens ist nun noch ein Gutachten des niederländischen Staatsrates sowie die Zustimmung beider Häuser des Parlaments erforderlich. Die Debatte im Parlament soll im Februar nächsten Jahres stattfinden, drei Monate vor den nächsten Parlamentswahlen. Stimmt das Parlament dem Abkommen zu, so werden bis Ende 1988 48 atomar bestückte Marschflugkörper auf dem niederländischen Luftwaffenstützpunkt Woensdrecht stationiert. Die Regierung rechnet fest mit dieser Zustimmung. Am 24.

Oktober hatte das Parlament, in dem die Christdemokraten und Liberalen unter dem früheren Metallkapitalistensprecher und jetzigen Premier Lubbers eine Mehrheit von vier Stimmen haben, den Entwurf des nun ratifizierten Vertrages mehrheitlich gebilligt.

Die Entscheidung der niederländischen Regierung wurde noch am gleichen Tag von NATO-Generalsekretär Carrington und Sprechern der US-Regierung, der britischen Regierung und der Bundesregierung begrüßt. Die "FAZ" triumphierte: "Das Stammland der europäischen Friedensbewegung hat sich am Montag vertraglich verpflichtet, bis zum Jahre 1988 48 amerikanische Cruise Missiles auf seinem Hoheitsgebiet zu stationieren."

Nur wenige Tage vor dieser Entscheidung hatte Premier Lubbers auf einer Veranstaltung von Vertretern des Komitees "Cruise Missiles Nein" (KKN), dem eine Reihe von niederländischen Friedensorganisationen, Parteien und Gewerkschaften angehören, 3,74 Millionen Unterschriften gegen die Stationierung entgegennehmen müssen, die diese seit Anfang September landesweit gegen die Stationierung gesammelt hatten. Die Erklärung, die damit von knapp 37% aller niederländischen Wahlberechtigten unterzeichnet worden war, wandte sich an Regierung und Parlament und war auf Druck kirchlicher und sozialdemokratischer Kräfte im KKN als Bitte formuliert, aber dennoch eindeutig: "Ich wende mich gegen die atomare Rüstung. Sie werden um den 1. November einen Beschluß treffen über die Stationierung von Cruise Missiles auf niederländischem Territorium. Ich ersuche Sie, dann Nein zu sagen zur Stationierung."

Noch am Tag der Stationierungsentscheidung der Regierung protestierten Zehntausende in Demonstrationen in Den Haag, Amsterdam, Utrecht, Groningen und anderen Städten dagegen. Die Lohnabhängigen eines Rundfunksenders strahlten den ganzen Tag Sirenenwarnsignale aus.

Dennoch sieht es im Augenblick so aus, als habe die Regierung die zahlreichen Organisationen, die seit Mitte 1979 den Widerstand gegen die geplante Stationierung organisiert hatten, nun besiegt. Selbst wenn noch einige Abgeordnete der Christdemokraten bei der abschließenden Abstimmung im Parlament im Februar gegen die Stationierung stimmen sollten, dürfte dies an einer Parlamentsmehrheit für die Stationierung nichts ändern: Mehrere nicht der Regierungskoalition angehörende Abgeordnete rechter Parteien haben angekündigt, den Stationierungsbeschluß zu unterstützen.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, FAZ, Ausgaben seit 25.10.; DVZ, 6.11.; Arbeiterkampf vom 23.9.85 — (rül)

Uganda

Kein Ende des Bürgerkriegs

Der Bürgerkrieg in Uganda dauert an. Nach dem Putsch gegen Obote Ende Juli 1985 hat die neue Regierung unter Muwanga zwar Verhandlungen mit der Nationalen Widerstandsbewegung (NRM) aufgenommen, doch blieben diese bisher ohne Ergebnis. Muwanga scheint nicht gewillt, Vertreter der NRM, die ein Drittel des Landes und einige größere Städte kontrolliert, in die Regierung aufzunehmen.

Für die bürgerliche Presse ist die Situation in Uganda einfach und klar: Wie andere afrikanische Völker hätten sich auch die Ugander als unfähig erwiesen, einen modernen Staat zu er-



Tansanische Truppen in Uganda — teuer für Uganda und Tansania

richten. Stammesrivalitäten und in ihrem Gefolge blutige Gemetzel seien an der Tagesordnung. Erst habe Idi Amin ein Terrorregime errichtet, dann sein Nachfolger Obote.

Wenn man sich diese rassistische und imperialistische Hetze nicht zu eigen macht, sind viele Widersprüche in Uganda zunächst schwer zu verstehen. Eines aber ist sicher: Seit tansanische Truppen Ende 1978 in Uganda einfielen und Idi Amin stürzten, ist das Leben der ugandischen Arbeiter und Bauern schwerer geworden.

Unter Obote sei Uganda zum "Musterland des Internationalen Währungsfonds" geworden, schrieb die "FAZ" am 30.7.85, nach dem Putsch. Kein anderes Entwicklungsland habe die Auflagen für IWF- und Weltbankkredite so getreu erfüllt: Obote wertete die ugandische Währung, den Shilling, drastisch ab; damit wurden die Importe teurer, die Exporte billiger. Er beseitigte die staatlichen Preiskontrollen, was die Preise v.a. für Grundnahrungsmittel emporschnellen ließ. Die Löhne hingegen stiegen auch nominal kaum. Folge: 1984 konnten sich die Arbeiter von ih-

rem Monatslohn gerade einige Bündel Kochbananen oder einige Brote kaufen. In der Hauptstadt Kampala starben in den letzten Jahren unzählige Menschen an Hunger, Proteinmangel oder Typhus.

Auch die Lage der Landbevölkerung – 95% der Ugander leben von der Landwirtschaft, vor allem vom Kaffeeanbau – verschlechterte sich zusehends. Zwar wurden die Erzeugerpreise für Kaffee von 7 Sh. 1980 auf 130 Sh. angehoben. Doch die 7 Sh. von 1980 entsprachen 1 US-\$, die 130 Sh. von 1984 nur noch 0,43 US-\$!

Erschwert wurde das Leben der Stadt- und Landbevölkerung zusätzlich durch die Armee, die nach dem Sturz Idi Amins neu aufgebaut worden war. Der Sold der meist jugendlichen Soldaten lag nochmal niedriger als die Arbeiterlöhne. Um sich am Leben zu halten, plünderten die Soldaten die Geschäfte, beschlagnahmten die Erzeugnisse der Bauern und wurden dabei immer zügelloser. Auch bei vorsichtiger Schätzung scheint sicher, daß ihr Terror seit 1980 einigen Zehntausenden das Leben kostete. Hunderttausende flohen ins Ausland.

Die neue Regierung hat über 1000 politische Gefangene freigelassen. Aber wird sie einen antiimperialistischen Kurs einschlagen und Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen ergreifen? Wird sie die Versöhnung mit der v.a. unter den Bauern sehr populären NRM betreiben? Ihre führenden Mitglieder hatten unter Obote fast alle zentrale Funktionen und sich z.T. bei der Unterdrückung der Sympathie für die NRM Verdächtigen hervorgerufen. Die Imperialisten spekulieren inzwischen darauf, daß die ugandische Armee aufgelöst und durch eine "internationale Armee" aus britischen, tansanischen und kenianischen Einheiten ersetzt wird.

Quellenhinweis: Pressedokumentation des HWWA zum Stichwort Uganda, 1982–1984– (scc)

VR Polen

Ergebnisse der Sejmwahlen

Am 13. Oktober 1985 fanden die ersten Wahlen zum Sejm, dem polnischen Parlament, seit 1980 statt. Als Kriterium für den Erfolg der Wahl und Zeichen der Konsolidierung hatte die Regierung eine höhere Wahlbeteiligung als bei den Kommunalwahlen 1984 angegeben. Damals wurden 75% Wahlbeteiligung erreicht, diesmal fast 79%. Der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft "Solidarität", Walesa, erklärte allerdings, daß in Gdansk höchstens 50% der Berechtigten auch gewählt hätten. Ein Ergebnis ist jedenfalls, daß die katholische

Kirche mit ihrer Taktik nicht den Erfolg hatte, den sie angestrebt hatte. Während die illegale "Solidarität" zum Boykott der Wahlen aufgerufen hatte, erklärte der politische Berater Kardinal Glemps, Micewski, die Kirche werde die Wahlen "ignorieren". Sie lehne eine Beteiligung an der Wahl ab, da Aktivitäten von Katholiken im Sejm derzeit von der Bevölkerung nicht gewünscht würden. Es gebe, anders als zu Gomulkas Zeiten, keine Hoffnung auf einen "Sozialismus mit menschlichem Gesicht". Zehn dem Primas nahestehende Laien hatten eine Kandidatur abgelehnt, die ihnen von der polnischen Regierung vorgeschlagen worden war.

Daß General Jaruzelski als Ministerpräsident zurückgetreten ist, ist keine Sensation. Vielmehr tritt gemäß der Verfassung nach Sejmwahlen die gesamte Regierung zurück. Jaruzelski bleibt Vorsitzender der PVAP und des Nationalen Verteidigungsrates. Damit kann er sich konzentrieren auf die Vorbereitung des Parteitags der PVAP im Frühjahr 1986. Ministerpräsident wird Zbigniew Messner, bisher einer von Jaruzelskis Stellvertretern

im Politbüro. Mit der geänderten Aufgabenverteilung nach den Wahlen bekräftigt die Regierung ihre Auffassung, daß die VR Polen auf dem Weg der Normalisierung sei.

Die zu erwartende Aufnahme der VR Polen als Mitglied des IWF und der Weltbank ist keine unmittelbare Folge der Wahlen und der Umverteilung der Regierungsposten. Schon im Dezember 1984 hatten die USA ihre Einwände gegen die Mitgliedschaft Polens im IWF fallengelassen. Dreimal forschten seitdem IWF-Delegationen in der VR Polen. Vor allem die westdeutschen imperialistischen Gläubiger stellen mit Befriedigung fest, es gebe keinen anderen Weg für Polen zur wirtschaftlichen Gesundung. Keine Volkswirtschaft, so der Direktor der Commerzbank, Kissner, könne auf die Dauer solche Belastungen ertragen. Die VR Polen muß derzeit 64% ihrer Westimporte bar, teils durch Vorauskasse, bezahlen; 34% werden kurzfristig und nur 2% mittelfristig finanziert.

Quellenhinweis: FAZ 9. bis 16.10.; Handelsblatt 2., 29.10.; Süddeutsche Zeitung 7.11. 1985– (anl)

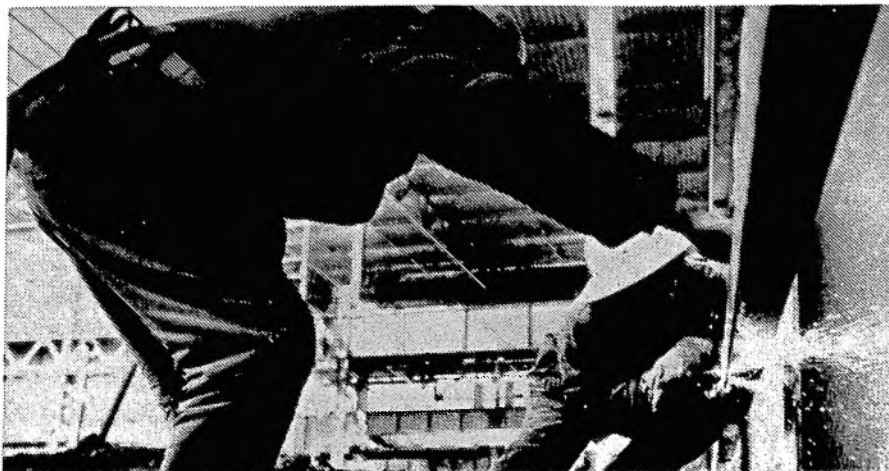
VR China

Schrittweise Festigung der Position der neuen Mittelklassen

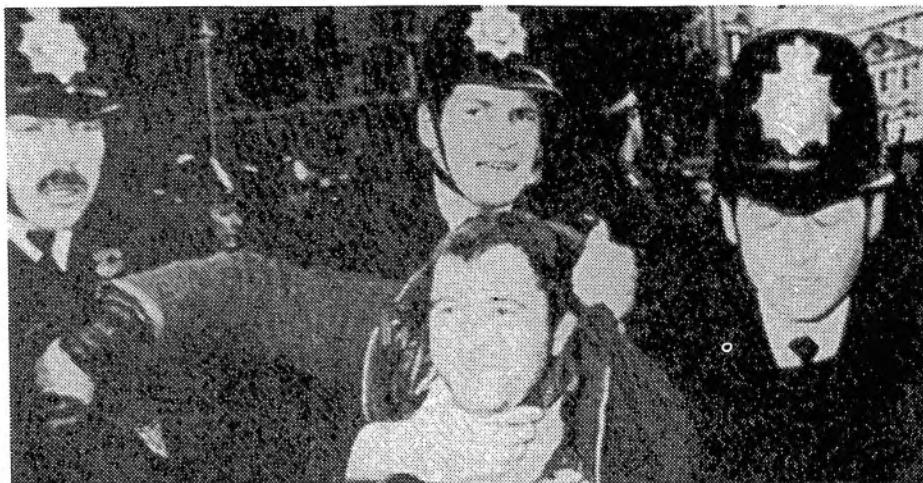
Die im Oktober zu Ende gegangene zentrale Delegiertenkonferenz der KP Chinas – der "kleine Parteitag" – nahm u.a. Nachwahlen zu den Führungsgremien der KPCh wie Politbüro und Zentrales Komitee vor. Diese Nachwahlen waren notwendig geworden, weil zahlreiche alte KP-Führer, darunter Armeeführer aus der Zeit des Langen Marsches wie Ye Yianjing, ihre Funktionen offiziell aus Altersgründen niedergelegt hatten. Kenn-

zeichnend für die nachgewählten KP-Führer: Die meisten haben eine Hochschulausbildung absolviert und anschließend eine Partei- und Staatskarriere durchlaufen.

Diese Wahlen markieren eine Entwicklung, die in der VR China in den letzten Jahren an Schärfe gewonnen hat: Die Festigung der privilegierten gesellschaftlichen Position der neuen Mittelklassen. Die Entwicklung selbst ist nicht neu: Schon in den Jahren vor



In der Kulturrevolution – heute als antiintellektuell verteufelt – hatten die chinesischen Arbeiter und Bauern versucht, sich selbst zur Leitung der Produktion und der Gesellschaft zu befähigen.



Als "Rückgrat des Apartheidsystems" wurde die britische Regierung bei der bislang größten Demonstration gegen das südafrikanische Rassistenregime in London am 4.11. angegriffen. Nach unterschiedlichen Berichten nahmen zwischen 60000 und 120000 Demonstranten teil. Unter den Rednern waren ANC-Präsident Oliver Tambo und Jesse Jackson, Präsidentschaftskandidat bei der letzten US-Wahl. Nach der Abschlußkundgebung auf dem Trafalgar-Square nahm die Polizei 144 Demonstranten fest, als ein Teil der Demonstration gegen die an dem Platz liegende südafrikanische Botschaft vorgehen wollte. Ein brutal zuschlagendes Polizeiaufgebot schützte die Botschaft.— (hef)

Neue NATO-Stützpunkte in Türkisch-Kurdistan

Die NATO will ihre Stützpunkte in der Türkei ausbauen. Gegenwärtig verfügt sie in Türkisch-Kurdistan im Südosten der Türkei über 18 Luftbasen, in deren Bunkern seit zehn Jahren Munition und Ausrüstung für einen Überraschungsangriff auf die Sowjetunion und Staaten des Nahen Ostens gelagert wird. Hinzu kommen 16 stationäre und 8 mobile Luftüberwachungsanlagen sowie eine AWACS-Einheit. Der "FAZ" vom 1.11. ist zu entnehmen, daß schon bald 12 weitere mobile Überwachungsanlagen hinzukommen sollen. Zusätzlich soll der Stützpunkt Konya mit 1 Mrd. DM aus dem NATO-Infrastrukturprogramm "moderni-

siert" werden, um künftig von Schnellen Eingreifverbänden der NATO genutzt werden zu können.— (rül)

GB: Gewerkschaftskongreß für Öl-Boycott gegen RSA

Eine Konferenz von Seehafen- und Seeleutegewerkschaften aus 30 Ländern verabschiedete einen Aufruf zu einem Öl-Boycott gegen Südafrika. Öl-Konzerne und Reedereien, die weiterhin Öl nach Südafrika liefern, sollen international boykottiert werden. Die Konferenz wurde unterstützt vom UN-Komitee gegen Apartheid. Tambo, Präsident des ANC, erläuterte die große Bedeutung des Ölboykotts für den Befreiungskampf. Die ÖTV sowie US-Gewerkschaften hatten sich nicht an der Konferenz beteiligt. — (sie)

Philippinen: Nächstes Jahr Präsidentschaftswahlen?

Nach Zeitungsberichten hat der philippinische Diktator Marcos für das nächste Frühjahr Präsidentschaftswahlen angekündigt. Die Ankündigung erfolgte kurz nach dem Besuch eines Beauftragten von US-Präsident Reagan. Offen ist noch, ob die Präsidentschaftswahlen zusammen mit den Kommunalwahlen stattfinden sollen, an denen sich auch die Volksfrontorganisation NDF beteiligen will. Die Opposition auf den Philippinen hat den sofortigen Rücktritt von Marcos gefordert als Voraussetzung für freie Wahlen und als Garantie dafür, daß Marcos im Fall einer Wahlniederlage tatsächlich abtritt. Dies wird mit Sicherheit nicht geschehen. Wahr-



scheinlich betrachten die US-Imperialisten die Präsidentschaftswahlen als Test, um sich für eine der von ihnen diskutierten Optionen zu entscheiden: weitere Stützung von Marcos, Etablierung einer durch Wahlen bestätigten Alternative oder Durchführung eines Militärputsches zur Sicherung ihrer Kontrolle. — (wom)

1966, dem Beginn der von Mao Zedong initiierten Kulturrevolution, zeichnete sich — auch von westlichen Beobachtern unbestritten — die Stellung der neuen Mittelklassen, in ihrem Kern die Intelligenz, durch das faktische Monopol auf Führungspositionen, durch materielle Privilegien wie Lohnzulagen und bessere Lebensbedingungen, durch privilegierten Zugang zu allen höheren Bildungseinrichtungen aus. Die Kulturrevolution suchte die sich verschärfenden Klassenwidersprüche zu behandeln, indem sie die Privilegien für die Intellektuellen strich und die Verbindung von geistiger und körperlicher Arbeit propagierte und z.B. im Rahmen der Kaderschulen für Staatsangestellte praktisch realisierte. Die Kulturrevolution behandelte diese Widersprüche als Widersprüche im Volk, ohne allerdings die gesetzmäßige Zunahme der neuen Mittelklassen zu erkennen. Als ant-

agonistischen Klassenwiderspruch behandelte die Kulturrevolution den Widerspruch zur "neuen Bourgeoisie", ohne allerdings die Entstehungsbedingungen für die "neue Bourgeoisie" zu klären.

Man muß festhalten, daß die Kulturrevolution — gemessen an den heutigen Ergebnissen — erfolglos war, wenn heute z.B. der publizistische oder literarische Reflex der Jahre der Kulturrevolution im wesentlichen in der ausgemalten Leidensgeschichte einzelner Intellektueller besteht, während von den Nöten der Lebensumstände der armen Bauern, der schlechtbezahltesten Arbeiter niemand mehr redet und die Möglichkeit des Fortbestehens von Klassen im Sozialismus theoretisch nicht mehr diskutiert wird.

Die Wende in der Politik der KPCh gegenüber den neuen Mittelklassen und insbesondere den Intellektuellen

wurde von Deng Xiaoping 1978 auf einer Wissenschaftskonferenz eingeleitet. Damals verkündete Deng, daß die Wissenschaftler Teil der Arbeiterklasse seien — Ergebnis erfolgreicher Erziehung seit Gründung der VR China — und daß sie bei der jetzt angestrebten Modernisierung Chinas besondere Aufgaben hätten. Das von der Kulturrevolution gestellte Kriterium "rot und fachkundig" an Intellektuelle interpretierte Deng um: "Rot" sei, wer für den Aufbau des Sozialismus und die vier Modernisierungen gute Arbeit leiste.

Von den in den folgenden Jahren eingeleiteten Reformen in der Industrie, der Wirtschaftsverwaltung, der Staatsverwaltung und im Erziehungswesen profitierte vor allem die Intelligenz: Künftig sollten bei der Besetzung der — in der Kulturrevolution abgeschafften — Position des Fabrikdirektors vorrangig Fachleute mit

Brasilien: Streiks mit Teilerfolg

Anfang November streikten ca. eine halbe Million Lohnabhängige der Stahl-, Chemie- und Kunststoffindustrie Sao Paulos. Beide Gewerkschaftsdachverbände Brasiliens riefen zu den Streikaktionen auf. Sie forderten Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, Erhöhung der Löhne um 20 % und ihre vierteljährliche Anpassung an die Inflationsrate. Nach zwei Tagen nahmen die Streikenden das neue Angebot der Kapitalisten an: 12 % mehr Lohn und 45 Stunden ab 1.1.86. — (sie)

Argentinien: Stimmenverluste für die Regierungspartei

Die Partei des Ministerpräsidenten Alfonsin, die "Radikale Bürger-Union" (UCR), verlor bei den Parlamentswahlen, bei denen die Hälfte der Sitze neu zu besetzen war, und anderen Teilwahlen 6 % gegenüber 1983 und erreichte 43 %. Besonders hoch waren ihre Verluste in der Hauptstadt und in der Provinz Buenos Aires, während sie auf dem Land hinzugewann. Trotzdem verfügt die Regierungspartei mit nunmehr 130 von 254 Abgeordneten über die Mehrheit. Die zersplitterten Peronisten hatten ebenfalls Stimmenverluste; ihr Stimmenanteil ging von 39 auf 34 % zurück. Verbessern konnten sich die Radikalen von Oskar Allende, die mit 6 % ihren Stimmenanteil verdoppelten, und die linke Volksfront mit 3 % oder 35000 Stimmen, aber auch die rechte "Allianz des Zentrums", die auf 4 % kam. Mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes betrieb die Regierung Alfonsin massive Wahlbehinderung gegenüber der linken Opposition. Die Kapitalisten haben den Wahlausgang begrüßt und ihn als Unterstützung für die Sanie-

rungspolitik Alfonsin gewertet. Trotz mehrerer Generalstreiks war es den Gewerkschaften nicht gelungen, Lohnsenkungen um über 25 % seit Januar und den von Alfonsin verfügte Lohnstopp zu verhindern. — (sie)

Imperialisten wollen Zinnpreis stürzen

Eine Senkung des Zinnpreises auf die Hälfte sei "drin" — solche Prognosen verbreiten zur Zeit imperialistische Zinnaufkäufer. Seit dem 24.10. ist an der Londoner Metallbörse der Handel mit Zinn ausgesetzt. Der Internationale Zinnrat, mit der Verteidigung

des 1982 im Internationalen Zinnabkommen vereinbarten Zinnpreises beauftragt, ist mit 1,7 Mrd. DM bei imperialistischen Geldgebern und Zinnhändlern, darunter Preussag und Metallgesellschaft, verschuldet. Jahrelang hatte der Zinnrat Zinn aufgekauft, um den Preis hoch zu halten, während die Imperialisten versuchten, mittels Schmuggel, vorübergehendem Zinnersatz usw. den Zinnpreis zum Einsturz zu bringen. Jetzt muß der Zinnrat mit 14 Banken über neue Preise verhandeln. Die größten Zinnlieferanten: Malaysia, Indonesien, Bolivien und Thailand. — (rül)



Göteborg/Sävenäs: Am 29. August lag von der staatlichen Asbestkommission ein Bericht über dessen Gefährlichkeit in der Verwendung vor. Bei den Schwedischen Staatsbahnen (SJ) wird zur Verhinderung von Funkenbildung und Feuer weißer und blauer Asbest verwendet. Als in der Lokreparatur Göteborg-Sävenäs zwei Arbeiter in eine Abteilung, die Asbest verarbeitet, versetzt werden sollten, weigerten sie sich, dort zu arbeiten. Die gesamte Lokreparatur in Göteborg-Sävenäs trat aus Solidarität in den Streik. Die anderen SJ-Werkstätten in Stockholm-Hagalund und Gävle schlossen sich dem Streik an. Dadurch kommt es wegen der Verzögerungen bei den Reparaturen und Wartungen des Fuhrparks zu erheblichen Verzögerungen, die sich bis in den Bahnverkehr selbst auswirken. Der Sprecher von SJ, Bjarne Isacson, beklagte, daß sich der Streik wie von selbst ausbreitet. Die Werkstattarbeiter fordern neue Vorschriften für den Umgang mit Asbest. Sie wollen den krebserregenden Werkstoff durch andere Mittel ersetzt haben. (Dagens Nyheter) — (uwb)

Hochschulabschluß berücksichtigt werden. Gleiches galt für die Leitungsfunktionen in Handelsorganisationen, Banken und Ministerien. Der in der Kulturrevolution unternommene Versuch, im Rahmen der sog. "Dreierverbindungen" von Fachleuten, Kadern und Arbeitern die Arbeiter direkt mit gesellschaftlichen Leitungsaufgaben zu betrauen, wurde offiziell als gescheitert erklärt. In allen Bildungseinrichtungen stärkte die KPCh erneut die in der Kulturrevolution erschütterte Autorität des Lehrpersonals, der Wissenschaftler und der Hochschulleitungen. Die von der Kulturrevolution postulierte und zumindest teilweise realisierte gesellschaftliche Kontrolle des Bildungswesens ist abgeschafft. Diese Schritte sind angesichts der jahrtausendealten konfuzianischen Tradition, die den "Gelehrten" hoch- und den einfachen Produzenten gering schätzt, von besonderer Gefahr. Schließlich richtete

die KPCh für den Zugang zu den knappen Plätzen in den höheren Bildungseinrichtungen ein Selektionssystem ein, das fast ausschließlich Kinder von Angehörigen der Intelligenz passieren läßt. In den Jahren bis 1976 hingegen kamen z.B. ca. 50 % aller Studenten aus Arbeiter- oder Bauernfamilien.

Die Einkommensentwicklung in der VR China in den letzten Jahren vermittelt dagegen ein differenzierteres Bild: Bei den Löhnen der Arbeiter in den Staatsbetrieben und denen der Staatsangestellten, die zum großen Teil den neuen Mittelklassen angehören, läßt sich bislang keine zunehmende Differenzierung feststellen. Im Gegenteil: Durch die Einführung von Prämiensystemen in der Industrie konnten die Arbeiter teilweise erhebliche Reallohnsteigerungen erzielen, während die Gehälter z.B. des Lehrpersonals an den allgemeinbildenden Schulen hinter der Inflationsrate zu-

rückblieben. Es ist keine Seltenheit, daß ein Verkäufer heute mit Prämien das Dreifache des Gehaltes eines Journalisten verdient. Die KPCh hat erklärt, in den nächsten Jahren die Löhne und Gehälter "leistungsgerecht" anzupassen. Andererseits kann die materielle Lage der neuen Mittelklasse in der VR China nur ungenügend über das Lohn- und Gehaltsniveau beschrieben werden. Einfache Wohnraumbeschaffung, die Möglichkeit von Auslandsreisen, günstige Ferien- und Kuraufenthalt-Regelungen, die Benutzung von Dienstfahrzeugen etc. etc. gehören zu den Privilegien der Intelligenz, sind aber in Geld kaum meßbar.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; China aktuell, div. Ausgaben; China Quarterly, div. Ausgaben; Horst F. Vetter: Chinas neue Wirklichkeit, Frankfurt 1983: (wom)

* Veröffentlichungen *

Es bleibt beim Prinzip von Befehl und Gehorsam

Zum Bundeswehrjubiläum hat der Vorstand der SPD eine Broschüre unter dem Titel "30 Jahre Bundeswehr Streitkräfte in der Demokratie" herausgegeben, mit der sich die SPD offensichtlich bei der Reaktion anbieten will. Diversen Vorworten ("Die SPD hat von ihren Anfängen an für die Vaterlandsverteidigung gestanden...") folgt ein Kapitel "Die Bundeswehr von A – Z", in dem die SPD stichwortartig zu Bundeswehrbelangen Stellung nimmt. Unter "D" wie "Deutscher Bundeswehrverband e.V." heißt es: "Neben der Gewerkschaft ÖTV nimmt der Deutsche Bundeswehrverband die herausragende Rolle als Ansprechpartner... im sozialen Bereich ein." Ebenfalls unter "D" fällt "Dienstzeitbelastung". Dazu wird das MdB G. Leonhart zitiert: "Ich meine, keiner der Soldaten fordert die 40-Stunden-Woche für die Bundeswehr." Zu "K" wie "Kriegsdienstverweigerung" ein Zitat von H. Wehner: "... Beide dienen und keiner soll sich drücken dürfen." Unter "R" wie "Reservisten" meint die SPD zum "Reservistenverband": "... bildet er doch die Klammer zwischen Bundeswehr, Reservisten und Gesellschaft und trägt so ganz wesentlich zur gegenseitigen Verständigung bei." Der Reservistenverband veranstaltet regelmäßig Schießübungen und mobilisiert die Mitgliedschaft zu Wehrübungen. In einer Zeitleiste, die Entstehung und Geschichte der Bundeswehr chronologisch dokumentieren soll, fehlt bezeichnenderweise für das Jahr 1976 (Amtszeit von Leber) die Affäre um den faschistischen Wehrmachtoberst Rudel, der bei der Luftwaffe als Ehrengast eingeladen war. – (ano)

Lothar Späths "Wende in die Zukunft"

Für ein "Programm für Deutschland" hält der Spiegel-Verlag Späths neues Buch und meint damit ein Regierungsprogramm. Der FDP-Generalsekretär wittert die Vorbereitung einer neuerlichen großen Koalition unter einem Kanzlerkandidaten Späth.

Dreh- und Angelpunkt sind für Späth die neuen Technologien, Mikroelektronik, Biotechnologie usw., die die BRD im europäischen Verbund in die Lage versetzen sollen, den USA und Japan Märkte abzufragen. Als "Informationsgesellschaft" hätte er diese Entwicklung des westdeutschen Imperialismus gern allgemein tituliert. Der Staat soll mit allen Mitteln nachhelfen, mit direkter Forschungs- und Exportförderung, mit Steuerpolitik und Elitebildung.

Entscheidend aber ist: Können die Arbeits- und Lebensumstände der

Lohnabhängigen so gestaltet werden, daß die BRD mit den neuen Technologien international ihre Wettbewerbsfähigkeit entscheidend verbessert? Die allseitige Flexibilisierung der Lohnabhängigen spielt in Späths Konzept deshalb eine zentrale Rolle. So bei der Arbeitszeit (z.B. Teilzeit, Arbeit am Wochenende, Arbeit über 65 Jahre hinaus) und bei den Einkommen (Aufsplitten des heutigen Lohns in einen Grundlohn und eine – zwangsläufig unsichere – Erfolgsprämie).

Der Mensch soll für die Produktion, gemeint ist das Kapital, attraktiver werden, sagt Späth und verlangt die Abkehr vom kollektiven Arbeitsschutz. Die Gewerkschaften sollen nur noch für Rahmenvereinbarungen



Von Späth für Frauen vorgesehen: "Tele-Heimarbeit" in Teilzeit mit Niedrigeinkommen.

da sein, die betrieblich und individuell ausgestaltet werden. Er träumt von der Schwächung der Arbeiterbewegung und nennt das "Versöhnungsgesellschaft". Die lohnabhängigen Mittelklassen, politisch die Grünen, sollen zur Isolierung der Arbeiterbewegung gelehrt werden: Liebe sich nicht für Umweltschutz, alternative Produktion und Lebensweise – so das Angebot – einer hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, neuer Technologie und Flexibilität bei den Arbeitsverhältnissen etwas abgewinnen?

Bei der Sozialdemokratie registriert Späth Bereitschaft zu einer Stärkung der BRD im Bereich der neuen Technologien (genannt wird u.a. Glotz). Andererseits ist ihm die Bereitschaft in der SPD zur Flexibilisierung der Lohnarbeiter noch entschieden zu niedrig. Ist die SPD aber zu einer grundsätzlichen Kritik dieses imperialistischen Programms bereit? (Lothar Späth, Wende in die Zukunft, Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft, Rowohlt Verlag, 28 DM – rok)

DGB-Broschüre für Arbeitslose

Mit seiner kostenlos bei allen DGB-Verwaltungsstellen erhältlichen Broschüre hat der DGB eine brauchbare Übersicht für Personal- und Betriebsräte und für Arbeitslose herausgebracht. Die Broschüre ist ein Ratgeber für Lohnabhängige, die sich mit dem Arbeitsamt und dem Kapitalisten, der sie entlassen hat, herumschlagen müssen, und hilft, formelle Fehler zu vermeiden. Sie stellt den aktuellen Stand der Vorschriften und Gesetze zur Arbeitslosenversicherung dar. Übersichtlich ist dargestellt, welche Rechte der Kapitalist einem Gekündigten einräumen muß, wie man Arbeitslosengeld beantragt, wie man Einspruch gegen Leistungsbescheide des Arbeitsamtes erheben kann und in welchen Fällen geraten ist, gegen Bescheide vorzugehen, welche Stellenangebote der Arbeitsämter man ablehnen kann, wie die Krankenversicherung, Rentenversicherung und der Urlaubsanspruch geregelt sind, wie Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe berechnet werden. Die Broschüre enthält jedoch keinerlei Hinweise auf die Sonderregelung im Arbeitsförderungsgesetz für ausländische Arbeiter. (DGB-Hauptvorstand, 88 Tips für Arbeitslose – uld)

"Grundinformation" zur Deutschen Autoindustrie

Mit einer über 100seitigen Broschüre wendet sich der Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie, Achim Diekmann, an diejenigen Unterrichtspersonen, die den späteren engeren Belegschaftsstamm der Autoindustrie ausbilden sollen. Sein Heft "Die Automobilindustrie in Deutschland" wurde von der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft herausgegeben und ist für den Einsatz an Realschulen und Gymnasien sowie in der Erwachsenenbildung gedacht. Folgerichtig arbeitet er mit vorhandenem Interesse an Technik und technischer Entwicklung, verbunden mit vulgärer Volkswirtschaft. Ohne sie namentlich zu nennen, wird ökologische und grüne Kritik an den Folgen der Bevorzugung des Individualverkehrs gegenüber öffentlichen Verkehrssystemen behandelt. Die durch Fahrplanausdünnungen und ständige Gebührenerhöhungen bewirkte sinkende Bedeutung der öffentlichen Verkehrsmittel wird als Beweis für ihre prinzipielle Untauglichkeit herangezogen.

Das Material gliedert sich in sechs Abschnitte: 1. Geschichte des Automobils. 2. Das Produkt und seine Herstellung. 3. Die Autoindustrie. 4. Das Auto als Wirtschaftsfaktor. 5. Der Automobilmarkt. 6. Die Zukunft des Automobils.

Nahezu keine Rolle spielen in dem Heft die Arbeitsbedingungen in der

Autoindustrie oder ihren Zulieferbetrieben, außer der "Entlastung" durch Roboter und den interessanten Entwicklungsarbeiten. Keine Erwähnung findet die auf eine Krise zutreibende Vernichtungskonkurrenz auf dem Automarkt. Der Lernzielkatalog umfaßt u.a.: Der Lernende soll Anhaltspunkte erhalten, wie es um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Autoindustrie steht. Dazu vermerkt das Heft: "um ein Drittel höhere Lohnkosten als der ausländische Wettbewerb" sowie den lebensnotwendigen "Grundkonsens" mit den Gewerkschaften. Weiter: Der Lernende soll das Auto als Konjunktur- und Wachstumsfaktor sehen. (Die Automobilindustrie in Deutschland, A. Diekmann, Bundesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft, Köln, Deutscher Instituts-Verlag, 8,50 DM – bes)

Grüne Wirtschaftspolitik marktwirtschaftlich?

13 Grüne bzw. den Grünen nahestehende Autoren haben ein Buch über "grüne Wirtschaftspolitik" herausgegeben, um die "Politikfähigkeit" der Partei zu verbessern. Sie kritisieren die "Ausbeutung der Arbeiterschaft, der Frauen, der Kolonien, heute der 3. Welt, der äußeren Natur und schließlich der inneren Natur des Menschen, seines Selbst". Sie wollen eine "ökologische Wirtschaftsdemokratie", in der "engagierte Bürgerinnen und Bürger ... in kommunalen Komitees" Einfluß auf die kommunale "Bedarfsplanung" gewinnen. Bei der Steuer soll das Ehegattensplitting abgeschafft, der Grundfreibetrag um 50% erhöht werden, die Kapitalisten mehr Steuern zahlen. Das Arbeitslosengeld soll unbefristet gezahlt, ein Mindesteinkommen von 1000 DM im Monat für jeden garantiert werden usw. Trotz solcher Forderungen ist die Kritik an der Regierung und den Kapitalisten schwach. Einzelne Autoren propagieren sogar ungeniert eine "grüne Marktwirtschaft". So ist der Geschäftsführer des Westberliner "Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung" für "japanische Qualitätszirkel" als "alternative Unternehmens- und Sozialkultur", also für die ökologische Betriebsgemeinschaft. MdB Stratmann will eine "ökologische Ordnungspolitik" in der EG – was massive westdeutsche Einmischung in andere Staaten bedeuten würde. Nützliche Initiativen der Bundestagsfraktion der Grünen wie z.B. der Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes, zum Verbot der Aussperrung und von Überstunden werden dagegen teilweise nicht einmal erwähnt. So bleibt am Ende der Eindruck, daß hier grüne Wirtschaftspolitiker versuchen, unter dem Vorwand der "Politikfähigkeit" dem Liberalismus bei den Grünen zur Blüte zu helfen. (F. Beckenbach, J. Müller u.a., Grüne Wirtschaftspolitik, Kiepenheuer & Witsch, 16,80 DM – rül)

DKP-Thesen/Programmdiskussion

"Neue Antworten": Offene Flanken für Nationalismus der BRD-Bourgeoisie

In Vorbereitung des DKP-Parteitag, der vom 2. bis 4. Mai 1986 stattfindet, hat der DKP-Parteivorstand 37 Thesen unter dem Titel "Neue Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit – für eine demokratische Wende" veröffentlicht. Der Parteitag soll nach eingehender Diskussion darüber beschließen. "Mit diesem Dokument wollen wir Antwort auf eine Reihe neu aufgeworfener Fragen geben und die Hauptaufgabe unserer Partei unter den veränderten Bedingungen der Klassenauseinandersetzungen konkretisieren." (1) Das 1978 verabschiedete Programm der DKP soll nicht im Sinne der Thesen geändert werden. "Das Programm unserer Partei, seine grundlegenden Analysen und seine strategische Orientierung behalten ihre volle Gültigkeit. Was wir brauchen, ist nicht ein neues Programm mit einer neuen programmatischen Orientierung, sondern die Aufarbeitung der neuen Bedingungen des Kampfes um unsere programmatische Orientierung..." (2)

Die DKP will die Ablösung der Bonner Rechtskoalition durch eine Sammlung aller Kräfte "links von der CDU/CSU" fördern, dabei muß es um "die Durchsetzung einer anderen Politik" gehen. "Unser Land" brauche dafür drei Dinge. Eine "Wende zur Abrüstung, das ist vor allem die Ablehnung jeder Unterstützung von SDI", eine "Wende zur wirksamen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, das ist vor allem die Durchsetzung eines Beschäftigungsprogramms; das ist der Kampf für die Rückgängigmachung von Sozialabbau-Gesetzen" und eine

"Wende zur Wiederherstellung demokratischer Rechte..."

Es handelt sich aber in dem Thesenentwurf nicht nur um eine Konzentration auf 'Hauptkettenglieder' für die Politik der DKP und auch nicht um eine bloße Konkretisierung der Programmpositionen der DKP unter geänderten Klassenkampfbedingungen. Vor allem die Beurteilung der Rolle des BRD-Imperialismus verschiebt sich in den Thesen hin zur Charakterisierung der BRD als Vasall der USA und im Gefolge dieser Bewertung spricht die DKP von der Formierung einer "breiten Koalition des Friedens und der Vernunft", die sich gegen die reaktionärsten Kräfte des (US-)Imperialismus richtet. Dazu zählt sie "realistisch eingestellte Kräfte der herrschenden und regierenden Kreise in den imperialistischen Ländern".

Die Analyse in den Thesen

Die Thesen 1, 2 und 7 befassen sich mit der "neuen Dimension der Kriegsgefahr" durch SDI und dem Verhältnis des BRD-Imperialismus zu den USA und zu Westeuropa. "Früher wurde die Aufgabe, einen imperialistischen Weltkrieg zu verhindern, mit der Orientierung verbunden, ihn, wenn er dennoch ausbricht, in einen revolutionären Bürgerkrieg gegen den Imperialismus umzuwandeln. Unter den heutigen Bedingungen, da ein Weltkrieg unvermeidlich zu einem atomaren Inferno führen würde, kann es nur noch die eine, alles entscheidende Aufgabe geben, den Ausbruch eines solchen Krieges zu verhindern." Die Tatsache, daß die Kapitalisten, vor allem die der



Das Motto des DKP-Arbeiterkongresses kritisiert die SDI-Pläne der USA. Kritik gegen die Rüstungslasten im Haushalt der BRD fällt unter den Tisch.

Rüstungsindustrie, an der atomaren Hochrüstung interessiert sind, daß imperialistische Kriege nicht im Selbstlauf losbrechen, sondern ihre Ursache in der imperialistischen Konkurrenz haben, taucht zwar an anderer Stelle in den Thesen auf. Für die Schlußfolgerungen für den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD- und US-Bourgeoisie und gegen ihre Kriegsziele ignoriert die DKP einfach, daß zum einen imperialistische Kriege stattfinden, zum anderen die imperialistische Kriegsvorbereitung betrieben wird in der Absicht, den Gegner zu vernichten und selbst übrigzubleiben. Widersprüche unter den Imperialisten gibt es nicht, weil ein Teil von ihnen gegen Massenvernichtung wäre, sondern über die für ihre Zwecke am besten geeignete Waffentechnik und Militärstrategie.

Gefährliche Illusionen verbreitet die DKP damit, daß das Interesse an der Verhinderung eines atomaren Infernos die Menschen vereine, "über ideologische, parteipolitische und nationale Trennlinien und auch über Klassengrenzen hinweg. Für Sein oder Nichtsein der Menschheit ist der Widerspruch zwischen den abenteuerlichsten, aggressivsten Kräften des Imperialismus auf der einen Seite und allen für Frieden und Vernunft eintretenden Kräften auf der anderen zum alles überragenden gesellschaftlichen Widerspruch geworden." Die Rechtskoalition in Bonn beschwöre durch die "Unterordnung unter den amerikanischen Konfrontationskurs" die Gefahr herauf, daß erneut ein Krieg von deutschem Boden ausgeht. Warum sich die BRD plötzlich unterordnet, wird nicht begründet.

Ganz anders heißt es im Programm der DKP: "Der wiedererstandene deutsche Imperialismus bot sich dem USA-Imperialismus als Stoßkeil gegen den Sozialismus in Europa an ... Die Bundesrepublik ist zu einem der ökonomisch und politisch wichtigsten Staaten im kapitalistischen Welt-system geworden. Als stärkste westeuropäische Militärmacht und als Hauptverbündeter der USA in Europa hat sie Schlüsselpositionen in der NATO, übt sie bedeutenden Einfluß auf die Strategie dieses aggressiven Militärpaktes aus. Der BRD-Imperialismus setzt sein ökonomisches und militärisches Potential zur Erringung der Vorherrschaft in Westeuropa ein."

Zurück zu den Thesen: Aus der angeblichen Unterordnung des BRD-Imperialismus unter die USA folgt das Nationalinteresse "über Klassengrenzen hinweg". "Einverständnis besteht in der herrschenden Klasse über die Unverzichtbarkeit des Bündnisses mit der 'Schutzmacht' USA. Die Linie einer totalen und widerspruchsfreien Unterordnung unter die USA-Politik gerät jedoch immer mehr in Kollision

mit der Tatsache, daß sich Washington über wichtige bundesdeutsche und westeuropäische Interessen hinwegsetzt." Durch die Versuche der USA, "unser Wissenschafts- und Technologiepotential in den Dienst ihrer Sternenkriegspläne zu stellen, fügen sie der Wirtschaft der Bundesrepublik schweren Schaden zu. Ihre anmaßende Forderung, die Arbeits- und Sozialgesetzgebung unseres Landes zu 'amerikanisieren', zielt darauf, traditionelle Errungenschaften der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung zu beseitigen ... Der Unterordnung unter das USA-Diktat entgegenzutreten – das ist ein erstrangiges Erfordernis jeder an nationalen und Arbeiterinteressen orientierten Politik."

Indem die DKP beklagt, daß die US-Regierung "unserem Wissenschafts- und Technologiepotential" Schaden zufüge, abstrahiert sie völlig davon, daß nicht die Werktätigen über dieses Potential verfügen, sondern die BRD-

samteuropäische Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt muß ausgebaut werden", (These 7) läßt befürchten, daß sich die DKP für die Unterstützung der Europapolitik der SPD hergibt, auf Kritik am Revanchismus verzichtet, wenn er nur europäisch daherkommt.

"Nationalinteresse" im Programm von 1978

Kann sich der Parteivorstand mit der in den Thesen entwickelten Verharmlosung der Ziele und Absichten der westdeutschen Kapitale und der Politik von SPD und FDP durchsetzen, so wird das nicht ohne Rückwirkung auf das Programm von 1978 bleiben. Eine Kritik an diesem "Wende-Kurs" der DKP müßte deshalb auch mit Bezug auf das 78er-Programm geführt werden, in dem die Vertretung eines Nationalinteresses durch die Kommunisten enthalten ist. Auch wenn daraus nicht zwangsläufig praktische



Kriegspropaganda im Unterricht. Will die DKP ernsthaft dabei bleiben, die zweitgrößte Militärmacht der NATO sei ein Vasall der USA?

Imperialisten. Sie verfißt die Interessen der BRD-Imperialisten, wenn sie für eine Kampagne gegen die Beteiligung der BRD an SDI aufruft und zugleich "die Orientierung auf eine Beteiligung der Bundesrepublik an der friedlichen Nutzung des Welt-raums und eine dementsprechende internationale Zusammenarbeit" unterstützt. Die Idee, daß für die Arbeiterklasse und die Werktätigen gut ist, was die Konkurrenzfähigkeit des BRD-Kapitals voranbringt, war bisher die Variante, mit der Sozialdemokraten gegen Ansprüche der Lohnabhängigen aufgetreten sind. Soll das jetzt unter der Flagge "Friedenskampf" als Richtschnur für die Politik der DKP erlaubt sein? Die Feststellung: "Wir kämpfen ... gegen alle Pläne, die westeuropäische Zusammenarbeit zum Ausbau der militärischen Macht der Bundesrepublik zu mißbrauchen" gekoppelt mit der Forderung, "die ge-

Konsequenzen folgen müssen, wie etwa, daß die DKP darauf verzichtet, einen Wahlkampf gegen ein Zustandekommen einer großen Koalition zu führen. Passagen im 78er-Programm wie: "Entsprechend den nationalen Interessen unseres Volkes fordert die DKP eine eigenständige und zugleich weltoffene Außenpolitik" ermöglichen aber, daß sich Kommunisten darauf einlassen, Europapolitiker wie z.B. Weizsäcker zu unterstützen. Hier ist eine Auseinandersetzung und die Kritik der zugrundeliegenden Theorie dringend, und es ist zu wünschen, daß die DKP eine solche programmatische Flanke für ein Zusammengehen mit der eigenen Bourgeoisie beseitigt. Quellenhinweis: (1) Herbert Mies, Materialien der 5. Tagung des Parteivorstandes der DKP, März 1985; (2) Materialien der 6. Tagung; Entwurf Thesen zum 8. Parteitag der DKP. – (düb)

Aktionseinheit gegen Rekrutenvereidigung

München. Im September ergriff die Volksfront die Initiative mit dem Ziel, ein breites Bündnis gegen die Rekrutenvereidigung am 12.11. in München zu bilden. Es gelang das gesamte Spektrum der Friedensbewegung an den Tisch zu bekommen. Man einigte sich an diesem Tag eine Demonstration durchzuführen. In einem gemeinsamen Aufruf wurde die Bundeswehr als "die stärkste konventionelle Armee der NATO in Europa", die "als hochmoderne Panzerarmee zum Angriff gegen den Osten aufgebaut" wurde, charakterisiert. Zwei Wochen vor der Demonstration erklärten Christen, VVN, DFG und die der DKP nahestehenden Gruppen, daß sie nicht mehr im Bündnis mitarbeiten werden. Als Begründung gaben sie unterschiedliche Meinungen zur "Gewaltfrage" an. Eine Woche später erklärten die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen und auch die GRÜNEN, daß sie kein Interesse an einer weiteren Mitarbeit hätten. Die Demonstration wird jetzt getragen von der Volksfront, den Autonomen, AAU, GIM, MLPD, DS, der Jungen Presse, einzelnen Friedensinitiativen und alternativen Projekten. — (ror)

Freilassung von G. Sonnenberg!

Duisburg. Am 10.11.85 fand in Duisburg eine Veranstaltung zur Information über die Lage der politischen Gefangenen statt, die von Autonomen Gruppen organisiert wurde. Der Anwalt von G. Sonnenberg berichtete über die Versuche, die Freilassung seines Mandanten wegen Haftunfähigkeit zu erreichen. Sonnenberg wurde 1977 von einem Geschoß im Kopf getroffen, von dem immer noch Teile nicht entfernt sind. Er leidet unter epileptischen Anfällen, seit ohne die notwendige ärztliche Betreuung ein Antiepileptikum abgesetzt wurde. Eine Haftfähigkeitsprüfung wurde bisher verweigert. Der Anwalt wertete es als ersten Erfolg, daß Sonnenberg am 6.11.85 von einem Karlsruher Professor untersucht wurde, der vom Anwalt benannt war. Weitere notwendige ärztliche Untersuchungen wurden zugesagt. Die 100 Veranstaltungsteilnehmer beauftragten die Veranstalter, einen Brief an das baden-württembergische Justizministerium und die Bundesanwaltschaft zu schreiben, in dem die sofortige Freilassung von Sonnenberg gefordert wird.

M. Barabas berichtete von den Versuchen der Angehörigengruppe der politischen Gefangenen, die Isolation zu durchbrechen. Sie verlangte auch die Zusammenlegung in großen Gruppen. In der Diskussion zeigten sich sehr unterschiedliche Beurteilungen über den Stand der Auseinandersetzungen. — (syb)



Stuttgart. Etwa 500 beteiligten sich am 30.10. an einem parodistischen Zug gegen die gleichzeitig stattfindende 30-Jahr-Jubelfeier der Bundeswehr unter dem Motto "Wir pfeifen auf die Bundeswehr". Auf der Schlußkundgebung forderte Th. Weichert, Landtagsabgeordneter der Grünen, einseitige Abrüstung und Abschaffung der Bundeswehr. — (evc)

Kongreß der "Jungen Generation" des BdV

Karlsruhe. Vom 1.-3.11. hielt der politische Nachwuchs des Bundes der Vertriebenen in der Karlsruher Stadthalle seinen zweiten Bundeskongreß ab. Rund 200 Delegierte berieten über "aktuelle und grundsätzliche Fragen Gesamtdeutschlands" unter Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit. Hauptredner war der Stuttgarter Regierungssprecher Staatssekretär Kleinert. Er referierte über die "nationale und staatliche Einheit Deutschlands als Aufgabe der jungen Generation". Eine zentrale Feststellung des Kongresses zielt auf die Beseitigung des "großen Wissensdefizits über die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße". Zukünftig soll der "ostdeutsche Beitrag zur deutschen Geschichte" in Schulen und Medien stärker gewürdigt werden ("Verfassungsauftrag"). Aktionen, wie sie gegen das Treffen der "Karpatendeutschen" im Mai stattgefunden hatten, kamen zu diesem Kongreß nicht zustande. Die "junge Generation" des BdV wird dies mit Genugtuung vermerken. — (map)

Massiver Abbau des Gesundheitswesens

Westberlin. Der Senat plant, das Universitätsklinikum Westend (4000 Beschäftigte, ca. 1300 Betten) zu schließen und stattdessen das Rudolf-Virchow-Krankenhaus (RVK) zur Uniklinik zu küren. Weitere Krankenhausschließungen und Verlagerungen einschließlich Trägerwechsel sind im Gespräch bzw. beschlossen. Insgesamt sollen 2000—2500 Betten bis 1992 gestrichen werden, obwohl seit Mitte der 70er Jahre bereits fast 3000 Betten gekürzt wurden. Mitte Dezember will der Senat einen neuen Bettenbedarfsplan vorlegen. Am 5.11. demonstrierten mehrere hundert Beschäftigte vor dem Rathaus Schöneberg und

holten den Regierenden Bürgermeister Diepgen (CDU) raus. Am 3.11. führten 300 Beschäftigte des RVK einen Warnstreik durch, nachdem Senatsdirektor Hasinger sich weigerte, eine Erklärung zu unterschreiben, daß keiner entlassen würde. Für den 18.11. ist eine Demonstration der ÖTV angekündigt. — (har)

Eltern protestieren gegen Einsparungen bei Kindergärten

Mannheim. Den Tag der Offenen Tür im Rathaus nutzte der Stadt-Elternbeirat der Städtischen Kindergärten Mannheims, um OB Widder (SPD) einen Protestbrief zu überreichen. Die mehr als 100 anwesenden Eltern wandten sich darin gegen geplante Sparmaßnahmen im Kindertagesstättenbereich, die aus einem internen Verwaltungsschreiben bekannt geworden waren: u.a. Schließung sämtlicher Säuglingstagesstätten; Abschaffung der Beitragsstaffelung; Erhöhung der Elternbeiträge; Ausdehnung der jährlichen Schließzeit von vier auf fünf Wochen; Verringerung des Personals um über 60 Stellen in 23 städtischen Kindergärten. Die Eltern forderten stattdessen eine Verbesserung der jetzt schon unerträglichen Personalsituation, ein ausreichendes Angebot an Säuglings- und Kindertagesstätten und Nulltarif für die Kindergärten. Mit demselben Ziel führte der DGB-Kreisfrauenausschuß eine Unterschriftensammlung in der Stadt und in Betrieben durch. OB Widder sah sich aufgrund des Drucks inzwischen gezwungen, die Schließung der Säuglingskrippen zurückzunehmen. In einem Rundschreiben an alle städtischen Personalräte beschwerte er sich über die "Indiskretion" und warf dem Personalrat des Stadtjugendamtes Konfrontationskurs vor. Ein neuer Sparvorschlag der Stadt soll auf der nächsten Jugendwohlfahrtsausschußsitzung diskutiert werden. — (ros)

MAN-Roland investiert

Betäubender Lärm beim Aushub der Maschinenbetten

Augsburg. Mit gewohnter Brutalität begannen die neuen Maschineninvestitionen in der Großteilmontage. Die Kapitalisten haben Geld und Aufträge en masse, die Produktion muß beschleunigt werden. Eine weitere CNC-Fräsmaschine und ein Bohrwerk im Wert von schätzungsweise 15-20 Mio. DM sollen aufgestellt werden. Die Hälfte der Halle von R32 wurde geräumt. Mit einer auf ein Holzgerüst gehefteten Plastikfolie, die nicht einmal bis zur Decke reicht, wurde die übrige Halle abgetrennt, um dort die großen CNC-Bearbeitungsmaschinen vor grobem Staub zu schützen.

Vor fünf Wochen setzten die Preßluftschlämmer ein, die alten Maschinen wurden aus ihren Fundamenten gerissen, verschrottet, verkauft oder samt

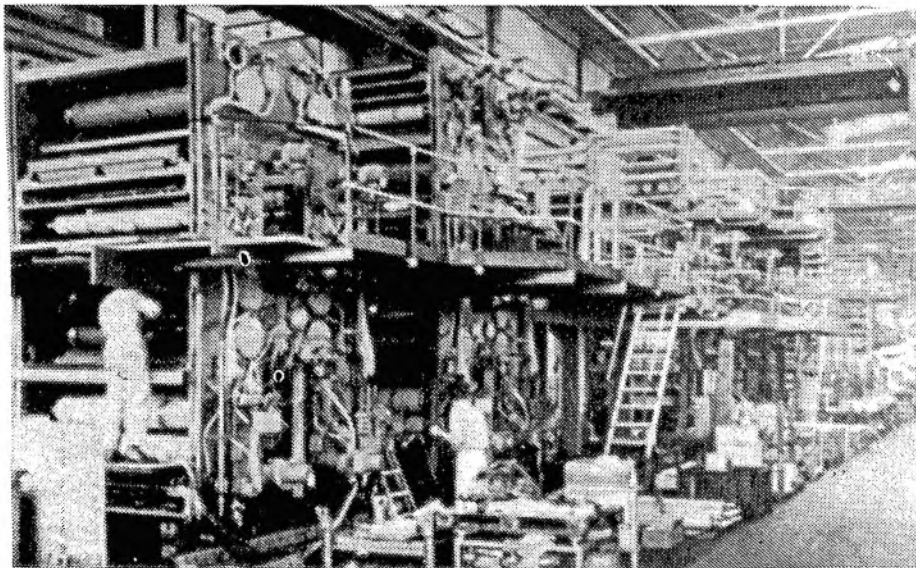
einem Hammer den Beton aufzureißen. Das Meisterbüro verteilte Gehörschutzmittel, eine Lärmzulage von 20 Pfennig wurde zugesagt. Die Halle begann zu dröhnen, der Boden bebte. Die CNC-Bearbeitungszentren, gelagert auf fünf bis sechs Meter tiefen Betonfundamenten, begannen leicht zu zittern. Die Ausschläge auf den Meßbühnen lagen jedoch nur im Hundertstelbereich und beeindruckten Meister und Ingenieur wenig. Es hieß nur knapp: weiterarbeiten, die Maschinen seien auf solche Erschütterungen ausgelegt. Beim Abtransport der Brocken zogen die Abgase der LKWs in die Halle.

Die Proteste der Arbeiter beim Betriebsrat und die Verhandlungen des Betriebsrats mit der Geschäftsleitung führten zu der Zusage, daß lärm-

ge des Rammbaggers waren zuletzt so stark, daß beim Bohrwerk die Reibahlen während der Bearbeitung platzten. Das eigentlich Unerträgliche ist, daß inzwischen fünf Wochen vergangen sind, ohne daß irgendeine lärm-dämmende Maßnahme getroffen wurde! Von einer Erhöhung der Lärmzulage ist nichts bekannt, im Gegenteil muß befürchtet werden, daß sie zeitweise gestrichen wird, sobald z.B. 'mal nicht gehämmert, sondern nur geräumt wird. In der Spätschicht verstärkte die Geschäftsleitung die Aufsicht, damit die Arbeiter keine Pausen einlegen. Die eiskalte Zugluft hat inzwischen die halbe Abteilung krank gemacht, einige blieben zu Hause.

Was fehlt, ist ein Recht des Arbeiters, unzumutbare Arbeitsbedingungen abzulehnen. In diesem Zusammenhang ist von großer Bedeutung, was als "Minderheitenposition" auf der Technologiekonferenz des DGB (12.-14.9.85) gefordert wurde (siehe ND Metall 5.10.85):

"... die (subjektive) Zumutbarkeit als Kriterium neben 'arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen' zur Beurteilung der humanen Qualität der Arbeit; zumindest ein allein darauf begründetes Reklamations- und Leistungsverweigerungsrecht; ... Verwirklichung von regelmäßigen Mindesturlauben und Höchstarbeitszeiten sowie zusätzlicher bezahlter Freizeit bei besonders belastenden Arbeitsumständen." — (poj)



Auch die Arbeiter angrenzender Abteilungen— hier ein Montagefeld— sind dem Lärm und der Zugluft ausgesetzt.

Neuordnung Metallberufe

"Neue" Berufe — "bessere" Zukunft?

Ulm. Seit Anfang 1985 wird im IGM-Jugendbereich wieder über die Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe diskutiert, die Forderung waren Mitte der Siebziger aufgestellt worden. Nach der ministeriellen Verabschiedung der Ausbildungsordnungen werden dann voraussichtlich '87 (mit 5 Jahren Übergangszeit) statt den bisherigen 42 Metallberufen 6 neue mit 16 Fachrichtungen und statt 12 Elektroberufen 4 neue mit 8 Fachrichtungen eingeführt. IGM und Gesamtmetall wurden sich 1984 über die Notwendigkeit neuer Berufsbilder einig, die alten stammen z.T. noch aus dem 2. Weltkrieg.

Die Zielsetzung der Neuordnung wurde von der IGM nur teilweise erreicht: Es soll eine höhere individuelle Flexibilität bzw. Mobilität der Facharbeiter erreicht werden, die Neigungen sollen besser berücksichtigt werden, die Qualität der Ausbildung soll durch gesetzlichen Anspruch abgesichert werden. Dies wird wahrscheinlich auch erreicht. Probleme gibt es bei den weiteren Forderungen, z.B. wenn die Handlungsfähigkeit des

den Arbeitern nach R40 gepflichtet. Die Kontrolle wurde blitzartig mit Schränken und Tischen an das Ende der Baustelle verlegt— direkt an den Rand der Baugrube, nur durch die Plastikfolie getrennt. Da für alle Tische zum Auflegen der großen Schilder kein Platz mehr vorhanden war, wurde die Kontrolle von einem Tag auf den anderen auf Wechselschicht gesetzt; trotz Protesten und Klagen ist bis heute kein anderer Arbeitsplatz für die Kontrolleure organisiert.

Als nächstes wurde in die Außenmauer der Halle ein ca. vier Meter hohes Loch gerissen, damit die Bagger, Kräne und Laster einfahren können. An verschiedenen Stellen der Halle begann es jetzt erbärmlich zu ziehen. Die Arbeiter schüttelten sich beim Gedanken an den kommenden Winter. Dann begann ein Hydraulikbagger mit

dämmende Matten an dem Holzgerüst angebracht werden sollen. Außerdem war eine Erhöhung der Lärmzulage auf 50 Pfennig im Gespräch. Ein zeitweises Abschalten der Maschinen kam überhaupt nicht in Frage. Die Geschäftsleitung veranlaßte, daß die Baufirma Thosti ab sofort in zwei Schichten arbeitete. Das bedeutete, daß die Spätschicht auch noch voll erfaßt wurde. Die Aushubarbeiten für die Maschinenbetten ziehen sich in die Länge; die MAN will keine Sprengungen riskieren, da sie nicht sicher ist, was von der Kriegsproduktion im zweiten Weltkrieg noch alles eingebunkert ist.

In der zweiten Woche wurden Stahlwände ca. acht Meter tief in den Boden gerammt, um die Wände der Baugrube zu sichern. Der Lärm steigerte sich fast ins Unerträgliche, die Schlä-

Facharbeiters erhöht werden soll. Ganzheitliche Ausbildung, d.h. Planen, Durchführen und Kontrollieren einer Tätigkeit, wäre als definiertes Ausbildungsziel festzuschreiben. In der Vereinbarung zwischen IGM und Gesamtmetall finden wir dazu aber nichts. Die Vorstellung, mit einer neuen Lern- und Lehrmethodik dies zu erreichen, wird in den Betrieben zu einem Streitpunkt. Gesamtmetall schreibt z.B.: "Offen im Sinne von frei sind die Ausbildungsbetriebe dann in ihrer Entscheidung, an welcher Tätigkeit und mit welchen Betriebsmitteln die vorgegebene Qualifikation zu vermitteln ist." Für Gesamtmetall liegt die Entscheidung darüber beim Ausbildungsbetrieb. Auch ist der Umfang der CNC-Ausbildung, Hydraulik, Pneumatik und Vermittlung elektrotechnischer Grundlagen nicht geregelt. Das Ziel, Handwerk und Industrie in der Ausbildung gleichzustellen, ist gänzlich gescheitert. Vieles wurde wieder einmal zur Entscheidung auf die Betriebsebene gelegt, eine Ausbildung wird in Zukunft weiter nach dem Ausbildungsbetrieb ausgerichtet sein. Mit der Umsetzung auf Betriebsebene (38,5-Stundenwoche) hatten wir schon genug schlechte Erfahrungen!

Quellenhinweis: Der Gewerkschafter 1/85; Qualifizierte Ausbildung für alle (Schriftenreihe IGM, Nr.106); Zur Neuordnung industrieller Metallbetriebe (Gesamtmetall); eigene Tagungsunterlagen. — (frm)

ÖTV-Tarifpolitik

**Dr. Wulf-Mathies
vor Arbeitsausschuß**

Hannover. Der Arbeitsausschuß der ÖTV-Kreisverwaltung Hannover hatte die Vorsitzende Dr. Wulf-Mathies zu einer Mitgliederversammlung geladen, zu der alle ÖTV-Mitglieder der Kreisverwaltung als Gäste eingeladen waren. Über 600 versammelten sich am Veranstaltungsort. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die gewerkschaftliche Aufgabe, gegen den Elendsstandard der unteren Einkommensgruppen vorzugehen. Alle Diskussionsteilnehmer, die zur Tarifaufeinandersetzung sprachen, forderten eine besondere Anhebung der unteren Einkommensgruppen durch eine Festgelderhöhung oder einen Mindestbetrag von ca. 180 DM.

Weiterer Schwerpunkt der Diskussion war der Versuch der Dienstherren, die Ausbildungsvergütung für Auszubildende in der Krankenpflege um ca. 30 % abzusenken. Viele Auszubildende ergriffen das Wort und forderten eine öffentliche Erklärung der Gewerkschaftsvorsitzenden, daß die ÖTV einer Absenkung nicht zustimmen werde.

Die Stellungnahmen von Dr. Wulf-

Mathies zu diesen Problemen geben Aufschluß darüber, welchen Verhandlungsweg der geschäftsführende Hauptvorstand der Großen Tarifkommission vorschlagen wird. In ihrem Einleitungsreferat warnte Dr. Wulf-Mathies vor der "Illusion", daß durch Tarifaufeinandersetzungen die politischen Maßnahmen der derzeitigen Bundes- und der Länderregierungen unschädlich gemacht werden könnten. Sie erwies sich als Wahlkämpferin für die SPD, als sie in diesem Zusammenhang von einer großen Bedeutung der niedersächsischen Landtagswahlen im kommenden Jahr sprach. Immerhin gestand sie zu, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht Wahlen abwarten könne. Aber anstatt den Lohnkampf als Auseinandersetzung zu begreifen, wo der Widerstand gegen die Regierungspolitik zu handfesten Ergebnissen kommen kann, propagierte sie Maßnahmen wie die verflissene DGB-Aktionswoche, die dazu geführt habe, daß die Regierung Angst vor einer Änderung des Wählerverhaltens bekäme.

Weil es in der ÖTV keine Einigkeit gebe über Festgeld oder Prozente, will der geschäftsführende Hauptvorstand der Großen Tarifkommission (GTK) vorschlagen, nicht über die Struktur der Forderung, sondern nur über das Volumen zu beschließen. In welche Struktur das Volumen von ca. 5 bis 6 Prozent gegossen wird, soll der Verhandlungskommission überlassen bleiben. Mehrere Redner stellten klar, daß die Verhandlungskommission das damit geforderte Vertrauen in den letzten Tarifaufeinandersetzungen mehr als verspielt habe.

Bezüglich der Ausbildungsvergütung in der Krankenpflege unterstützt Dr. Wulf-Mathies einen Verhandlungsversuch, der darauf hinausläuft, eine Absenkung der Ausbildungsvergütung für alle zu verhindern, dafür aber anzubieten, daß die Ausbildungsvergütung für einen längeren Zeitraum eingefroren wird. Stellungnahmen an die GTK, die sich auf diese Vorstellungen der ÖTV-Vorsitzenden beziehen, werden sicherlich nützlich sein. — (kar)

§ 129a-Ermittlung

**Verfahren gegen GRÜNE:
Keine große Bedeutung?**

Dortmund. Rund neun Monate, nachdem in Dortmund und Witten Flugblätter erschienen waren, in denen unter dem Briefkopf der "Westfälischen Rundschau" die Zusammenlegung der damals hungerstreikenden politischen Gefangenen gefordert wurde, ließ das OLG Düsseldorf das Landeskriminalamt in Dortmund aktiv werden. Am 15.10. wurden die Wohnung der Geschäftsführerin der GRÜNEN, Erika Wojak, und die Räu-

me der Montania-Druckerei, deren Mitgesellschafterin E. Wojak ist, durchsucht. Grund: Es bestehe der begründete Verdacht einer strafbaren Handlung, nämlich der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". (Angebliche) Ursache des "Verdachts": E. Wojak gehörte zu den 70 Unterzeichnern einer Erklärung für die Zusammenlegung und verhandelte mit der örtlichen Presse über die Veröffentlichung dieser Erklärung bzw. deren Abdruck im Anzeigenteil.

Gefunden wurde bei den Durchsuchungen denn auch allerhand: Druckplatten mit "Tips für Schwarz-



E. Wojak in der Druckerei

fahrer" aus dem Jahr 1980 zum Beispiel; nur nicht das vorgeblich gesuchte, weshalb das Verfahren mit dem Ausdruck des Bedauerns drei Wochen später wieder eingestellt wurde. Warum das Ganze dennoch nicht zum Schmunzeln ist, macht die grüne Geschäftsführerin in einer Erklärung deutlich: "Zum einen sollen die sogenannten Terroristen, also Menschen, die auch vor gewalttätiger Politik nicht zurückschrecken, strafrechtlich verfolgt werden. Zum anderen ist ihnen (Bundes- und Generalstaatsanwaltschaft, d. Verf.) die Aufgabe zugeordnet, das sogenannte terroristische Umfeld ... näher zu bezeichnen und einzugrenzen ..."

Bereits im Zusammenhang mit der bundesweiten Aktion "Grüße an politische Gefangene" im Sommer 1984 war es in Dortmund zu zwei Ermittlungsverfahren gekommen gegen den Studentenpfarrer der ESG und den Herausgeber der dem autonomen Lager zuzurechnenden Zeitschrift "Regenbogen". Beide Verfahren wurden im Mai 1985 eingestellt. Im gleichen Monat wurde wieder ermittelt gegen eine Person, diesmal wegen angeblichen Verklebens von Aufklebern.

Was im Fall von Erika Wojak als Justiz-Posse daherzukommen scheint, ist eine Maßnahme im Rahmen des Programms zur Trockenlegung des "linken Terroristensumpfs". — (Mak)

Elektronische Heimarbeit

Kinder, Küche, Telearbeit: Modellversuch in Baden-Württemberg

Stuttgart. Telearbeit — das ist Heimarbeit am Kleincomputer, der über Kabel (z.B. Telefon, Teletex) mit dem Auftraggeber verbunden ist. Seit zwei Jahren wird diese neue Form der Büroheimarbeit in einem baden-württembergischen Modellversuch ausprobiert. "Ich muß zu Hause arbeiten. Bei drei Kindern hat man keine andere Wahl mehr", sagt eine der Telearbeiterinnen. Abends, wenn die Kinder schlafen, beginnt ihr "Arbeitstag". Dann setzt sie sich ins Wohnzimmer, wo das Gerät steht, und schreibt Gebrauchsanleitungen, Briefe, Berichte und Tabellen vom Band, bis sie müde wird. "Das kann schon ein oder zwei Uhr werden" (1).

Mitte 1982 beschloß der baden-württembergische Ministerrat den Modellversuch "Schaffung dezentraler Arbeitsplätze unter Einsatz von Tele-

hältnisse mußten als relativ gut abgesicherte Außenarbeitnehmerverhältnisse abgeschlossen werden. Heimarbeitsverträge im Sinne des Heimarbeitsgesetzes sowie Werkverträge konnten die Unternehmen je nur einmal durchsetzen.

Anfang 1984 startete schließlich der Modellversuch, er läuft bis Ende dieses Jahres. Erste Ergebnisse liegen bereits vor (5). Die bisherigen Erfahrungen "deuten darauf hin, daß die Einrichtung von Tele-Heimarbeitsplätzen zur Texterstellung keine umfassende Verbreitung finden wird", wobei arbeitsorganisatorische und wirtschaftliche Gründe angeführt werden. In einer Modellrechnung vergleichen die Autoren des Zwischenberichts die Schreibkosten bei verschiedenen Arbeitsplätzen. Sie kommen auf 10,28 DM pro Seite bei normaler

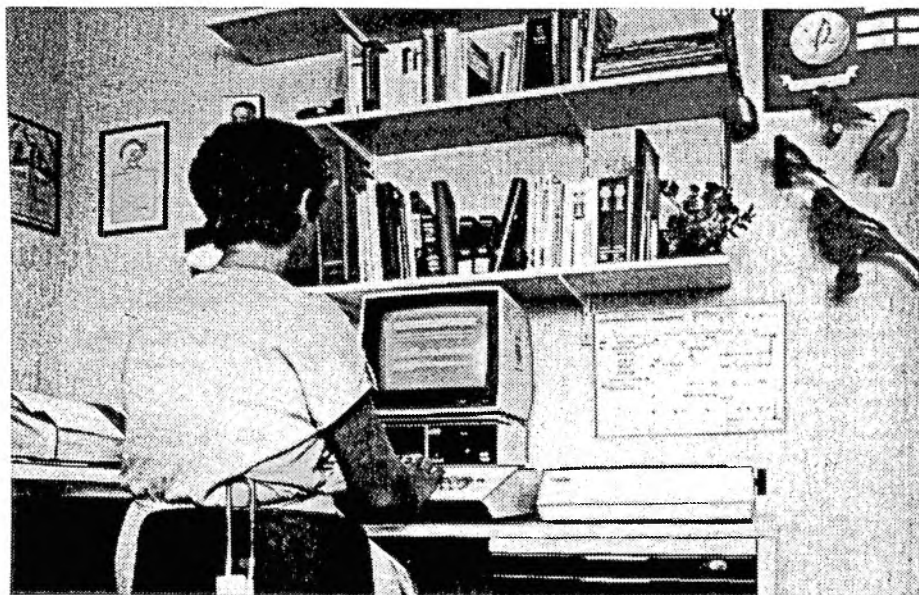
Dann lohnt sich die Sache.

Und was halten die Tele-Heimarbeiterinnen davon? "Die größere Dispositionsfreiheit über Zeit und Raum ermöglicht zwar eine intensivere Freizeitgestaltung, die Einteilung der gesamten Arbeitszeit wird jedoch stark von ad hoc auftretenden Anforderungen bestimmt, die teilweise zu Streßphasen führen." Nüchtern stellt der Zwischenbericht fest, daß Telearbeit lediglich als "Überbrückungsmöglichkeit für Zeiten eingeschränkter Berufstätigkeit (z.B. Kindererziehung) angesehen wird, sofern durch die Vertragsgestaltung eine ausreichende soziale Absicherung gewährt wird".

Derzeit führen die großen Konzerne in ihren Verwaltungen elektronische Bürokommunikation ein. Nicht mehr weit ist es bis zur Auslagerung bestimmter Textverarbeitung an Telearbeits-Subunternehmer, die dann ihrerseits Nachbarschaftsbüros und Heimarbeit organisieren. Prognosen für die 90er Jahre rechnen mit einem Anteil von 4 bis 20 % Telearbeitern an den Erwerbstätigen. Die Gewerkschaften argumentieren, Telearbeit bedeute Rationalisierung durch Verringerung der Stammbesatzes und Arbeitsflexibilisierung. Die Bedingungen der Heimarbeit (niedriger Lohn, Akkord, Dequalifikation, schlechte Sozialleistungen, kaum Arbeitsschutzrechte, fehlende Interessenvertretung) werden heftig kritisiert. Neben dem gesetzlichen Verbot der elektronischen Heimarbeit (IGM-Gewerkschaftstag 1983) wird ein allgemeines Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei Auslagerungen verlangt. Mindestens sollen voller Arbeitnehmerstatus und betriebsratsfähige Nachbarschaftsbüros erreicht werden (6).

Was die Gewerkschaftsbewegung an der elektronischen Heimarbeit kritisiert, trifft auf die herkömmliche Heimarbeit gleichermaßen zu. Will sie die elektronische Heimarbeit verhindern, so wird sie die üblen Bedingungen der Heimarbeit allgemein beseitigen müssen.

Quellenhinweis: (1) Die Quelle 12/84; (2) BMFT-FB-DV 82-002; (3) Ministerium für Wirtschaft, Az. II 3000/427 und Landtags-Drs. 8/3460; (4) Office Management 5/84; (5) Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation: "Schaffung dezentraler Arbeitsplätze unter Einsatz von Teletex", Zwischenbericht (Stuttgart 1985); (6) Die Mitbestimmung 12/83, IG Metall in Angestellten-Magazin 7/83, 12/83, und 10/85, druck + papier 6/84; — weitere Literaturhinweise: IG Metall HdA-Beratungsprojekt: "Elektronische Heimarbeit — die schöne, neue Arbeitswelt?" (Frankfurt 1984); H.R. Hansen (Hrsg.): GI/OCG/OGI-Jahrestagung 1985, Wirtschaftsuniversität Wien (Berlin 1985); Politische Berichte 4/83. — (wor)



Telearbeit: Neue Technologien und alte Heimarbeitsverhältnisse

tex" (3). Die Texte kommen als besprochene Kassette per Post ins Haus, werden ins Textsystem getippt und mittels Teletex zurückgesendet. Es gab unerwartete Schwierigkeiten, Firmen und Behörden zur Teilnahme am Modellversuch zu bewegen. Mehrere Großunternehmen zogen ihre Teilnahme zurück. "Die Absagen wurden dabei überwiegend durch eine ablehnende Haltung des jeweiligen Betriebs- bzw. Personalrats beeinflusst." (4) Die Gewerkschaften, insbesondere IGM, ÖTV und HBV, hatten Front gemacht gegen die Ausweitung der Heimarbeit. Nach einjähriger intensiver Suche wurden schließlich sechs private Unternehmen und acht Behörden mit zusammen 21 Telearbeiterinnen gefunden. Fast alle Arbeitsver-

Büroarbeit, 10,03 DM bei herkömmlicher Heimarbeit und 10,82 DM bei Teletex-Heimarbeit. Also ein Flop? Der Rechnung wurden Arbeitnehmerverhältnisse zu Grunde gelegt mit überall gleicher Entlohnung. Beim Heimarbeiter stehen den Einsparungen von Raum- und Lohnnebenkosten Zustellkosten gegenüber, beim Telearbeiter kommen noch Ausgaben für das Anschlußgerät und Teletexgebühren hinzu. Schlußfolgerung: Die elektronischen Geräte müssen billiger werden, die Post muß die Gebühren senken und vor allem: "Die Lohn- und Lohnnebenkosten sind in größerem Ausmaß jedoch nur ... beeinflussbar, wenn das Vertragsverhältnis in Form eines Werkvertrages oder auf Basis des Heimarbeitsgesetzes vorliegt."

Wochenendarbeit

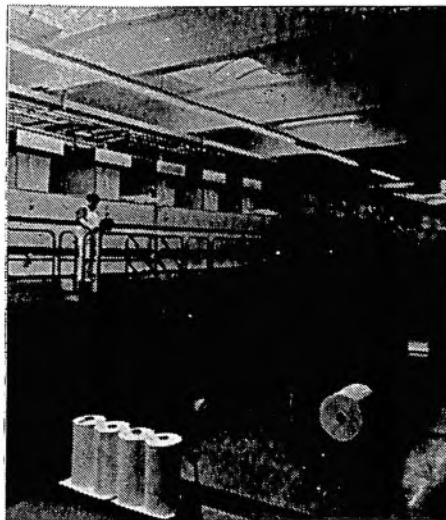
**Beiersdorf setzt neue
Arbeitszeiten durch**

Hamburg. Mit großem propagandistischen Aufwand hat Beiersdorf (Umsatz 1984: 1434,4 Mio. DM, Steigerung gegenüber 1983 10,3%) in seinem Hamburger Werk in Neugraben ein sogenanntes neues Arbeitszeitmodell gestartet. Beiersdorf läßt seine Produktionsanlagen für Klebestreifen an Babywindeln nun auch am Wochenende laufen. Keine Minute in der Woche steht die Anlage jetzt still. Zu diesem Zweck wurden mit sechs Arbeitern Arbeitsverträge wie folgt abgeschlossen: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 28 Stunden; davon müssen 24 Stunden am Wochenende in je zwei 12-Stunden-Schichten gearbeitet werden (entweder Tag- oder Nachtschichten). Eine 8-Stunden-Schicht innerhalb von zwei Wochen muß innerhalb der Woche gearbeitet werden. 40% Erweiterung der Kapazität erwartet sich Beiersdorf. Die Arbeitszeitregelung liegt ganz auf der Linie des geplanten neuen Arbeitszeitgesetzes, das für die Genehmigung von Sonntagsarbeit 19 Ausnahmeregelungen vorsieht. Eine weitere wurde im Bundesrat beantragt: Sonntagsarbeit soll freigegeben werden für "den Betrieb von hochmechanisierten oder automatisierten Produktionsanlagen, bei denen infolge der Mechanisierung oder Automatisierung ein erheblicher Anteil wartender, steuernder oder überwachender Tätigkeit vorliegt".

Für den Versuch dieser Arbeitszeitregelung liegt die Genehmigung der Hamburger Aufsichtsbehörde vor. Genehmigt werden mußten neben der Sonntagsarbeit ja auch die 12-Stundenschichten. Auflage der Behörde: Es müßten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ähnlich äußerte sich der Vorstand des Bezirks Nordmark der IG-Chemie Papier Keramik (eine schriftliche Stellungnahme liegt nicht vor), allerdings mit dem Zusatz, daß innerbetriebliche Versetzungen nicht gegen den Willen der betroffenen Arbeiter durchgeführt werden dürften. Der Betriebsrat hat zugestimmt, weil durch diese Regelungen Überstunden und Sonderschichten abgebaut würden.

Die bürgerliche Presse begleitet das neue "Arbeitszeitmodell" mit großem Aufwand. Die FAZ, das ZDF im "Heute-Journal" und die Hamburger Springerpresse ("Mehr Freizeit bei gleichem Lohn") legen Wert auf gezielte Verbreitung der Angelegenheit.

Beiersdorf hat natürlich die "Auflagen" erfüllt und drei neue Arbeiter eingestellt. Auch fanden sich im Betrieb Arbeiter, die ihren Arbeitsvertrag von 40 Wochenstunden änderten. Insgesamt sechs Arbeiter werden an der Anlage beschäftigt, Facharbeiter,



Beschichtungsanlage

die aber wie angelernte Arbeiter bezahlt werden. 40% des Lohns bestehen aus sozialversicherungs- und steuerfreien Bestandteilen. Im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit werden diese 40% nicht berücksichtigt. Die Einzahlungen in die Rentenversicherung beziehen sich ebenfalls nur auf 60% des Lohns.

Schlimm ist, daß die IG CPK diesen dreisten Angriff auf das freie Wochenende duldet. Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstages jedenfalls bieten Ansatzpunkte, eine Kritik an diesem "Arbeitszeitmodell" aufzubauen: "Schichtarbeit, die ausschließlich aus betriebswirtschaftlichen Beweggründen durchgeführt wird, ist abzulehnen." — (güt)

Faschisten

**DGB-Kreisvorstand fordert
Verbot von Faschisten**

Kiel. Erfreulicherweise hat sich der DGB-Kreisvorstand Kiel/Plön offiziell für das Verbot der KLA ausgesprochen. Die KLA (Kieler Liste für Ausländerbegrenzung) hatte '82 zu den Kommunalwahlen kandidiert, die NPD hatte zu ihren Gunsten verzichtet. Auch im März '86 wird sie aller Wahrscheinlichkeit nach kandidieren wollen. Der Kreiswahlleiter OB Luckhardt (SPD) hat sie schriftlich zur Kandidatur aufgefordert. Mit faschistischen Blättern "Die KLA informiert" tritt sie neuerdings gezielt an eine eingeschränkte Öffentlichkeit.

Der DGB-Kreisvorstand hatte einen entsprechenden Beschluß der Kreisjugendkonferenz übernommen, der von der DruPa- und Postjugend eingebracht worden war. Der Beschluß enthält die Aufforderung an den Kreiswahlleiter sowie Innenminister, die KLA nicht zur Wahl zuzulassen. Das Verbot wird u.a. begründet: "Im Sinne der antifaschistischen Tradition der deutschen Gewerkschaften und der Solidarität mit unseren ausländischen

Kollegen ist der DGB besonders aufgefordert, einen neuen legalen Aufstieg einer faschistischen Partei auf breiter Ebene zu verhindern." Auf der letzten Ortsvorstandssitzung Kiel wurde dieser Antrag nicht, wie von der Kreisjugendkonferenz beabsichtigt, als Antrag an die Landesdelegiertenkonferenz des DGB verabschiedet. Begründung vom Vorstand: Er habe sich schon wegen des Verbots in Bewegung gesetzt. Tatsächlich hat unter der Woche wohl auch ein Gespräch mit dem OB Luckhardt (SPD) stattgefunden, dem gleichen Luckhardt, der 1982 die Forderungen von DKP, Grünen, Volksfront und SPD-Stadt Kiel nach Nichtzulassung der KLA mit einer formellen Begründung abgetan hat, er bzw. der Kommunalwahlausschuß dürfe dies nicht entscheiden. Wie intern bereits bekannt geworden ist, hat Luckhardt jetzt ein Gutachten erstellen lassen, das die Nichtzuständigkeit rechtlich absichern und dem CDU-Innenminister den schwarzen Peter zuschieben soll.

Gegen diese Taktik hat der Arbeitskreis Ausländer — Inländer, in dem acht Organisationen von Terres des Hommes bis Volksfront mitarbeiten, beschlossen, ein Gegengutachten, das bis Dezember/Januar vorliegen soll, öffentlich zu machen.

In den "Ausländerbriefen" der SPD Kiel, in denen sie die KLA faschistisch nennt, ein Verbot jedoch nicht fordert, klingen Grundrechte und Verfassungsfeindlichkeit an. Ein Verbot wegen Verfassungsfeindlichkeit, an den Innenminister gegeben, könnte ein Verbot für revolutionäre Organisationen gleich nach sich ziehen. Die antifaschistische Aktionseinheit in Kiel arbeitet an einer Begründung für das Verbot, die eine Berufung auf die Verfassung ausschließt und die politische und personelle Verbindung der KLA mit reaktionärer Politik in Schleswig-Holstein herstellen soll. Dafür ist auch die Begründung des Gewerkschaftsbeschlusses wertvoll. — (dam)

**Jedem
seine
heimat**

**KEINE
ENTWURZELUNG
FÖRDERUNG
DER RÜCKKEHR**

Hetzflugblatt der KLA zu den Kommunalwahlen 1982

"Freie Arbeit"

Landesweite Etablierung von Null-Lohn-Beschäftigung – Regierung verfügt über Große Koalition

Osnabrück. Seit dem Frühjahr 1983 führt die niedersächsische CDU-Landesregierung den Modellversuch "Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige, unentgeltliche Arbeit" durch. Was beinhaltet dieses Modell?

Bereits seit längerer Zeit stellen die Justizbehörden fest, daß immer mehr zu Geldstrafen verurteilte Leute aufgrund ihrer finanziellen Not nicht in der Lage sind, diese Geldstrafen – auch nicht ratenweise – zu bezahlen. Das Gesetz sieht für diesen Fall vor, daß eine "uneinbringliche" Geldstrafe "ersatzweise" durch Absitzen im Gefängnis bezahlt werden muß. Ein Beispiel: Ist jemand wegen Ladendiebstahls zu 40 Tagessätzen à 20 DM verurteilt worden und kann er trotz aller Bemühungen nicht bezahlen, so muß er "ersatzweise" 40 Tage im Gefängnis "verbüßen". Die Höhe des einzelnen Tagessatzes, hier 20,- DM, sagt etwas über die Höhe des Nettoeinkommens aus, welches das Gericht zugrunde legt, in unserem Beispiel 20,- DM pro Tag, auf 30 Tage umgerechnet also 600,- monatlich. (Bei den nachfolgenden Beispielen, Frau A. und Herrn B., sind zusätzliche Einkünfte oder Unterhaltsverpflichtungen mitverrechnet worden.)

In diesem Modellversuch wird "den zahlungsunfähigen Geldstrafenschuldnern angeboten, die Vollstreckung ihrer Ersatzfreiheitsstrafe durch unentgeltliche, gemeinnützige Arbeit abzuwenden". (Pressemitteilung des Niedersächsischen Justizministerium vom 5.8.1983) Konkret sieht das so aus: Auf Initiative des Justizministers haben die Kirchen, freien Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Vereine, Verbände im Sportbereich und Umweltschutz, Forstämter und Straßenmeistereien sogenannte "Einsatzstellen" geschaffen.

Wer dieses Angebot annehmen muß, hat seine Arbeitskraft ohne jegliches Entgelt seiner "Einsatzstelle" – im obigen Beispiel also 40 Tage lang – zur Verfügung zu stellen. Die Einsatzstelle erhält ihn umsonst, weder sie noch der Staat zahlen irgendwelchen Lohn oder Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Um was für Leute handelt es sich bei diesen neuen Arbeitssklaven, die "freiwillig und unentgeltlich" ihre Arbeitskraft auf der Einsatzstelle anbieten müssen? In der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (NOZ) vom 15.11.84 kommen eine Frau A. und ein Herr B. als Betroffene zu Wort. Frau A. ist 41 Jahre alt, geschieden, ohne Ausbildung, 200,- DM monatlich Sozialhilfe, davon gehen noch 100,- DM für die

Tilgung von Schulden ab. Ihre Strafe: 25 Tagessätze à 20,- DM wegen Landdiebstahls. Sie sagt dazu: "Diese Arbeit ist eine Strafe. Für acht Stunden werden nur 20,- DM angerechnet, und da dauert es lange, bis die Schuld getilgt wird. Ich weiß nicht, ob ich das durchhalte, aber es ist besser als Knast."

Herr B. ist 34, abgebrochene Malerlehre, im Stahlbau gearbeitet, seit drei Jahren arbeitslos, 750,- DM Arbeitslosenhilfe, verurteilt zu 120 Tagessätzen à 20,- DM wegen Trunkenheitsfahrt. Er arbeitet acht Stunden (= 20,- DM Anrechnung als Geldstrafen-

stematischen viehischen Einpferchung von Gefangenen Stellung beziehen: "Der Anstieg der Gefangenenzahlen um zeitweise 10% ist unsere drückendste Belastung, denn die Haftplätze können nicht beliebig vermehrt werden und sollten es wohl auch nicht ... Wir müssen also überlegen, wie wir die Vollstreckungsfälle verringern können ... (Ich) lasse ... im Augenblick ... erproben, ob und in welchem Umfang die Vollstreckung uneinbringlicher Geldstrafen durch freie Arbeit bei gemeinnützigen Einrichtungen abgewendet werden kann ... Der Zuwachs der Zahl der Gefangenen ist nicht ...



"Freiwilliger Arbeitsdienst" in der Weimarer Republik. Bis November 1932 waren bereits 250000 im Einsatz.

Tilgung) in einem Wohn- und Pflegeheim. Die Heimleitung sei mit seinem Einsatz, so die "NOZ", außerordentlich zufrieden. Herr B. selbst: "Es ist gut, mal wieder zu arbeiten, damit ich sehe, ob ich das noch kann." – 1983 bzw. 1984 waren insgesamt 609 bzw. 950 solcher absolut verelendeten Leute zur "freien Arbeit" genötigt.

Bereits am 8.12.83 hat Justizminister Remmers in einer ersten Zwischenbilanz zu seinem Modellversuch feststellen können, daß dieser Versuch "über alle Fraktions- und Verbandsgrenzen hinweg breite Zustimmung gefunden hat". (1) Wie ist zu erklären, daß die CDU-Landesregierung (bis weit in die Reihen der politischen Opposition hinein) faktisch eine Große Koalition in dieser Sache zustandebringen konnte?

Anläßlich der Beratung des Einzelhaushalts des Justizministeriums im Niedersächsischen Landtag am 10.3.83 mußte Minister Remmers zur damaligen öffentlichen Kritik an der sy-

auf eine Verschärfung der Verurteilungspraxis zurückzuführen, sondern ein großer Teil des Zuwachses ist zurückzuführen auf Nichtbezahlung der Geldstrafen – hierbei versuchen wir, etwas zu tun; hoffentlich haben wir Erfolg; das hängt auch weitgehend von der Bereitschaft der Verurteilten ab ..." (2)

Justizminister Remmers, konnte diese Stellungnahme so und nicht anders abgeben, weil insbesondere die oppositionelle FDP und SPD – aber auch in gewisser Hinsicht die GRÜNEN – die tatsächlichen sozialen, materiellen und rechtspolitischen Ursachen für die viehische massenhafte Einpferchung von verurteilten Leuten in den niedersächsischen Gefängnissen weder benannten noch angriffen. Der FDP-Antrag vom 10.11.82 zielte auf "ein Programm zur Vermeidung sozialer Entwurzelung (durch Haft – Red.), eine drastische Verminderung der Zahl der Gefangenen und eine wirksame Behandlung der im Straf-

vollzug notwendig verbleibenden Straftäter". (3) Der SPD-Antrag vom 1.3.83 forderte die CDU-Landesregierung auf, "vor allem vollstreckungsrechtliche, strafprozessuale und gnadenrechtliche Maßnahmen aufeinander abzustimmen, um die Vollzugsanstalten zu entlasten". (4) Beiden Anträgen hat Remmers ausdrücklich "die geistige Vaterschaft" für den hier zur Rede stehenden Modellversuch der CDU-Landesregierung bescheinigt (5), und bereits in der Landtagssitzung vom 10.3.83 hat er am Schluß völlig unwidersprochen feststellen können: "Ich habe nach dieser Debatte den Eindruck ..., daß man hier durchaus von einer großen Koalition in der Sache des Rechtes sprechen kann, und auf dieser Basis können wir miteinander arbeiten." (6)

Für die GRÜNEN hatte am 1.3.83 der Abgeordnete Mombaur zumindest eine Antwort von den übrigen Landtagsfraktionen dahingehend verlangt, "warum es überhaupt hat dazu kommen können, daß diese Menschen straffällig geworden und dann inhaftiert worden sind ...". Der Abgeordne-

te der GRÜNEN Rohloff ging dann in der Landtagssitzung vom 17.4.85 einen konkreten Schritt weiter und kritisierte die Anträge von CDU, FDP und SPD in Richtung auf ihre vollständige Ignoranz gegenüber folgendem Tatbestand: "Bekannt ist, daß ... von dem Strafvollzug insbesondere die unterprivilegierten Straffälligen, also Angehörige der Unterschicht, erfaßt werden. Immerhin gehören 90% der Strafgefangenen der Unterschicht an. Für die Angehörigen dieser Schicht ist die Straffälligkeit leider häufig beinahe so etwas wie die logische und vorhersehbare Konsequenz bzw. eine Endstufe ihres Lebens, das von sozialen Defiziten geprägt ist, wie ... mangelnde Schulbildung, mangelnde Berufsausbildung, immer häufigere Arbeitslosigkeit oder reine Hilfsarbeitertätigkeit ..." (8)

Es wäre sachlich und politisch folgerichtig gewesen, wenn die GRÜNEN in einem weiteren Schritt die Verursacher, Betreiber und Nutznießer dieser absoluten Verelendung von immer mehr besitzlosen Beschäftigten benannt und ihre diesbezüglichen Maß-

nahmen angeprangert hätten. Denn ebenso bekannt wie der von ihnen hervorgehobene Tatbestand der 90%igen Rekrutierung der Strafgefangenen aus "der Unterschicht" ist der Tatbestand der systematischen Senkung des Lohn- und Lebensstandards dieser abhängig Beschäftigten durch die sich ergänzenden Maßnahmen der niedersächsischen Kapitalisten und ihrer CDU-Landesregierung. Die GRÜNEN sind gegen Gefängnisse und für deren Abschaffung – in dieser Hinsicht sind sie die einzige Landtagsfraktion, welche sich durch Humanität auszeichnet! Was ihre Position aber schwächt, das ist das bisherige Fehlen einer Forderung, die sich doch längst für sie selbst aufdrängen müßte: Bezahlung von Verurteilten, die ihre Geldstrafe abarbeiten, zu Tarif!

(1) Niedersächsischer Landtag, Stenographische Berichte, 10. Wahlperiode, Blatt 3345; (2) ebenda, Blatt 1715 u. 1740; (3) ebenda: 17.4.85, Blatt 7461; (4) dt. (5) ebenda, 17.4.85, Blatt 7470; (6) ebenda, Blatt 1741; (7) ebenda, 10.3.83, Blatt 1728; (8) ebenda, Blatt 7465 – (jem, sta, ast, huh)

"Gemeinnützige, unentgeltliche Arbeit"

Justizminister Remmers hat am 8.12.1983 im Landtag erstmals Zahlenangaben zum o.a. Modellversuch gemacht; demzufolge waren von Juni–November 1983 in drei Landgerichtsbezirken insgesamt 609 moderne Arbeitssklaven bei 400 Einrichtungen eingesetzt. 1984 ist die Sache auf sieben der insgesamt zehn Landgerichtsbezirke erweitert worden; der verantwortliche leitende Ministerialbeamte Deiters gibt hierfür die Gesamtzahl von 950 eingesetzten Arbeitssklaven an. Man wird also jetzt landesweit eine Jahresmindestzahl von 1200 unterstellen können – die Anzahl kann durch mehr Verurteilungen erhöht und die Einsatzdauer durch Heraufsetzung der Tagessätze pro "Delikt" verlängert werden.

Die Etablierung dieses niedersächsischen Systems der Erzwingung "freier Arbeit" war strategische Absicht der Landesregierung und keineswegs, wie einfältige Leute glauben mögen, ein durch die vorherige "Überbelegung" der niedersächsischen Gefängnisse spontan oder zufällig zustande gekommenes Projekt: Der "Arbeitsdienst" ist schon lange eine wesentliche Kategorie in der Staats- und Rechtsphilosophie des "Landesvaters" E. Albrecht. Sie taucht nicht von ungefähr in seinem Werk "Der Staat – Idee und Wirklichkeit" im Abschnitt "Der ideale Staat", Unterabschnitt "Wie soll Herrschaft ausgeübt werden?", just im Kapitel "Gerechtigkeit" auf der

S. 151 als eine der (legitimen) "vom Staat in Anspruch genommenen Dienstleistungen" auf! Die Albrecht-Regierung hat von Anbeginn dem Lohnniveau der niedersächsischen Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Krieg erklärt und jede parallel laufende Maßnahme der niedersächsischen Kapitalisten gegen die industriellen Beschäftigten gutgeheißen und unterstützt. Sie hat zunächst die absolute Verelendung von immer mehr Leuten sowie deren Gezwungensein zu "Eigentumsdelikten" seit Ende der 70er Jahre rigoros zu Aburteilungen ausgenutzt. Dann hat sie im zweiten Schritt diese Leute massenhaft in den Gefängnisse eingepfercht und eine Lage geschaffen, wo ihr von großen Teilen der politischen Opposition die Bereitschaft zur "Nicht-Einpfer-



aus: CDU-Monatsmagazin "Niedersachsen-Zeitung", August 1985

chung" als reinste "Menschlichkeit" abgekauft wurde. Daß die Betroffenen selbst lieber außerhalb der Gefängnisse als in denselben sein wollen, konnte als "freiwillige Unterstützung des Modellversuchs" ausgegeben werden.

Auf diese Weise hat die CDU-Landesregierung nicht nur völlig ungeschoren einen brutalen Angriff auf den Ecklohn für Gemeindearbeiter(innen) im öffentlichen Dienst (10,42 DM pro Stunde) durchführen können – indem sie das Null-Lohnniveau zur landesweiten Alltags-Selbstverständlichkeit gemacht hat –, sondern sie hat auch den öffentlichen Bedarf nach dieser "unentgeltlichen gemeinnützigen Arbeit" zweifach sichergestellt: Zum einen von seiten der kommunalen, kirchlichen und verbandlichen Anbieter öffentlicher Versorgungs- und Kulturleistungen. In den beiden Zeitschriften "Niedersächsischer Städtetag" und "die niedersächsische Gemeinde", beide Jahrgänge 1985, sind ausgehend von der Haushaltslage verschiedene Beiträge zum Einsatz von Zivildienstleistenden, arbeitslosen Sozialhilfeempfängern und ABM-Leuten abgedruckt, die den baldigen umfangreichen Zugriff auf Remmers' Arbeitssklaven schon erahnen lassen. Zum anderen ist ein Großteil der niedersächsischen Beschäftigten selbst auf diese kommunalen, kirchlichen und verbandlichen Versorgungs- und Kulturleistungen angewiesen – und muß auf diese Weise selbst unter der Hand Interesse an der "gemeinnützigen" Tätigkeit jener Arbeitssklaven entwickeln.

ÖTV-Streik bei der Lufthansa AG

Frankfurt. Die ÖTV fordert bei den Verhandlungen über die Gewinnbeteiligung für 1984 DM 1100 einheitlich für alle Beschäftigten der Lufthansa AG, der Lufthansa Service GmbH und der Condor Flugdienst GmbH. Die Kapitalisten bieten DM 850 Sockel + 6%. Wesentlich beim Streikziel ist der Grundsatz der Verteilung. Seit ein bis zwei Jahren wurde bei den 32000 Beschäftigten ein immer leistungsbezogeneres Lohngefüge geschaffen. Die Löhne und Gehälter gehen von DM 2000 bis DM 18000. In der ÖTV organisiert sind ca. 12000.— (rst)

Programma: Haustarif erstreikt

Gerstetten. Die CDU-Mittelstandsvereinigung Heidenheim am 19.10: Man wünsche sich amerikanische Verhältnisse, dort brauche ein "Neuansiedler zunächst nicht dieselbe Leistung bieten wie ein etabliertes Unternehmen". Und: Was heute bei Programma ablaufe, könne morgen im eigenen Betrieb Realität sein.— Am 4. 11. blockierten ca. 1100 Metallarbeiter aus ganz Baden-Württemberg die Zufahrt zum Betrieb. Gegen Mittag räumten fünf Hundertschaften

Kiel. Am 30.10. blockierten die für einen Tarifvertrag streikenden Arbeiter der Thalerwerke in Weddelbrook (PB 22/85) für zwei Stunden die fünf Zufahrten. 120 Gewerkschafter unterstützten sie dabei. Am 5.11. beschlossen die 29 noch Streikenden in einer Urabstimmung einstimmig, den Streik abzubrechen. Die Gründe: Streikbrecher aus dem Betrieb, der Einsatz von Leiharbeitern und Zeitarbeitskräften sowie die Drohung, nach dem Streik die Arbeit nicht wieder aufnehmen zu dürfen.— (kaq)

ten Polizei die inzwischen reduzierten Streikposten ab. Am 5.11., in Heidenheim demonstrierten ca. 600, begannen Verhandlungen zwischen IGM, Landesregierung und Programma, am 9.11. waren sie beendet: Ab 1.1. 86 gelten mit kleinen Abstrichen die IGM-Tarifbestimmungen, die Arbeitszeitverkürzung erst ab 1.7. 86. Die fristlose Kündigung der Betriebsräte ist zurückgenommen, jedoch müssen sie sich im Januar einer Abstimmung stellen, bei 40% Gegenstimmen findet eine Neuwahl statt. Späth — die Landesregierung ist Kreditgeber bei Programma — mußte mit dem 'finanziellen Bonus für junge Unternehmen' zurückstecken.— (frr)



BMW: Verlängerte Arbeitszeit

München. Vorstand und Betriebsrat vereinbarten vom 16.9. bis 11.10. für große Teile der Belegschaft eine Verlängerung der Spätschicht um eine halbe Stunde wegen "Schwierigkeiten bei der Modellüberarbeitung". Auch eine zusätzliche Zahlung von 100 DM hätte nicht die nötige Bereitschaft zur Mehrarbeit geweckt, die angeordnet werden mußte. Die Werksbusse fuhren auch später. Jene, die hierdurch später heimkamen ohne von der Mehrarbeit betroffen zu sein, erhielten zwar die 100 DM, jedoch nicht die Zeit als Arbeitszeit mit allen Zuschlägen bezahlt.— (ke)

Höhere LohnEinstufung erstritten

Hamm. 100 Arbeiterinnen des Werkes Hamm und 480 weitere in zwei anderen Werken der Kabelwerke Michels müssen von Lohngruppe 2 in Lohngruppe 3 eingestuft werden. Dies ist das Ergebnis eines von der IG Metall unterstützten Prozesses, den 29 Arbeiterinnen vor dem Landesarbeitsgericht Hamm geführt haben und der nach drei Jahren mit einem Vergleich beendet wurde. Die Arbeit der Frauen wurde von der Betriebsführung bisher als "leichte Arbeit" eingestuft. Sie bezog sich zur Begründung allein auf den Energieverbrauch durch Muskelanstrengung. Ein Gutachten stellte jedoch "mittelschwere körperliche Arbeit" fest, weil auch Faktoren wie Monotonie, Lärm und Hitze

am Arbeitsplatz berücksichtigt werden müßten. Den Arbeiterinnen, die geklagt haben, wird die Lohndifferenz für die letzten drei Jahre nachgezahlt, den anderen für die letzten drei Monate. (AZ 4 Ca 2016/82 — wof)

Tarifforderung Bau aufgestellt

Der Ortsverband der IG Bau-Steine-Erden Rendsburg beschließt, 80 Pf. pro Stunde für alle in der nächsten Lohnrunde zu fordern. Das bedeutet für den Bauwerker bei 13,07 DM = 6,12%, für den Spezialfacharbeiter bei 15,79 DM = 5,07% und für den Werkpolier bei 18,15 DM = 4,40%. Die Schere zwischen oberster und unterster Lohngruppe wird somit verringert. Die Bestrebungen, die Tarifverhandlungen auf Landesebene mit der Landesinnung zu führen, wie es von einigen Handwerksmeistern zu hören ist, soll notfalls mit Streik zurückgewiesen werden, so der Bezirksvorsitzende.— (lus)

NRW: Lohnabschluß der Brauereiarbeiter

Düsseldorf. Mit einem Lohnabschluß von 3,1% endete die Tarifaufeinandersetzung zwischen den rund 20000 Beschäftigten der 75 nordrhein-westfälischen Brauereien, geführt durch die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) und dem Verband der Brauereikapitalisten. Nach Streiks kam der Abschluß durch einen Schlichtungsspruch zustande. Die NGG hatte 5,5% gefordert, die Kapitalisten nur 2,9% geboten.— (rub)



Chile: Am 5. und 6. 11. organisierten Tausende nationale Protesttage gegen das Militärregime. Gefordert wurde die Freilassung von sechs inhaftierten Gewerkschaftsfunktionären. Das Regime hatte sie vor sechs Wochen inhaftiert, weil sie zu Protesttagen aufgerufen hatten. Die sechs Inhaftierten sprachen sich jetzt in einem Aufruf für "einen friedlichen Weg aus der Krise" und ein "großes nationales Übereinkommen" aus. Um die Proteste zu unterdrücken, setzte das Regime Spezialeinheiten der Polizei ein, verhaftete über 500 und verletzte 34 schwer. Gegen diese Angriffe wurden in den Arbeitervierteln der Hauptstadt Barrikaden errichtet. Bild: Verhaftungen.— (gba)

WAA-Widerstand

Stellungnahmen, Dokumente zu den Polizeieinsätzen

München. Die Organisationen, Parteien und Initiativen, die sich in der Aktionseinheit "Keine WAA in Wackersdorf" zusammengefunden haben, bilden ein breites politisches Lager, das großen Belastungen kaum standhalten kann. Die CSU, die politische Hauptkraft für die Errichtung der WAA hat deshalb beträchtliche Spaltungs- und Unterdrückungsmöglichkeiten.

Die bayerische Landespolizei verteilte zu Beginn der Demonstration am 12.10.85 ein Flugblatt: "Distanzieren Sie sich bitte von Anfang an von den Leuten, bei denen Sie den Eindruck haben, daß sie nicht gegen die Einrichtung der WAA demonstrieren ... sondern schlichtweg Krawall machen wollen. Ein sicheres Erkennungszeichen ist nach unserer Erkenntnis z.B. das verummte Auftreten ..."

Am Abend nach der Demonstration führte diese Polizei dann eine Großaktion in dem Stadtteil Haidhausen durch, knüppelte und verhaftete. Einige Tage später wurde eine Demonstration und Kundgebung – die sich gegen den Polizeieinsatz richteten – von der Stadt München verboten. Das beschlußfassende Kreisverwaltungsreferat untersteht dem Oberbürgermeister – dem SPDler Kronawitter. Als Verbotgründe wurden sämtliche Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Tod von Günter Sare, sowie unter Berufung auf das kürzlich ergangene "Brokdorf-Urteil" die "fehlende Kooperationsbereitschaft" der Veranstalter – sie sollten Kommunisten, Autonome und Punks aus den Aktionen ausschließen – mit der Behörde genannt.

Die Prozesse gegen die fünf Besucher des Straßenfestes, die anschließend in Untersuchungshaft gehalten wurden, werden in einer bisher nicht gekannten Schnelligkeit durchgezogen.

Zwischenzeitlich haben die Grünen Strafanzeige gegen den stellvertretenden Polizeipräsidenten und Einsatzleiter Roland Koller gestellt. Sie werfen ihm Verfolgung Unschuldiger, Körperverletzung im Amt, Freiheitsberaubung und Landfriedensbruch vor.

Die Spaltung und Unterdrückung durch die Reaktion wird nur verhindert werden können, wenn die Anti-WAA-Bewegung den Hauptangriff auf die CSU führt und damit deren Anhängerschaft schwächt. – (dil, ror)

*

Kommentar der Süddeutschen Zeitung
"Dem 'schwarzen Block' im schwarzen Rock', der die Wackersdorf-Demonstration am vergangenen Samstag verunzierte, stand der Wille zum Gesetzesbruch buchstäblich auf dem Gesicht geschrieben. Seit kurzem ist Vermummung bei Kundgebungen schlicht und einfach verboten. Dennoch handelte die Polizei klug und aus einem Stand der Überlegenheit heraus, wenn sie nicht durch massives Eingreifen in das Demonstrationsgeschehen selbst ein Chaos heraufbeschwor, das Chaoten, wir ihr Name besagt, ja wünschen.

Die Münchner Sicherheitsbehörde handelte auch verantwortungsvoll, als sie ausreichende Kräfte für alle Eventualitäten zusammenzog. Eine schwache Polizei ist immer eine Herausforderung für Radaubröder aller Schattierungen. Das Blutbad im Fußball-Stadion von Brüssel, mit hervorgerufen durch eine zu geringe Zahl von Polizisten, ist noch in furchtbarer Erinnerung ..."

*

Presserklärung der GRÜNEN

"Schwere Vorwürfe gegen den bayerischen Innenminister Hillermeier und gegen die Staatsregierung insgesamt haben die Grünen erhoben. In einer Presseerklärung zu den sogenannten "Krawallen" in München werfen die Grünen der Polizei vor, diese "Krawalle" generalstabsmäßig vorbereitet und provoziert zu haben. Wenn nach einer einzigen Bierflasche, die auf ein vorbeifahrendes Polizeiauto ge-

worfen worden sein soll, innerhalb von fünf Minuten 2000 Polizisten und Grenzschützer aufmarschieren und einen Stadtteil systematisch abriegeln, dann kann dahinter nur eine politische Absicht stecken ..."

*

Erklärung der Initiative Bay. Strafverteidiger
"Nach den Berichten die wir von Augenzeugen, Betroffenen und den Veranstaltern erhalten haben und aus z.T. eigener Erkenntnis sind wir zu der Auffassung gekommen, daß die These der Polizei, einige Krawallmacher – meist Punks – hätten nach der Demonstration das Eingreifen der Polizei durch eigene Ausschreitungen hervorgerufen, nicht wahr ist. Nach unseren Feststellungen hat die Polizei während der Demonstration zwei Schläppen erlitten, als es ihr nicht gelang, die Steinwerfer ... festzunehmen und später eine von ihr mit erheblichen Kräften vorbereitete Aktion um einzelne Gruppen abzurufen und vom Zug zu isolieren, am Widerstand der Demonstranten scheiterte."

*

Ermittlungsausschuß (Autonome)

"Der Versuch der Polizei, die Anti-WAA-Demonstration zu spalten und bestimmte Gruppen zu kriminalisieren und festzunehmen, ist ihr nicht gelungen.

Ab 16 Uhr, also kurz vor Ende der Abschlußkundgebung auf dem Odeonsplatz, kam es zu vollkommen willkürlichen und unbegründeten Festnahmen in der gesamten Innenstadt. So wurden Gruppen zwischen zwei und 20 Leuten, die sich auf dem Weg nach Hause bzw. zu Bussen, Zügen und PKWs befanden, festgenommen ...

Gegen 20.30 Uhr war klar, daß sie das Straßenfest gewaltsam räumen würden. Wir waren militärisch eingekesselt von ca 3000 Mann von BGS, SEK und Bereitschaftspolizei. Eine freie Bewegung, das heißt, daß Leute heimgehen, war nicht mehr möglich ...

Ohne Ankündigung prügelte sich auf ganzer Straßenbreite eine SEK-Einheit durch das Straßenfest vor. Dabei wurde Tränengas eingesetzt. Gleichzeitig wurden beide Ausgänge der Pariser Straße durch Polizeiketten mit Schild, Helm und Knüppel abgeriegelt. Dabei gab es zahlreiche Verletzte, davon zehn mit schweren Verletzungen. Danach begann die Polizei, alle in der Straße Befindlichen zu verhaften. Zahlreiche wurden noch bei ihrer Festnahme getreten, geschlagen und anschließend weggeschleift ...

Keinem der Festgenommenen ist konkret was nachzuweisen. Daraus ist ersichtlich, daß es dem Staat mit Hilfe seines Polizeiapparates und diesen Terrormaßnahmen darum geht, mit allen Mitteln abzuschrecken ..."

*

RadiAktiv – bayerisches Anti-Atom-Magazin
"Hierseemann beleidigt? Gelingt es der SPD die WAA-Gegner zu spalten?"

Jeder, der mit sachlichem Blick die sog. 'Krawalle' von München unter die Lupe nimmt, kommt zu dem Ergebnis, daß der Polizeieinsatz eine geplante und gezielt durchgeführte Operation war, um eine Diffamierung der Münchner Demo zu erreichen und so die Spaltung der Anti-WAA-Bewegung zu provozieren.

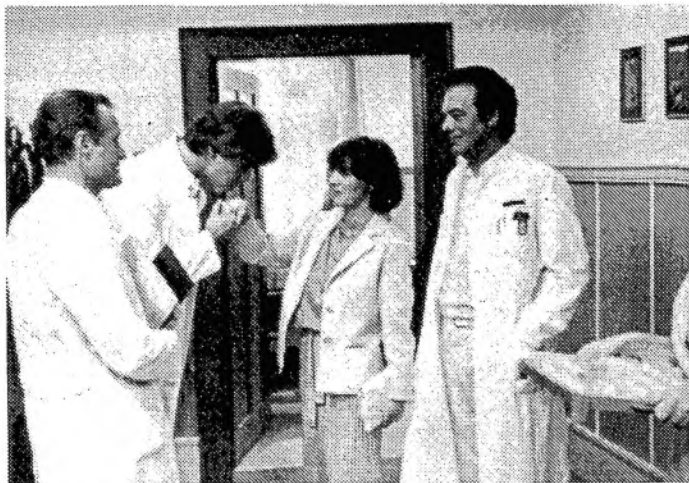
Wir können davon ausgehen, daß sich auch die Führungsspitze der SPD dieser Tatsache voll bewußt ist. Trotzdem scheut sie nicht davor zurück, sich den Sprachgebrauch der CSU zu eigen zu machen, und wider besseren Wissens von uns WAA-Gegnern als von 'Schreibern und Chaoten' zu sprechen ...

Damit spricht die 'neue Kraft für Bayern' all denjenigen AKW-Gegnern einen ernsthaften, effektiven Widerstand gegen die WAA ab, die nicht gewillt sind, den Vorstellungen der SPD in Sachen Anti-WAA-Bewegung zu entsprechen ...

Und einer Tatsache sollte sich die SPD bewußt sein: Eine so machtvolle und erfolgreiche Demonstration wie in München wird sie alleine nicht auf die Beine stellen können. Insofern braucht die SPD die Anti-WAA-Bewegung – und nicht umgekehrt. Letzteres sollten die Bürgerinitiativen bei den kommenden Auseinandersetzungen deutlich zum Ausdruck bringen. Laßt Euch nicht einschüchtern!"

ZDF-"Schwarzwaldklinik"

Propagierung "positiver Grundmuster einer Gesellschaft"



"Schwarzwaldklinik": echt deutsche Ideologie

Seit Anfang November strahlt das ZDF wöchentlich die "Schwarzwaldklinik" aus. Die Einschaltquote ist 62%, das sind etwa 24,6 Millionen Fernsehzuschauer. Jedenfalls konstatieren die Fernsehleitungen einen Erfolg, weil "Denver" und "Dallas" übertroffen sind. Hier kann endlich echt deutsche Ideologie von der reaktionärsten Sorte geballt untergebracht werden. Der Rahmen eines Kreiskrankenhauses bietet förmlich die besten Möglichkeiten, da Bedürfnisse der Bundesregierung nach Propagierung von "positiven Grundmustern einer Gesellschaft" (ZDF-Programmechef Schardt) sich unter diesem Dach fast alle verhandeln lassen.

Die "Familie" erlebt eine neue Stützung (alter Mann, heimatverbunden, will nicht in die erste Klasse, weil er dann keinen Blick mehr auf seinen Hof hat, Sohn mit Frau ist rücksichtslos und bekommt vom "Professor" die Meinung gesagt); Sozialles (der "Professor" unterstützt die Behandlung eines fröhlichen Landstreichers finanziell, weil das zuständige Sozialamt die Kostenübernahme verweigert, dafür darf der fröhliche Landstreicher dann Holz beim "Professor" hacken, liebt aber die Freiheit mehr und verschwindet). Sterbehilfe wird hier in übelster Manier propagiert. Einer suizidalen, depressiven Patientin

wird mit Placebos und guten Worten auf die Sprünge geholfen. Das ist billiger und ein Beitrag zur Kostendämpfung, vor allem weil die Patienten untereinander ganz in Geißler-Format "Hilfe zur Selbsthilfe" leisten. Bezüglich des Krankenhausbetriebes selbst wird die harte Arbeit der Pflegekräfte heruntergehunzt auf eine ständige Verfügungsbereitschaft für die sexuellen Wünsche von "Professor" und seinem noch triebhafteren Sohn Udo als Assistenzarzt. Die Pflegedienstleitung ist rustikal, mit "Die Skalpelle sind schon gewetzt" und "Holzhammermarkose" begleitet sie einen Patienten in den OP. Wie zufällig auch noch ein Arzt, der – auch nur ein Mensch – Angst davor hat.

Alle großen Illustrierten haben sich des Themas bemächtigt, letzten Endes um Werbung zu machen. Die "Hör zu" druckt sogar einen entsprechenden Fortsetzungsroman und berichtet über die "Familien" der Schauspieler, damit man lernt, wie man's richtig macht. "Prominente" dürfen zur "Schwarzwaldklinik" etwas sagen (Heino in der "Quick": "Wie ein schönes Volkslied, was die Seelen bewegt.") Kritik wird vor allem in die Richtung geübt, es sei schlimmster Kitsch, Strickmuster der Fünfziger Jahre. Das stimmt insofern, als auch damals ein immenses Bedürfnis der Bourgeoisie

sie auf Einstimmung für ihr Programm bestand. Der "Spiegel" zitiert einen US-Medien spezialisten (Postman), der bei so viel "Trivialitäten" die "Nation in Gefahr" sieht. Das Bedürfnis vieler Patienten in den Kliniken nach mehr persönlicher Betreuung, die auf-

grund der Arbeitsüberlastung auf den Stationen kaum mehr möglich ist, wird als ein Ansatzpunkt verwendet, um die restliche Ideologie unterzubringen.

Quellenhinweis: Hör zu, diverse Ausgaben; Quick, 7. 11. 1985; Spiegel, 2. 10. 1985 – (cog)

TV: Sinti und Roma in der BRD

"Das lustige Zigeunerleben"

Lea Rosh dokumentiert, daß bundesdeutsche Behörden die 15000 Roma und 35000 Sinti, die den Vernichtungsfeldzug der Nazis überstanden haben, immer noch als minderwertig und asozial behandeln. Der Film beginnt mit einer Polizeirazzia auf einem Stellplatz, die Polizei verhindert, daß ihr Vorgehen gefilmt wird. Anfang Oktober bei einem Besuch im ehemaligen KZ Auschwitz: Überlebende schildern die Quälereien des KZ-Arzt Mengel. Eine Frau berichtet, daß von 26 Familienmitgliedern nur drei Brüder und eine Schwester überlebten. Sie war schwanger, als sie nach Auschwitz kam, das Kind wurde weggenommen, die Frau unter bestialischen Umständen sterilisiert. Das Land Niedersachsen zahlt ihr eine "Entschädigung" von 75,- DM. Wiedergutmachungsanträge müssen den Landeskriminalämtern zugeleitet werden, weil "der genannte Personenkreis überwiegend nicht aus rassistischen Gründen, sondern wegen seiner asozialen und kriminellen Haltung verfolgt und inhaftiert worden ist". 80 Prozent aller Antragsteller, die eine Zahlung aus dem 1981 eingerichteten Härtefond beantragen, gehen leer aus. Dr. Voß, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Vorsitzender des Beirats für den Fonds, rechtfertigt das damit, daß nur 80 Mio. DM zur Verfügung stehen. Er spricht sich gegen das Verlangen der Roma und



Kundgebung von Sinti und Roma 1979 im ehemaligen KZ Bergen-Belsen

Sinti aus, im Beirat vertreten zu sein. Der Rassenpolitik der Faschisten fielen 50000 Roma in Europa und 25000 der deutschen Sinti zum Opfer. – (düb)

Spielberg

Science fiction verzaubert das Angestelltenlos

Spielberg (E.T.) hat sich eines irdischen Problems angenommen, das für viele keins ist, weil sie nicht in den entsprechenden kleinbürgerlichen Verhältnissen leben. Er mischt zwei Genres der Science fiction, nämlich die Zeitreise in die Zukunft mittels einer Ma-

schine, genommen vom guten alten Wells und seinen bereits sehr zahlreichen Nachmachern, und die Reise in die Vergangenheit, die ermöglicht, die leider schon geschehene Zukunft zu ändern und die Geschichte im eigenen Interesse zu korrigieren. Soviel Aufwand

treibt er, um einen Jugendlichen von seinen erfolgreichen Eltern zu befreien, die sich nie durchsetzen können und ihm bei seinen Chancen auf einen Platz an der Sonne mit einer nicht so schönen Sozialprognose in die Quere kommen. Also reist der Junge dreißig Jahre zurück, lernt seine noch unverheiratete Mutter kennen, lenkt ihre Neigung auf seinen zukünftigen Vater um, verhindert, daß aus seinem Vater das ewig unterdrückte Wesen wird, das schon auf ihn abfärbt und seine resignierte Mutter zur Flasche grei-

fen läßt. Sodann kehrt er in die verbesserte Gegenwart zurück, um sie zu genießen. Nebenbei gelingt es ihm, seinen Freund, der die Zeitmaschine erfand, vor der zu Filmbeginn bereits erlebten Ermordung durch syrische Terroristen zu bewahren. Vor den noch tränenden Augen des Jungen erhebt er sich in seiner kugelsicheren Weste, Muster dafür, wie alle politischen Probleme, die angespielt werden, dem Zuschauer in Klamaufkform zu Gemüt geführt werden. – (anl)

"Tatort-Schimanski" als Kinofilm

Wie verkauft man dem Zuschauer Polizeischikane als soziale Tat?

Aufgeschrieben würde die Handlung des Films kaum einen Verleger finden, geschweige denn eine größere Leserschaft: Das Motiv des Täters – ein ehemaliger Kommandant der Fremdenlegion macht irgendwie dunkle Grundstücksgeschäfte und legt dabei Leute um – bleibt trübe, die Aktionen des Helden sind durchsichtig und seine intellektuelle Anspannung zur Aufklärung minimal. Schimanski macht sich bei der Polizeiführung wegen des Falls unbeliebt, wird suspendiert und führt als Einzelgänger die Bösewichte der tödlichen Rache eines anständig gebliebenen Legionärs zu. Der Trick ist die visuelle Aufbereitung. Der Film ist, wie man wohl so sagt, "flott" gedreht, die rasche Abfolge von verschiedenen Bildszenen erschwert das Nachdenken über das Geschehen und lockt den Zuschauer in Fallen. Der Film beginnt mit Kämpfen zwischen Hausbesetzern und Polizei, der Bildwechsel – Steine fliegen, Polizisten schlagen Leute zusammen, Autos brennen usw. – liegt im Sekundenbereich, was beim Betrachter fast zwangsläufig starke Empfindungen auslöst. Der Held Schimanski tritt auf und wird als Identifikationsfigur, die Werte und Meinungen des Publikums teilt, dargeboten: Steht im Bildmittelpunkt, häufige Großaufnah-

me des Gesichts, Kleidung "normal" im Gegensatz zum schlipstragenden Kollegen u.ä. Schimanskis Bemühungen erscheinen im Sinne des Publikums. Der Kommissar, weil suspendiert, befindet sich in der Situation seines Publikums, das seine Werte und Interessen nur selten im Rahmen der Rechtsordnung verwirklichen kann. Man wird verlockt, ungehemmte Polizeibrutalität zu akzeptieren. Schimanski, daran zweifelt keiner, der den Saal verläßt, wird nicht Sozialfall, sondern eher befördert. So findet das Gemeinschaftsprodukt von (CSU-naher) Bavaria-Filmgesellschaft und WDR auch die Zustimmung reaktionärer Propagandisten von Polizeiwillkür wie der Bild-Zeitung. – (alk)



Fast wie einst Django...

GVP-Übertritte in die SPD –

Heinemann, Rau, Eppler – für Marktwirtschaft und Wohlfahrt

1957 löste sich die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) auf einem Bundeskongreß mit einer 4/5-Mehrheit auf, und die Delegierten empfahlen den Mitgliedern den Eintritt in die SPD. Führende Politiker aus der GVP waren schnell und sind bis heute in leitenden Positionen in der SPD tätig. Die SPD hatte für diese Entscheidung gewirkt, indem sie ablehnte, bei den Bundestagswahlen eine Listenverbindung mit der GVP einzugehen, und die GVP direkt zum Eintritt aufforderte. Aus der GVP stammten bzw. stammen zum Beispiel der (vor der GVP in der CDU tätige) Gustav Heinemann und die ehemalige Zentrumsolitikerin Helene Wessel, die bald nach ihrem Übertritt in den Fraktionsvorstand der Bundestagsfraktion gewählt wurden, aber auch Erhard Eppler, heute tätig in der Grundwertekommission der SPD, Johannes Rau, voraussichtlicher Kanzlerkandidat der SPD, und Dieter Posser, Landesjustizminister in Nordrhein-Westfalen. Sie haben die Auffassungen, mit denen sie 1952 die GVP gründeten und nicht in die SPD eintraten, nicht fallen lassen, sondern sie zunächst in der Debatte um das Godesberger Programm eingebracht und dort auch weitgehend durchgesetzt.

Gustav Heinemann, Helene Wessel und andere hatten die GVP auf einem Programm gegründet, das sich hauptsächlich gegen den Aufbau der Bundeswehr und den Eintritt in die NATO bzw. in die damals diskutierte Europäische Verteidigungsgemeinschaft wandte. Ihr Konzept stand in Widerspruch zu der von der Adenauer-Regierung verfolgten Einbindung der Bundesrepublik in einen imperialistischen Block, war aber nicht weniger gegen die revolutionären Veränderungen im östlichen Europa gerichtet als die CDU/CSU-Politik. Die GVP sah in der Remilitarisierung und dem Beitritt zur NATO das Haupthindernis, einen Friedensvertrag mit den alliierten Siegermächten zu schließen und ein "gesamteuropäisches Sicherheitssystem" zu errichten. Das von ihr angestrebte Verfahren sollte den Einfluß der kapitalistischen und konterrevolutionären Kräfte in den osteuropäischen Staaten stärken und die Einmischung der kapitalistischen Staaten in Osteuropa erleichtern.

In allen Fragen, die die innere Gestaltung der BRD betrafen, bezog die GVP einen streng gegen Sozialismus gerichteten Standpunkt. Gegenüber der SPD vertrat Heinemann die Auffassung, sie müsse sich endgültig zu Marktwirtschaft bekennen:

"Man kann also sagen, daß sich das ursprüngliche Feldgeschrei vom Tode des Kapitalismus durch Vergesellschaftung aller Produktionsmittel über ein langes und tiefes Mißtrauen gegenüber der Marktwirtschaft allmählich in eine Anerkennung der Marktwirtschaft mit 'linken' Vorbehalten zu verwandeln beginnt. In dem Maße, wie diese Verwandlung glaubwürdiges Gemeingut der SPD, d.h. nicht nur einiger Programmierer, sondern ihres so starren Funktionsapparates, ihrer Presse und Schulungsarbeit wird, kann sie endlich damit rechnen, sich zu der großen linken Volkspartei zu entwickeln, die in jeder Demokratie neben den konservativen Kräften ihre legitime Rolle und Chance hat."

Die GVP-Mitglieder wirkten nach ihrem Eintritt in der SPD vor allem dafür, daß die christliche, vor allem die evangelische Kirche Einfluß auf die SPD-Politik erhielt. Heinemann war – obgleich erst seit 1957 SPD-Mitglied – Mitautor des Abschnittes "Kirche und Religion" im Godesberger Programm. Er galt als unbescholtener Mann, der während des Faschismus als Synodenmitglied in der Bekennenden Kirche im christlichen Widerstand gegen die Nazis gewirkt hatte, obwohl er gleichzeitig seit 1928 in leitenden Positionen bei den Rheinischen Stahlwerken beschäftigt war und diese Funktionen bis 1949, bis er für ein Jahr als

Innenminister in der Adenauer-Regierung wirkte, beibehielt. Gegenüber der CDU und der CSU brachte er das Argument auf, die Verwendung des "C" in einem Parteinamen sei "unchristlich", weil "Christus mißbraucht wird, wenn er zur politischen Waffe gegen irgendwen gemacht wird". "Christ in der Politik heißt deshalb mitverantwortliche Gestaltung der allgemeinen Ordnungen so, daß das Evangelium Raum habe und der Wohlfahrt gedient werde."

Damit verfochten Heinemann, Rau, Eppler und andere seit ihrem Beitritt in die SPD ein Programm, das sich nie auf die Interessen der Arbeiterklasse als Orientierung auch reformistischer Politik bezog, sondern das Wohlergehen der "Marktwirtschaft" und der "Wohlfahrt" zur Richtlinie und zum Ziel sozialdemokratischer Politik machen sollte. Quellenhinweis: Flechtheim, Ossip K., Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 3, Seite 545 ff.; P. Molt, Die neutralistische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem der Gesamtdeutschen Volkspartei, Heidelberg 1955 – (uld)

Niedersächsische Grüne

Widerstehen sie der reaktionären Mobilisierung?

Der 17. Juni 1986 ist kein Sonntag, deshalb hat Albrecht die Landtagswahlen auf den 14. vorverlegt. Die Grünen kandidieren 1986 zum dritten Mal. 1978 waren sie mit 3,4 % noch gescheitert; 1982 erhielten sie 6,3 % der Stimmen. Werden die Grünen wieder im Landtag vertreten sein, oder kann die SPD Stimmengewinne auf ihre Kosten verbuchen? Können die Grünen dazu beitragen, der Albrecht-Regierung und der FDP bei der Verbreitung von reaktionärer Ideologie und Politik entgegen zu treten? Nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben wir geschrieben, daß der Einzug der Grünen ins Parlament wesentlich davon abhängt, wie weit sie antikapitalistische Kritik üben.

Verschiedene Arbeitsgruppen der Grünen Niedersachsen haben zusammen mit der Programmkommission einen Entwurf für ein Wahlprogramm vorgelegt, das auf verschiedenen Landesversammlungen gegenwärtig beraten wird. Eines ist bereits verabschiedet. Gingen die Grünen 1982 noch fest davon aus, "Albrecht vom Roß zu holen", so scheinen sie für 1986 weniger zuversichtlich. Das hat Gründe. Die Albrechtsche Landespolitik konnte die reaktionäre Mobilisierung für "Leistung", "Wettbewerb", Expansion und Krieg vorantreiben und Erfolge unter den Mittelklassen verbuchen. Wie haben sich die Grünen demgegenüber im Landtag verhalten, bzw. wie wollen sie 1986 programmatisch dagegen antreten? Dazu einige Gesichtspunkte:

"Gegen Revanchismus" ...
... aber für "Deutschlandpolitik"?

In diesem Jahr haben zum ersten Mal seit langem größere Aktionen gegen das "Schlesier-Treffen" in Hannover unter Einschluß der Grünen stattgefunden. Im Landtag haben sie Albrecht aufgefordert, dem "Schlesier-Treffen" fernzubleiben. Im Wahlprogramm sind Forderungen gegen den Revanchismus aufgenommen: "Änderung" (warum nicht Streichung?) der Präambel des Grundgesetzes sowie der Artikel 23, 116 und 146, um "als Voraussetzung gleichberechtigter völkerrechtlicher Beziehungen zur DDR" gegen "Alleinvertretungsanspruch und Wiedervereinigungsgebot" anzugehen. Weitere Forderungen: Auflösung der "Erfassungsstelle" in Salzgitter, Aufgabe der Patenschaft mit der Landsmannschaft der Schlesier, die Streichung der Zuschüsse für das "Schlesiertreffen" und das geplante "Schlesiermuseum", da sie "der Verherrlichung von Krieg und Revanchismus dienen." Allerdings: Die Forderungen werden unter der Überschrift "Gegen Revanchismus – Deutschlandpolitik als Friedenspolitik" erhoben. Das gibt

nur einen Sinn, wenn der Revanchismus sehr eingeschränkt gesehen, die auf Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkriegs ausgerichtete "Wiedervereinigungspolitik" aber im Ziel unterstützt wird. Nähere Angaben macht der Programmtext nicht, wohl aber der Abgeordnete Meinsen (Die Grünen) in der Landtagsdebatte über das "Schlesier-Treffen" am 10.5.85. Er sah sich "mit einem Stück unverantwortlicher Politik von Verbandsfunktionären ... die wir längst überwunden glaubten" konfrontiert: dem "Revanchismus". Albrecht bescheinigte er ausdrücklich "seinen abweichenden, an den deutsch-polnischen Verträgen orientierten Standpunkt". Ebenfalls nicht mehr revanchistisch, sondern "verlogen" fand er das "neue" "Schlesier-Motto" "Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker". Den zweiten Teil unterstützt er nachdrücklich: "Was heißt 'Europa freier Völker'? Freie Völker sind Völker, die über ihr Schicksal selbst bestimmen, also, wenn man sich das einmal vorstellt, ein wiedervereinigtes Deutschland und ein aus dem Warschauer Pakt ausgetretenes Polen." Was das Ziel, die DDR und die VR Polen "zu befreien", dort dem sogenannten "Selbstbestimmungsrecht" zur Geltung zu verhelfen, angeht, ist Meinsen schon sehr weit auf Positionen der CDU und der Faschisten gedrückt worden.

Verlogen ist für ihn das Motto nur noch, weil der erste Teil "Schlesien bleibt unsere Zukunft" ihm revanchistisch und dem "großen Ziel" des "Europas freier Völker" zu widersprechen scheint. Befreiung ja, aber nicht durch "revanchistische Gebietsforderungen"? Vorbild für diese Argumentation ist Weizsäcker. Dieser sieht beim "Thema der Einheit" die "Substanz nicht wie früher (in) nationale(n) Grenz- und Gebietsfragen", sondern will "Grenzen den trennenden Charakter nehmen".

Die Grünen nehmen sich selbst jede Schärfe, wenn sie mit nationalistischen Begründungen Anträge auf Streichung des Wiedervereinigungsgebotes stellen. Mit Weizsäcker gegen Albrecht? Wohl kaum!

Faschistenförderung, Folter ... Angriff auf Albrecht halbherzig

Albrecht ist dafür berüchtigt, daß jede Sorte von Faschisten seiner Unterstützung sicher sein kann. Die ganze Wahlperiode über hat die Fraktion der Grünen die Regierung wegen Unterstützung der Wehrsportgruppe Jürgens, der NPD, der Skins und anderer Faschisten im Landtag unter Druck gesetzt. Unverständlich ist, warum Albrecht dadurch geschont wird, daß dies im Wahlprogramm keine Erwähnung findet und dementsprechend auch wohl kein Wahlkampfthema sein soll?

Albrecht ist dafür berüchtigt, daß er den Einsatz der Isolationsfolter wie der Folter überhaupt in seinem Buch über den "Staat, Idee und Wirklichkeit" gerechtfertigt hat. In Niedersachsen sind verschiedene politische Gefangene im Hochsicherheitstrakt in Celle eingesperrt. Die Fraktion der Grünen hat im Bundestag einen Gesetzentwurf gegen die Isolationsfolter eingebracht. Warum wird die Albrecht-Regierung geschont, indem Auflösung des Hochsicherheitstrakts Celle gefordert wird, aber nur weil er "unnötig"



Durch Initiativen im Landtag haben die Grünen die Opposition gegen das nds. Atomprogramm unterstützt.

und "kostspielig" sei. Knut Volkerts soll doch nicht woanders und "billiger" umgebracht werden!

Die Albrecht-Regierung steht mit an der Spitze bei den Berufsverboten gegen "links", während dem faschistischen Gymnasiallehrer Kausch mit allen Mitteln und gegen großen Widerstand der Belegschaft ein Plätzchen in der Landesbibliothek verschafft wurde. Der Programmmentwurf fordert "Keine Berufsverbote wegen politischer Weltanschauung". Offen bleibt: Sind Berufsverbote dann gerechtfertigt, wenn revolutionäre Tätigkeit oder etwa eine Kandidatur für die DKP vorliegt? In der Begründung des Programmmentwurfs heißt es: "denn eine noch so umstrittene Meinung darf kein Anlaß für Ablehnung oder Entfernung aus dem öffentlichen Dienst sein." Sollen dadurch auch Faschisten gedeckt werden?

Mit scharfen Angriffen bis hin zur Verbotsdrohung hat die Albrecht-Regierung auf die Rotation der Grünen Landtagsabgeordneten geantwortet. Aus dem Programmmentwurf geht nicht hervor, ob und gegebenenfalls wie die Grünen an der Rotation festhalten wollen.

Gegen Albrechts Wirtschaftsförderung und Beschäftigungsinitiative

Die Landesregierung betrieb in den vergangenen Jahren eine Politik, die Lohnsenkungen und Beseitigung von Ansprüchen für die Arbeiterfamilien sowie eine Mästung der Kapitalisten zum Ziel hat. Die Mittelklassen sollen mit vermögens- und kapitalbildenden Maßnahmen sowie Elitezüchtung ins Schlepptau der imperialistischen Expansion genommen werden. Die Grünen sind vielfach diesen Zielen entgegengetreten. Ihr Ökologismus zeigt sich jedoch anfällig für Eigentumsideologie und Wettbewerb.

Ein Großteil der Anfragen der Grünen im nds. Landtag greift die Umweltzerstörungen durch die Kapitalisten entschieden an und fordert, daß die Beseitigung der Schäden wie auch die Einhaltung von schärferen staatlichen Auflagen nach dem Verursacherprinzip zu erfolgen habe. Die Grünen stören manches Projekt der Albrecht-Regierung, ob Dollart-Hafen, Autobahnbau, Mittellandkanalausbau. Ebenso griffen sie die Verkabelungspolitik der Landesregierung und ihre finanzielle Verstrickung mit der Firma Kabelcom mehrfach im Landtag an. Dennoch zeigten sich Sprecher der Grünen offen für Reaktionen: so die Unterstützung des Antrages "Wettbewerbsverzerrungen im Seehafenhinterlandverkehr zu Lasten der niedersächsischen Häfen" aller Parteien. Für die Grünen begründete der Abg. Meinsen: "Daß der Transport von Friesoyte über Emden nach den USA teurer sein soll als über Rotterdam, ist natürlich absurd und widerspricht sozusagen der Logik aller Parteien ... Die Hauptintention, Wettbewerbsgleichheit, tragen wir." Neben Sorgen um Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft machte er sich stark für eine "europaweite Harmonisierung" ökologischer Verkehrspolitik: nicht Senkung der Mineralöl- und Kfz-Steuer, sondern Transport mit Bahn oder Binnenschiff. Bislang einmalig, daß die Grünen so weitgehend die imperialistische Konkurrenz und Expansion tragen.

Im Kompromißvorschlag der AG Wirtschaft lassen sich andere Positionen finden. Dort kritisiert sie im Kapitel "Neue Technologien": "Unternehmen in diesen Bereichen erhalten Zuschüsse in Millionenhöhe mit der Begründung, unsere Wirtschaft müsse auf dem Weltmarkt ganz vorne mitmischen" und "Hinzu kommt die militärische Ausrichtung solcher Modernisierungskonzepte wie 'EUREKA' und 'SDI', die auch die Weltmarktkonkurrenz zwischen USA, Europa und Japan auf eine neue, gefährliche Stufe heben".

Für die direkte Förderung der Kapitalisten – wie die Albrechtsche Wirtschaftsförderung – sind die Grünen nicht zu haben. Die von ihnen geforderte "soziale, ökologische und basisdemokratische Produktionsweise" grenzt sich gegen "einzelwirtschaftliche Gewinnmaximierung" und gegen das Konzept, "vor allem Großbetriebe (zu fördern) und auf Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit dieser Betriebe" auszugehen, ab. Sie verlangen ökologische Förderprogramme, die wie ihr Wirtschaftskonzept auf



Wahlprogramm 1982: "Albrecht vom Roß holen" – Entwurf von 1985 in vielen Punkten besser

kommunaler Ebene abgewickelt werden sollen. Ihre eigene Klientel – die lohnabhängige Mittelklasse wie Lehrer, Wissenschaftler – überlassen sie hingegen der eigentums- und vermögensbildenden Politik von CDU und FDP, wenn sie die Umwandlung der "Technologieparks" in "Ökologieparks" bzw. Förderung von alternativen Betrieben fordern.

Dem Laufbahn- und Elitedenken – dessen sich Albrecht besonders annimmt – versuchen die Grünen insofern zu begegnen, daß sie im öffentlichen Dienst die Senkung der Eingangsgehälter für den gehobenen und höheren Dienst befürworten und selbst für Einstellungen bis höchsten A 12 und den vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung nur bis zu den mittleren Einkommen eintreten.

Den Vorstoß der Albrecht-Regierung, mittels einer "Beschäftigungsinitiative" für Jugendliche und Berufsanfänger in Höhe von 220 Mio. DM die Ausdehnung der Teilzeitarbeit bei Kapitalisten und Land, Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern und mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu forcieren, haben sie zurückgewiesen. In der "aktuellen Stunde" warf der Abg. der Grünen Schmelich der Landesregierung "Appelle an die Wirtschaft, Abbau von Arbeitnehmerrechten, Geschenke an die Arbeitgeber und die Wunderdroge ABM" vor, kritisierte aber wiederum nur die "erzwungene" Teilzeitarbeit. Mit der Einbringung eines Jugendbildungsgesetzes ("Ausbildung statt Aufbe-wahrung") sprachen sich die Grünen im Interesse ihrer Sozialarbeiter, -pädagogen und Lehrer im Ausbildungswesen gegen die Degradierung der Arbeiterjugendlichen aus. Für das Ziel der Landesregierung – dabei von der FDP unterstützt – die Arbeitsverhältnisse und -zeit zu flexibilisieren, waren die Grünen bislang nicht zu gewinnen. Sie fordern in Anlehnung an die Bundes-Grünen die Änderung der Arbeitszeitordnung von 1938 auf 40 Stunden pro Woche. Ferner wenden sie sich gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse, dichtere Verhaltens- und Leistungskontrollen, isolierende Heimarbeit und automatisierte "geistige" Arbeit. In diesem Zusammenhang steht auch der Antrag zur Verabschiedung eines neuen Personalvertretungsgesetzes.

Die FDP und die SPD haben ausgesprochen "ökologische" Wahlaussagen vorgelegt, beide wollen die Mittelklassenwählerschaft kassieren. Der SPD-Antrag "Arbeit und Umwelt" am 14.6.85 in der "aktuellen Stunde" des Landtages ließ die Grünen wie beabsichtigt unter Druck geraten. Sie zeigten sich in einigen Punkten voreilig und nicht begründet koalitionsbereit ("wir (teilen) die Intention dieses Antrages ... über diesen Antrag (wäre) zu reden"). Erfreulich jedoch die Abgrenzung, keine ökologische Politik mit staatlichen Geschenken an die Kapitalisten machen zu wollen. Beides läßt sich im Wahlprogrammmentwurf wieder finden. Darum wird momentan die Auseinandersetzung geführt. Einiges scheint bereits direkt Verhandlungsmasse gegenüber der SPD zu sein. Die endgültige Beschlußfassung bleibt abzuwarten.

Quellenhinweis: Programmmentwurf der Grünen, 1985; Drucksachen und Stenographische Berichte des nds. Landtages, 1982–85; FDP-Programm 1985; Wahlaussage (Entwurf) der SPD – (sie, thr)

Medienpolitik

Medienkonzerne in der BRD und Auswirkungen auf die Beschäftigten und die öffentliche Meinung

Die Herausbildung von allgemeinen Publikationsverlagen, die in allen Sparten der Veröffentlichungstätigkeit – von der Produktion von Zeitungen bis hin zu Fernsehprogrammen – beteiligt sind, ist die bestimmende Entwicklung für die informationsliefernde und -übertragende Branche in der BRD. Die Verlage der "alten" Medien (z.B. Zeitungen) legen ihr Kapital jetzt im Bereich der "neuen" elektronischen Medien an (z.B. Privatfernsehen), da sie dort eine neue Möglichkeit zur Profitmaximierung sehen. Deshalb haben sie die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols durchgesetzt.

Erst die Elektronik ermöglicht den Betrieb eines solchen Verlagshauses, bzw. erleichtert ihn, weil der mediale Wandel der Informationen technisch immer leichter wird: Die gespeicherten Daten können sowohl zur Produktion einer Zeitschrift wie für eine Fernsehsendung abgerufen werden. Der gewerkschaftliche Kampf wird durch die Bildung dieser Medienkonzerne erschwert. Die für den 3.12. beschlossene Gründung der IG Medien entspringt aus der Notwendigkeit, zur Verbesserung der Kampfkraft alle Beschäftigten dieser Verlagshäuser einheitlich in einer Gewerkschaft zu organisieren. – (chs,haj, hao, nir, tis)

Auf der Jagd nach Profiten werden westdeutsche Verlage zu Medienkonzernen

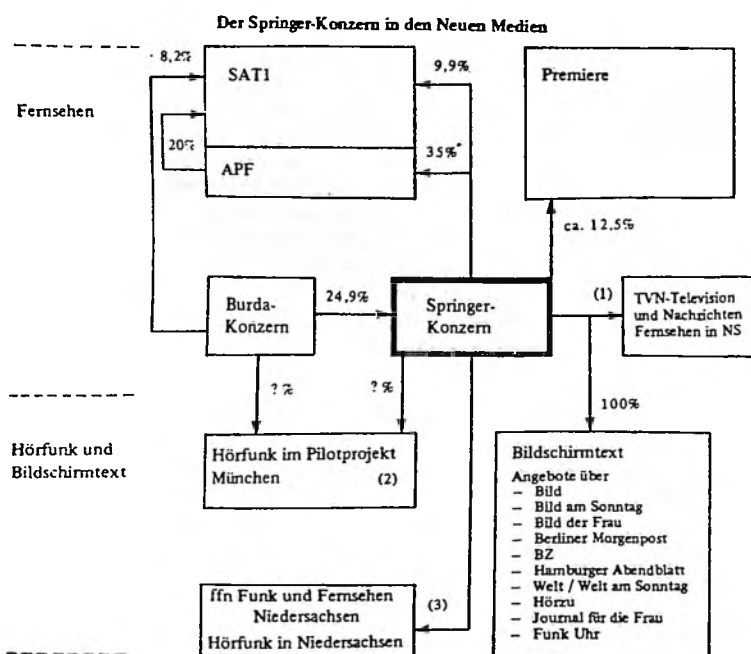
Auf der Jagd nach immer höheren Profiten beginnen die westdeutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverlage neben ihren Druckmedien-Monopolen umfassende Medienmonopole aufzubauen, dies mit Hilfe der neuen Technik wie Kabelfernsehen, Bildschirmtext u.ä. Dabei gilt wohl auch bei ihnen der Wahlspruch ihrer amerikanischen Vorbilder, der Medienriesen: "Uns ist es gleich, wie wir unsere Informationen liefern, Hauptsache ist, daß wir sie liefern." So Bahnson Stanlex, von Landmark Communications, einer Zeitungs-, Radio- und Fernsehgesellschaft aus Nordfolk (USA). Aus zwei Gründen haben sich die amerikanischen Print-Medienunternehmen bereits zu mächtigen Medienunter-

nehmen entwickelt: rascher Fortschritt der Kommunikationstechnik und die für sie günstigen politischen Verhältnisse.

Während die westdeutschen Verlage in ihrem traditionellen Bereich eine kaum noch zu steigernde Konzentration erreicht haben (siehe Tabelle) und der Aufbau zu vielseitigen Medienunternehmen zwar schon beachtlich ist, aber noch am Anfang steht, ist folgendes Beispiel in den USA bereits kein Einzelfall mehr: Die Schurz Communications (Rang 96 von 100 der größten Medienunternehmen in den USA) z.B. besitzt in South Bend, Indiana, die einzige Tageszeitung, eine Fernsehstation und Mittelwellen- und UKW-Stationen. "Das Zeitalter des

Ein-Medien-Unternehmens scheint für immer vorbei zu sein," so Ira Tumpowsky, Vorstandsmitglied von Young & Rubicam.

Ein gewichtiger Aspekt, der die Konzernherren – allen voran Bertelsmann und Springer – zu den neuen Medien und zu neuen Zusammenschlüssen treibt, ist folgender: Die Einnahmen werden bei den Zeitschriften je zur Hälfte aus dem Leser- und dem Anzeigenmarkt, bei den Zeitungen sogar zu einem Drittel aus dem Lesermarkt und zu 2/3 aus dem Anzeigengeschäft realisiert. Die neuen Mediengesetze in der BRD werden zukünftig immer mehr den Kommerzfunk zulassen, gleich ob als Privatfunk oder aufgeweichter öffentlich-rechtlicher. D.h. bei einem bestimmten Verbreitungsgrad der Sendungen wird Werbung attraktiv werden. Dazu kommt, daß der Zeitaufwand von 38 Minuten pro Tag, die durchschnittlich jeder Bundesbür-



- 1) Beteiligung geplant, wenn TVN die Lizenz erhält.
- 2) In Kooperation mit Kabel Media Programmgesellschaft und dem Burda-Konzern.
- 3) Beteiligung über Bild-Ausgabe Hannover.

Springer ist in der BRD die Nummer 1 unter den Tageszeitungs-Verlagen mit einem Marktanteil von 30,21%; bei den Zeitschriftenverlagen die Nummer 2 mit einem gewichtigen Anteil von 13,02%. Rechnet man noch Springers Anzeigenblätter mit ein, entsteht ein Printmedienkonzern, dessen – publizistische – Machtfülle in der BRD einmalig ist. Durch seine zahlreichen Engagements bekommt der Konzern nun auch dort eine Spitzenstellung und entwickelt sich als Multi-Media-Konzern zu einer Schaltzentrale für aktuelle Berichterstattung.

Der Springer-Konzern hat seine Aktivitäten in den neuen Medien breit gefächert. Der Konzern konzentrierte sich anfangs auf das überregionale Fernsehen, ist mittlerweile aber auch an den regionalen Märkten interessiert. Auch am Hörfunk hat er inzwischen Gefallen gefunden. In Kooperation mit der Kabel Media Programmgesellschaft und Burda bietet

ger täglich dem Lesen der Zeitung widmet, kaum zu erhöhen sein wird, dagegen die Zeiten für Fernsehen von 1964 bis 1980 sich im Durchschnitt pro Bundesbürger von 70 auf 125 Minuten gesteigert haben. Beim Hörfunk liegt die Steigerung von 89 (1964) auf 132 Minuten (1980), während 1964 35 Minuten fürs tägliche Zeitungslesen und 1980 38 Minuten aufgewendet wurden. (Aus "Tageszeitungen und neue Medien", W. Röhm 1982) Der möglichen Abwanderung der Anzeigen-Werbung auf Funk und Fernsehen können die Zeitungsverleger nicht zusehen. Hier sehen sich die Zeitschriften- und Zeitungsverlage um ihre Profite gebracht und unternehmen alle Anstrengungen, die neuen technischen Möglichkeiten auf diesem Anzeigensektor für sich zu nutzen. Dazu ein Rechenbeispiel der "Expertenkommission Neue Medien", die von der Landesregierung Baden-Württemberg eingesetzt wurde.

"In einem Fallbeispiel wurden die Wirtschaftsdaten einer mittelgroßen bundesdeutschen Lokalzeitung zugrunde gelegt:

Ausgangslage (Stand 1979)
 Auflage der Zeitung 62.000
 Gesamtumsatz pro Jahr 40 Mio. DM
 davon:

70% aus Anzeigengesch. 28 Mio. DM
 30% aus Abonnements 12 Mio. DM

... In einer ersten—irrealen—Variante wurde unterstellt, daß Videotext, Bildschirmtext und lokales Kabelfernsehen ohne Werbung eingeführt werden. In diesem Falle gehen die Verfasser dieser Studie davon aus, daß der örtlichen Tageszeitung ein fünfprozentiger Verlust an Lesern und Abon-

nenten droht; dieser hätte zur Folge, daß der Verlag gezwungen ist, die Anzeigenpreise um 5% zu senken. Der Jahresumsatz würde sich um 2 Mio. DM mindern. Sofern dagegen im gleichen Verbreitungsgebiet anzeigenfinanzierter Bildschirmtext und kommerzielles Kabelfernsehen eingeführt werden, ergeben sich folgende Wirkungen:

5% Verlust am Leserkreis = 2 Mio. DM, 20% Rückgang bei rubrizierten Anzeigen (Stellen, Immobilien, Kfz-Markt etc. durch Abwanderung zum Bildschirmtext) = 2,75 Mio. DM und Mindereinnahmenges. = 7,51 Mio. DM (ca. 18% des Gesamtumsatzes)." (Aus Dokumentation zur Mediengewerkschaft und Medienpolitik 3. bis 5. Juni der IG Druck und Papier S. 106)

Solche Verluste wollen die Verleger nicht hinnehmen und versuchen, wenn's nicht anders geht, auch über Beteiligungen ihren eigenen Profit mit Hilfe der neuen Medien zu erzielen. Dabei wollen sie sich nicht nur ihren traditionellen Anzeigenteil erhalten, alles an verkaufter Information soll von ihnen gekauft werden, egal in welcher Form.

Wird bereits jetzt schon der ganze Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt von wenigen beherrscht, die über das riesige Potential der Produktionsmittel verfügen, stellt die Bundesregierung die neuen Produktionsmittel kostengünstig zu deren Nutzung. Die Bevölkerung zahlt im wesentlichen die Verkabelung, die für die neuen Medien unerlässlich ist. Die Anstalt für Kabelkommunikation in Ludwigshafen, die

als Träger für das Kabelpilotprojekt gegründet wurde, hatte ab ihrem ersten Tag ein beachtliches Vermögen, das die Landesregierung durch den sogenannten Kabelgroschen bei der Bevölkerung aufgetrieben hatte.

Das Interesse der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage an den neuen Medien, das im wesentlichen das Anzeigengeschäft nicht stören soll, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß der Einfluß der Verlage ein räumlicher, in einer bestimmten Region ist. Aber genauso erbittert wird von Springer versucht, mit Einsatz von Pay-TV auf dem Sektor der Interessensgruppen Profit zu schlagen. Pay-TV, in Amerika angewandt, bedeutet, daß private Sender ausschließlich Programme ohne Werbung senden, die dann vom Empfänger direkt bezahlt werden. Z.B. haben sich solche Sender dann Lizenzen über attraktive Sportveranstaltungen erworben und können somit eine hohe Einschaltquote erzwingen.

Die Premiere Fernsehgesellschaft oHG, München, ist künftig der einzige Anbieter von bundesweitem Pay-TV-Programm. Diese Premiere Fernsehgesellschaft wird zu 51% von drei westdeutschen Kapitalisten (Bertelsmann, Springer und Kirch-Gruppe) beherrscht. Sie wird ihre Filme neben der Bundesrepublik auch in Österreich und der Schweiz anbieten.

Quellenhinweis: Media Perspektiven 2/85; Referat IG Druck Hauptvorstand Henschke, gehalten im Juni auf dem a.o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier 1985; Bertelsmann Briefe, August 1982.

Privater Rundfunk: Die Schleusen sind geöffnet, Kapital strömt ein

Die seit Anfang der 50er Jahre von den Verlegerverbänden erhobene Forderung nach Zulassung des privat betriebenen Rundfunks ist in kurzer Zeit realisiert worden. Den Anlauf gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unternahmen Stoltenberg und Albrecht mit der Kündigung des NDR-Staatsvertrages. Einen Wendepunkt in der Entwicklung bildete der Beschluß der Medienpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand Anfang 1984, private Veranstalter im Rundfunkbereich zuzulassen. Die Besiegung dieser Entwicklung durch einen Staatsvertrag zur "Neuordnung des Rundfunkwesens" allerdings ist auch auf der Konferenz der Ministerpräsidenten Ende Oktober in Saarbrücken am Widerspruch Hessens gescheitert, dessen Landesregierung einer Vereinbarung über die Zulassung privater Träger bisher die Zustimmung verweigert.

Unterdessen ist mit Ausnahme Hessens in allen Landtagen die Zulassung privater Veranstalter entweder bereits in Form von Landesmediengeset-

zen beschlossene Sache wie z.B. in Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Bayern, durch "Vorschaltgesetze" möglich wie z.B. in Hamburg, als "Kooperation mit privaten Veranstaltern" zugelassen wie in NRW oder zur Verabschiedung eingebracht wie in Baden-Württemberg. Nach München und Ludwigshafen wurde auch in Dortmund und Westberlin in diesem Sommer der Kabelbetrieb in Verbindung mit privaten Veranstaltern aufgenommen. Niemand zweifelt daran, daß es sich hierbei um Pilotprojekte im Sinne erster Schritte zur Verwirklichung der von den Medienkapitalisten und der gesammelten Reaktion gewünschten neuen Fernmelde- und Rundfunkordnung handelt.

Angeblicher Zielpunkt dieser Entwicklung ist—folgt man den Vorstellungen und Versprechen von CDU und CSU—bekanntlich die "Vielfalt". Die durch Verkabelung ebenso wie durch Satellitentechnik erweiterte Möglichkeit zur Verbreitung von Fernseh- oder Hörfunkprogrammen soll "von der uniformen Massenkommunikation

Springer im Pilotprojekt München ein Hörfunkprogramm an. Über die Bildausgabe Hannover ist der Konzern an der Funk und Fernsehen Niedersachsen beteiligt, die gute Aussicht auf eine Hörfunklizenz in Niedersachsen hat. Auch am regionalen Fernsehprogramm für Niedersachsen will man sich beteiligen, wenn der Antragsteller Television und Nachrichten GmbH (eine Tochter des Madsack-Konzerns) den Lizenzzuschlag erhält.

Gewichtiger aber als diese Aktivitäten sind Springers Beteiligungen an der Pay-TV-Gesellschaft Premiere sowie an der Aktuell Press Fernsehen (APF) und an der Sat-1-Satellitenfernsehen GmbH. Springer ist mit 35% an der APF beteiligt.

Bertelsmann ist auf den Märkten für Bildschirmtext, Hörfunk, traditionell verbreitetem Fernsehen und Pay-TV engagiert. Dabei umfassen die Aktivitäten zum Teil den jeweils bundesdeutschen Markt und regionale Teilmärkte.

Medienpolitik ...

... christlich sozial

"Die Mündigkeit des Bürgers ist unteilbar ... Die Union wird daher jeden Versuch abwehren, die Informations- und Meinungsfreiheit durch staatliche Maßnahmen zu reglementieren oder die Meinungsvielfalt durch gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Druck einzuzengen ... CDU und CSU wollen in der Medienordnung der Zukunft Organisationsformen fördern, die Privatpersonen und Gruppen die Chance geben, eigenverantwortliche Medienangebote zu gestalten. Sie haben zusammen mit den bisherigen öffentlich-rechtlichen Programmen das plurale Meinungsspektrum unserer Gesellschaft widerzuspiegeln." (Medienpolitische Grundsätze der CDU/CSU v. 5.10.84)

... frei demokratisch

"Unser Fernziel ist ein freier Medienmarkt, auf dem jeder Bürger bundesweit diejenigen Programme und Informationen, die er haben will, abrufen kann, aber das, was er abruft, auch selbst bezahlt ..." (FDP-Thesen zur Medienpolitik v. 17.11.84)

... sozialdemokratisch

"Der Parteivorstand bekräftigt den Essener Parteitagebeschluss, der die Zulassung neuer Veranstalter mit Bedingungen verknüpft ...:

- eine finanziell gesicherte Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk,
- die Sicherung der notwendigen Binnenpluralität auch bei privaten Rundfunkveranstaltern,
- die Vermeidung von überregionalen Doppelmonopolen,
- die Einrichtung und Finanzierung eines offenen Kanals,
- die Sicherung und Förderung einheimischer kultureller Produktionen,
- die Begrenzung der Werbung auf das notwendige Maß." (Medienpolitische Entschliebung des SPD-Parteivorstands v. 20.11.84)

... grün-alternativ

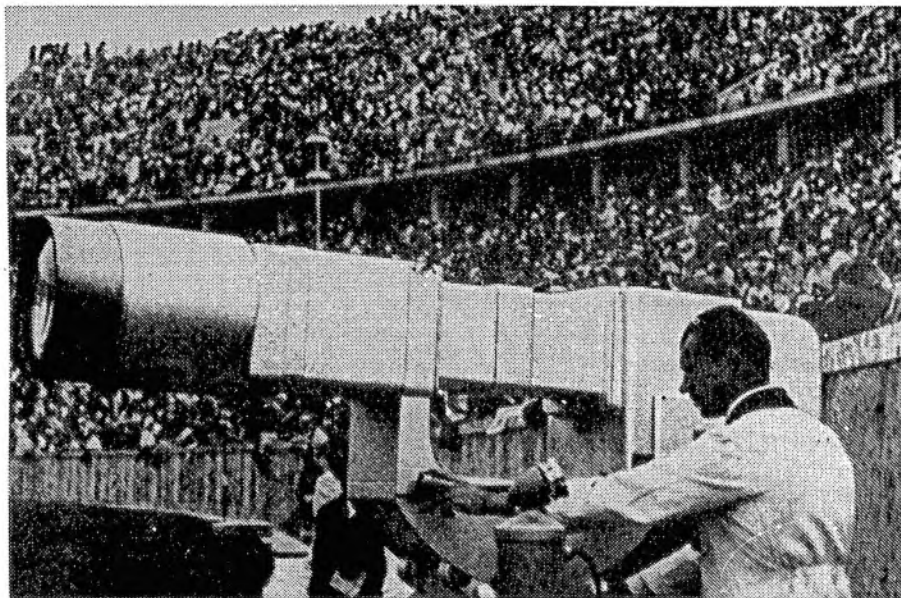
"Eine freie direkte Beteiligung des Bürgers am Rundfunk ist am ehesten auf lokaler Ebene zu verwirklichen. Deshalb stellt die Legalisierung unabhängiger Lokalradios eine sinnvolle Ergänzung zu den überregionalen öffentlich-rechtlichen Anstalten dar. Es müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die kommerziellen Rundfunk wirksam verhindern. Beibehaltung der öffentlich-rechtlichen Verfassung von Rundfunk- und Fernsehanstalten bei gleichzeitiger Erweiterung der inneren Rundfunkfreiheit." (zit. nach: Journalist, DJV 1984)

zur Erfüllung individueller Bedürfnisse und Interessen durch Schaffung neuer Dienstleistungen" führen. Die Verlogenheit dieser Propaganda folgt bereits aus der näheren Bestimmung der CDU/CSU-Grundsätze: "Die verbreiteten inländischen Rundfunkprogramme müssen in ihrer Gesamtheit die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen angemessen zu Wort kommen lassen." Der Pluralismus entsteht durch Hinzutreten "privatwirtschaftlich organisierter Interessen" zu öffentlich-rechtlich veranstalteten Programmangeboten. Entschieden wenden sich die CDU/CSU-Grundsätze gegen "das Schlagwort" von der "inneren Pressefreiheit" und gegen "jede Aufweichung des Tendenzschutzes".

Was da geschützt und welche Tendenz mit der Kapitalanlage im Bereich von Fernsehen und Hörfunk ge-

"tv weiß-blau" u.a.); zur Verbesserung der US-Propaganda ist seit dem 15. Oktober mit der Einspeisung der "Voice of America" begonnen worden. Und in Ludwigshafen weist eine Beschwerde der Beteiligungsgemeinschaft Linksrheinischer Rundfunk (LR) im Oktober darauf hin, daß die geplante Quotenverteilung für den Hörfunkkanal mit 22 Stunden 24 Minuten der täglichen Sendezeit zugunsten des in drei Veranstaltergemeinschaften vereinten "rechtskonservativen bis rechtsliberalen Spektrums" ausgehen sollte.

Zur Verwirklichung dieser Tendenzen auf Basis privater Kapitalanlage ist ein entsprechender Begriff von "Ausgewogenheit" erforderlich. In dem zur Verabschiedung stehenden Mediengesetzentwurf in Baden-Württemberg z.B. werden für die private Zulassung konkurrierende Programm-



"Stimmungsbild vom Reichssportfeld": Berlin 1936. Schon in faschistischen Planungen sollten die "Volksempfänger" per Kabel abgeschirmt werden.

stärkt werden soll, läßt Stoibers Kritik deutlich werden. Auf dem CDU/CSU-Medienkongreß Ende Februar dieses Jahres warf er dem Fernsehen vor, daß es seinen "Integrationsauftrag" nicht erfülle: "Neue Erziehungsstile, negative Lebenseinstellungen einschließlich zunehmender kritischer Distanz zu den 'klassischen' Autoritäten von Familie, Schule, Kirche, Politik und Wirtschaft werden durch das Fernsehen hervorgebracht und beeinflußt." Entsprechend werden auch Bemühungen um die Verstärkung reaktionärer Einflußnahme deutlich: In Westberlin bemüht sich die von Lummer und anderen Reaktionären ins Leben gerufene "Berliner Bürgergemeinschaft" um erhebliche Programmanteile des "Mischkanals"; in Bayern ist der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Kommission Neue Medien und Bundestagsabgeordnete Josef Linsmeier jetzt auch als Mitgesellschafter von der Partei ("Neue Welle",

angebote privater Art verlangt: Für regionale bzw. lokale Zulassungen müssen zwei weitere private Anbieter vorhanden sein, für überregionale Programmangebote müssen es drei sein. Sofern diese "konkurrierenden Programmangebote" nicht vorhanden sind, sind Ausnahmegenehmigungen möglich, wenn das beabsichtigte Programm "innere Ausgewogenheit" aufweist oder ein "offener Kanal" angeboten wird. In Schleswig-Holstein reicht als Bedingung der Ausgewogenheit das Vorhandensein von vier inländischen Vollprogrammen.

Für die SPD erklärte der Hamburger Bürgermeister Dohnanyi: "Es wird in der BRD Privatfunk geben. Es kommt nur darauf an, wie man das gestaltet." Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich die Premiere dieser "Gestaltung" im Hamburger Vorschaltgesetz direkt nach Springer-Wünschen richtete. Der nunmehr zur Verabschiedung anstehende Hamburger Mediengesetzent-

wurf versucht, die sozialdemokratische Privatfunk-Vorstellung festzuschreiben. Bisher gegenüber öffentlich-rechtlichen Programmen geltende Grundsätze der Ausgewogenheit ("Binnenpluralismus") werden gegenüber den einzelnen angebotenen Programmen gefordert. Der Springer-Verlag als marktbeherrschendes Presseunternehmen soll für ein regionales Programm als Einzelanbieter nicht zum Zuge kommen, sondern nur im Rahmen einer Anbietersgemeinschaft unabhängig von dem Umfang seines Kapitaleinsatzes bei einem Stimmanteil bis zu 25%. Das Organ der dju "die feder" urteilt: "Finanzstarke Anbieter werden bevorzugt; Monopolisten in den gedruckten Medien können auch die Macht in den elektronischen Medien übernehmen; Werbung ist fast ungehindert zu jeder Tages- und

Nachtzeit erlaubt; Mitbestimmung wird nicht eingefordert und die Meinungsvielfalt wird nicht garantiert." (4/85)

Nichts spricht dafür, daß die Aufnahme des privaten Rundfunks durch die Medienkonzerne in ihren Folgen entschärft werden könnte dadurch, daß eben für diese private Kapitalanlage der gesetzliche Rahmen geschaffen wird oder – wie die SPD es nennt – "gestaltet" wird. Im Gegenteil. Es besteht sogar die Gefahr, daß über die weitere Gestaltung der Verbreitung (Verkabelung) und bloß auf Einspeisungszwecke in Kabelanlagen beschränkte Übertragungsleistungen von Satelliten auch die Verbreitungs- und Empfangsmöglichkeiten kontrolliert und beschränkt werden. Solche Vorstellungen haben Vorgänger unter der faschistischen Herrschaft: Da

ging es darum, ein Abhören ausländischer Sender zu verhindern und die "Gleichschaltung" vollkommen zu machen.

Da die Medienkonzerne im Rundfunkbereich gerade erst zum Zuge kommen, ist nicht zu erwarten, daß die verschiedenen gegenwärtig absehbaren gesetzlich festgelegten Formen des Zugangs der Medienkonzerne zum Rundfunk (Kooperation öffentlich-rechtlicher Anstalten mit privaten Anbietern, "Binnenpluralität" der Programme, "Außenpluralität" für das gesamte Programmangebot usw.) an der Bestimmung der Berichterstattung und der Tendenz der Meinungsbildung durch die Kapitaleigner etwas ändern. Eher kann erwartet werden, daß die Gestaltungswünsche der Medienkonzerne zugunsten ihrer Geschäfts- und Tendenzinteressen noch



Streik bei der Bundesdruckerei in Westberlin

Streikbedingungen im Süddeutschen Verlag

Dreimal stand die Belegschaft des Süddeutschen Verlages in den letzten zehn Jahren im Streik; 1976 14 Tage lang für 9%, mindestens 140 DM Lohnerhöhung. 1978 war der Betrieb mit 2000 Beschäftigten Schwerpunktbetrieb beim Arbeitskampf um den RTS-Tarifvertrag für die Setzer. 1984 schließlich wurde der Arbeitskampf unter Einbeziehung der Angestellten sowie der Beschäftigten des Zeitungsgewerbes geführt, die sonst aufgrund anderer Tarifverträge unbeteiligt bleiben mußten. Über die Streikbedingungen sprachen wir mit einem Vertrauensmann.

Frage: Wenn man bei den verschiedenen Streiks die Stimmung in der Belegschaft vergleicht, was ist dann hervorzuheben?

Antwort: 1976 war die Meinung vorherrschend, "jetzt müssen wir es denen endlich mal wieder zeigen". Dazu haben auch die "Lohnleitlinien" beigetragen. Der Streik wurde mit großer Geschlossenheit durchgeführt. Allerdings ist damals durch

den schwachen Abschluß – der Streik wurde ja nur um 0,5% geführt – das Potential der Schwankenden gewachsen. 1978 wurde die Bedeutung größer eingeschätzt: Es ging nicht nur um Lohn, sondern den Setzern um Erhaltung qualifizierter Berufe. Für den Streik selber war erhebliche Überzeugungsarbeit unter den nicht direkt betroffenen Rotationern notwendig. 1984 war es den Organisierten – und das sind in der Technik 94% – sehr ernst, daß der 7-Stundentag kommt. Es herrschte auch Angst um den Arbeitsplatz aufgrund des allgemeinen Abbaus im Konzern. Der Streik wurde mit großem Selbstbewußtsein in der Belegschaft geführt. Insgesamt kann man sagen: Das Selbstwertgefühl der Belegschaft hat sich erhöht, 1978 und insbesondere 1984.

Frage: Im Streik 1984 wurden Notausgaben herausgebracht. Was waren die Ursachen, spielte der Einsatz neuer Technologien dafür eine wesentliche Rolle?

Antwort: 80% der Anzeigen gehen inzwischen über Direkterfassung, werden also direkt durchs Telefon entgegengenommen oder vom Blatt

eingetippt. In dieser Abteilung herrscht ein schwacher Organisationsgrad. Außerdem können auch Sekretärinnen die Texteingabe unter Anleitung machen. Deshalb konnte es zu Notausgaben kommen. Daß diese nur vierseitig waren, lag daran, daß die Rotation stand. Das sieht man auch daran, daß die Geschäftsleitung die Schichtführer der Technik zur Arbeitsaufnahme aufforderte mit der Begründung, daß diejenigen, die die Notausgaben machten, "am Ende ihrer physischen Kräfte angelangt sind".

Frage: Welche Vorkehrungen hat die Geschäftsleitung getroffen, um Streikbrucharbeiten zu organisieren?

Antwort: Das Rechenzentrum, das "Herz vom System", steht mit seinen Beschäftigten außerhalb des Tarifsystems, es ist eine eigenständige Firma, die Süd-Data. Dort ist auch das gesamte Schriftenprogramm gespeichert. Zwar kann dort nicht gesetzt werden, aber das System wird in Gang gehalten. Nun ist das Fotosatzsystem im Süddeutschen Verlag ziemlich kompliziert und damit auch anfällig. Dennoch besteht die Gefahr, daß Leute von außen angeheuert werden, die rasch mit dem System umgehen können. Im letzten Streik ist dies aber nicht erfolgt und fachfremde Beschäftigte aus dem Betrieb können nur unter genauer Anleitung damit umgehen.

Frage: Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat die Einschätzung, daß es in der Geschlossenheit und Wirksamkeit des Streiks 1984 keine wesentlichen Veränderungen gegenüber vorherigen Arbeitskämpfen gab. Habt ihr im Betrieb dazu eine Auswertung gemacht?

Antwort: Nein, eine Auswertung der Streiktaktik ist nicht erfolgt.

weitergehend entwickelt und verfolgt werden. Das bedeutet, die Position, wie sie z.B. die Delegierten des Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier 1983 vertreten haben, gewinnt als Zielsetzung gegenüber dieser Medienpolitik an Bedeutung: "daß sich (die Mediengewerkschaft) einsetzt für eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bei privatwirtschaftlichen, kommerziellen Medien".

Diese Forderung ist vielleicht unmittelbar weniger von praktischer Bedeutung. Sie bietet jedoch, vertreten durch die Mediengewerkschaft, eine wichtige Orientierung. Denn es zeichnen sich in der Auseinandersetzung um die Landesmediengesetze und die Netzträgerschaft der Post Positionen ab, die auf eine Beschränkung der Macht der Medienkonzerne zielen:

- Dazu gehören Vorstellungen und Forderungen, den Tendschutz und damit die Bestimmung der Medienkapitalisten anzugreifen, die Mitbestimmungsrechte der Redakteure zu erweitern. Diese Vorstellungen sind entwickelt im Zusammenhang der gewerkschaftlichen Diskussion um ein Presserechtsrahmengesetz. Sie gewinnen mit der Ausdehnung der Aktivität der Medienkonzerne ebenfalls an Gewicht.

- Mit der Aufnahme der Sendetätigkeit und der Diskussion um "Freie Radios" ist die Forderung entstanden, unmittelbar im lokalen Bereich einen Zugang zum Hörfunk zu ermöglichen.

Arbeitszeiten: unregelmäßig, nachts und sonntags Löhne: durch Teilzeit niedrig, Einkommen schwankt

Der Organisationsbereich der IG Medien umfaßt "alle Beschäftigten in den Wirtschaftszweigen Druck, Papier, Hörfunk, Fernsehen, Film, sonstige elektronische Medien, Publizistik, bildende und darstellende Kunst, Musik und Unterhaltung" (aus dem Satzungsentwurf). In der Tabelle rechts unten ist aufgeführt, wieviel Beschäftigte in den genannten Bereichen arbeiten. Damit umfaßt die IG Medien einen Organisationsbereich von 570000 Beschäftigten. Nicht in der Statistik enthalten sind Lohnabhängige, die unter der Sozialversicherungsgrenze von 390 DM liegen, z.B. Teile der Zeitungsausträger, Film- oder Theaterkassierinnen etc. Ebenfalls nicht enthalten sind Teile von freiberuflich Tätigen mit Honorarverträgen, soweit sie nicht der seit 1983 bestehenden Künstlersozialversicherung unterliegen. In der IG Medien sind etwa 170000 Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert, das sind knapp 30 Prozent.

Bei der Beschlußfassung zur Gründung der IG Medien begründete Erwin Ferlemann die Notwendigkeit so: Die "Verwertungsinteressen (der Medienkapitale) bestimmen und prägen die

Einen Hinweis auf die Realisierungsbedingungen liefert z.B. ein Planungsmodell der baden-württembergischen Landesregierung: Der in Kürze dem Bundesland zur Verfügung stehende Frequenzbereich eines Fernmeldesatelliten soll nicht nur zum Transport von überregionalen und regionalen Programmboten dienen, sondern in einem Teilbereich aufgeteilt werden. Dies ermögliche den Betrieb von 73 Sendern im lokalen Bereich. Nur in den Zentren sind leistungsstärkere Sender vorgesehen. So könnte jeder Ort über 20000 Einwohner mit einem eigenen Hörfunk-Sender ausgerüstet werden. Damit hat die Forderung nach Vergabe von Frequenzen an von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Vereine, Initiativen und Gemeinschaften zum Betrieb "Freier Radios" einen praktischen Zielpunkt im kommunalen Bereich.

- Schließlich ist wichtig, daß die Versuche zu einer Zwangsverkabelung mit der Konsequenz des Fortfalls anderer Übertragungs- und Empfangsmöglichkeiten abgewehrt werden können. Dies betrifft sowohl die Notwendigkeit, Satelliten auch zur direkten Ausstrahlung von Programmen unabhängig z.B. von Kabelanlagen zu verwenden und dafür auch über Empfangsanlagen zu verfügen.

Quellenhinweis: Media Perspektiven 1984, 1985; die feder 1985; Internationale Bildstörung 1985; Neue Medien, Dt. Jugendpresse, Gelsenkirchen 1985

schinen sind hochtechnisierte, elektronische Anlagen geworden. Journalisten sitzen am Bildschirm-Terminal oder arbeiten mit elektronischer Kamera. Die Darbietungen von darstellenden Künstlern und Musikern werden in Filmen reproduziert oder auf Platten und Bändern aufgezeichnet und massenhaft vertrieben." Bestimmend bei der Einführung der neuen Techniken ist, daß die Redakteure und ähnliche Berufe immer mehr auch mit der technischen Herstellung des Produkts befaßt werden.

Auffällig ist außerdem:

- daß in dieser Branche in sehr hohem Ausmaß nachts und sonntags gearbeitet wird (Zeitungsproduktion, Fernsehen, Theater etc.) und in vielen Bereichen das Nachtarbeitsverbot für Frauen gesetzlich nicht besteht: "bei Musikaufführungen, Theaterveranstaltungen, anderen Schaustellungen, Darbietungen oder Lustbarkeiten, für Filmaufnahmen" (§ 17, 3, AZO);

- daß viele Beschäftigte ganz unregelmäßige Arbeitszeiten haben, z.B. die Journalisten von Zeitungen wie Fernsehen;

- daß viele Teilzeitarbeitsverträge haben;

- daß viele der Künstler ganz unregelmäßiges von den Medienkonzernen diktiertes, niedriges Einkommen haben und kaum Festlegungen zu Arbeitsbedingungen bestehen (Urheberrecht);

- daß z.B. beim Zeitungsverkauf unter der Hand Kinderarbeit geduldet wird.

Für den inneren Zusammenschluß der in der IG Medien organisierten Mitglieder wäre es angesichts der doch recht unterschiedlichen Arbeitsbedingungen von großem Vorteil, wenn schon jetzt durch eine Publikation, die über alle Bereiche monatlich berichtet, ein breites Verständnis unter den Mitgliedern für gemeinsame Ziele hergestellt würde.

Organisationsbereich der IG Medien

Wirtschaftsklassen	Beschäftigte
Papierherstellung (430)	59 105
Papierverarbeitung (431)	42 973
Verpackungen, Pappe (432)	44 058
Buchbinderei (433)	9 624
Druckerei (440)	195 026
Chemigrafisches Gewerbe (441)	14 612
Theater, Opernhäuser, Orchester, Kapellen, Chöre, Ballette als Unternehmen betrieben (760)	9 774
Theater, Opernhäuser usw. von Org. ohne Erwerbscharakter (761) ..	465
Theater, Opernhäuser usw. von Gebietskörperschaften (762)	22 835
Filmtheater, Filmherstellung und -vertrieb (763)	16 185
Rundfunk- und Fernsehanstalten (764)	30 355
Selbständige Künstler und Artisten (765)	2 767
Verlag von Büchern, Broschüren, wissenschaftlichen und unterhaltenden Zeitschriften sowie Zeitungen u.a. Druckerzeugnissen (770) ..	119 819
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, selbst. Journalisten (774) ..	3 969
Zusammen	571 567

Quelle: BA, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen am 30.06.1984 (in Klammern: Schlüsselnummern). Z.T. Überschneidungen zu anderen Gewerkschaften (z.B. HBV im Verlagsbereich).

Weg mit dem Tendenzschutz!

Im Zusammenhang mit der Einführung von Privatfunk haben die Kapitalisten für die neuen Medienkonzerne die Anwendung des Tendenzschutzes gefordert. Mit dem Tendenzschutz wird die politische Meinung des Verlegers geschützt. Dieses Recht auf freie Meinungsäußerung darf nach bürgerlicher Auffassung nicht durch die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates beschnitten werden. So heißt es in § 118 Betriebsverfassungsgesetz: Für Betriebe, "die ... 1. politischen, koalitionspolitischen, konfessionellen, karitativen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Bestimmungen, oder 2. Zwecken der Berichterstattung oder Meinungsäußerung, auf die Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes Anwendung findet, dienen ... finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung ..." Die Kapitalisten in Tendenzbetrieben haben uneingeschränkte Entscheidungsbefugnisse vor allem in personellen Maßnahmen gegenüber sogenannten Tendenzträgern. Der Betriebsrat hat dann beispielsweise kein Widerspruchsrecht, wenn ein Verleger einen Redakteur kündigen will, weil nach seiner Ansicht dieser fortwährend gegen die politische Linie des Blattes verstößt (anders bei einer Kündigung aus "finanzieller Unredlichkeit", hier gilt das BetrVG). Auch entfällt das Mitbestimmungsrecht z.B. bei Regelungen über die Arbeitszeit, wenn dadurch die Tendenz des Betriebes berührt wird (Öffnungszeiten eines Theaters). In Tendenzbetrieben können keine Wirtschaftsausschüsse gebildet werden und keine Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat geschickt werden.

Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 enthielt die Festlegung des Tendenzschutzes auf Presseunternehmen noch nicht. Zusätzlich wurde durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes der Tendenzschutz ausgeweitet, so daß er auch bei breiter Streuung des Verlagsprogrammes, sei es auf dem Gebiet der Fachliteratur oder Belletristik, Buchverlage und andere Betriebe, die Druckerzeugnisse herstellen, den Tendenzunternehmen zugerechnet hat. Mit der Begründung, es gehe den Verlegern im wesentlichen um den Profit, hat die IG Druck und Papier auf dem Gewerkschaftstag 1983 die Streichung des Tendenzschutzes für Pressemonopole und Verlage gefordert.

Die Beschäftigten bei Rundfunk und Fernsehen fallen nicht unter das Betriebsverfassungsgesetz, da sie Beschäftigte von Anstalten des öffentlichen Rechts sind. Für sie gelten die Personalvertretungsgesetze der Länder. Auch hier gilt eine Einschränkung der Mitbestimmung des Personalrates bei personellen Maßnahmen gegenüber redaktionellen Mitarbeitern.



Pressefotografen: "Staatliche Übergriffe auf die Pressefreiheit haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Sei es die Räumung des AKW-Gegner-Dorfs in Gorleben, seien es polizeiliche Einsätze bei Berliner Demonstrationen ... in allen Fällen kam es auch zu Behinderungen journalistischer Berichterstattung ... Da wurden Pressefotografen, Kamerateams und schreibende Journalisten gewaltsam vom Einsatzort abgedrängt, damit der Einsatz möglichst frei von Presse und damit von öffentlicher Kontrolle durchgeführt werden konnte." (Aus dem Geschäftsbericht der IG Druck und Papier 1983).



Zeitungsverkäuferin: Die Zeitungsverkäufer(innen) sind oft Selbständige, die sich selbst sozialversichern müssen und von den Zeitungsverlagen den Preis diktiert bekommen. Z.B. bekommt in Schweinfurt eine Bildzeitungsverkäuferin, die täglich vor Fichtel & Sachs von 5 Uhr früh bis 8 Uhr früh, Sommer wie Winter, verkauft, ca. 600 DM netto raus.



Drucker: Die Arbeit an den großen Druckmaschinenanlagen ist davon geprägt, daß es zum einen sehr laut ist (der Lärm geht über die zulässigen Grenzen), so daß man entweder den unangenehmen Ohrenschutz tragen muß oder ein Lärmschutz um die Maschine erkämpft werden muß. Da die Kapitalisten die teuren Anlagen in möglichst kurzer Zeit abschreiben wollen, haben sie in vielen Betrieben drei Schichten durchgesetzt und Arbeit an Samstagen bzw. Sonntagen bei Zeitungen wegen der Montagsausgabe.



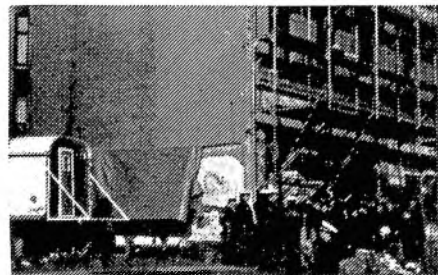
"30 Jahre Bundeswehr"

Dutzende von öffentlichen Gelöbnissen, Schaufechte, Waffenvorfürungen, Militärkapellen und dergleichen haben begonnen – die westdeutsche Reaktion feiert das 30-jährige Bestehen der Bundeswehr mit waffentrotzendem Militarismus. Unverhüllt wird bekanntgemacht, daß man Vorfälle wie 1980 in Bremen und anderen

Städten, als Demonstranten den von der damaligen Regierung Schmidt begonnenen öffentlichen Rekrutenvereidigungen entgegentraten, mit allen Mitteln verhindern will. Methode hat das: Erst die öffentliche Bekundung der revanchistischen Ziele, nun die Zurschaustellung der dazu bereitgestellten Waffen. Welche Kräfte stellen sich den Militärparaden des westdeutschen Revanchismus entgegen?

Chile: Kirche plant Pinochet-Nachfolge

Unter maßgeblicher Beteiligung der katholischen Kirche und Förderung u.a. durch die CDU/CSU ist in Chile ein Bündnis verschiedenster bürgerlicher und reformistischer Parteien zustande gekommen, das die geordnet kapitalistische Nachfolge der Militärdiktatur zu regeln verspricht. Wesentlicher Zweck des Bündnisses: Isolierung der Arbeiterbewegung und der Revolutionäre. Welche Aussichten hat dieses Bündnis? Haben die Massenaktionen und großen Streiks der letzten Monate die Bedingungen für eine Einheitsfront aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte verbessert? Welche Forderungen sind grundlegend für die Einheitsfront gegen die Militärdiktatur?



Hafenstraße: Räumung droht

Die Häuser der Hafen- und Bernhardt-Nachtstr. sind die einzigen in Hamburg, die nicht gleich nach der Besetzung 1980 wieder von der Polizei geräumt worden sind. Viele Mieter haben Mietverträge bis Dezember 1986. Von Anfang an waren sie Schikanen ausgesetzt: zunächst durch die Sozialbehörde, die Renovierungs-

gelder nicht oder nur schleppend genehmigt hat, seit Frühjahr 1985 direkt durch den Senat, der die Unbewohnbarkeit eines Teils der Häuser betrieb, und durch die Polizei, die die Bewohner ständig durch Razzien und Überfälle in Atem hält. Die bürgerliche Presse und die CDU betreiben eine regelrechte Pressejagd mit dem Ziel der vorzeitigen Räumung.

CSU-Steuerreform: "strengere Ausgabendisziplin" ...

Die CSU-Steuerpläne sind eine Anwendung der sog. Reaganomics und zielen auf Popularitätsgewinn. Der niedrigere Eingangssteuersatz soll billigste Arbeitskräfte für die Kapitalisten weiter verbilligen, der niedrigere Spitzensteuersatz Risikokapital freisetzen. Die Reform, im Grundsatz nicht von den Stoltenberg'schen Plänen unterschieden, will Reprivatisierung: Staatliche Leistungen, die bisher der Allgemeinheit zur Verfügung stehen, werden gestrichen und soweit ein zahlungskräftiger Bedarf da ist, privatwirtschaftlich erbracht. Für zunehmende Bevölkerungskreise würden Leistungen der Daseinsvorsorge Privatsache und damit unerschwinglich.



Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte
erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:
– Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
– Druckindustrie 0,50 DM
– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
– Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
– Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
– Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM
Bezugsbedingungen:
Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.
Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler.
Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.